



Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU, rechts) und Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) sehen Änderungsbedarf am Sozialsystem. © picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2026

Merz sucht seine Agenda

Der Kanzler will die Deutschen auf Reformen vorbereiten. Noch ist unklar, was das bedeutet

Ein Hauch von Agenda-Geist hat am Mittwochmorgen gegen 9.15 Uhr im Plenarsaal des Deutschen Bundestags geweht. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hatte sich da gerade in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2026 als zweiter Redner nach Tino Chrupalla (AfD), der für die Opposition die Debatte eröffnet hatte, vor dem Rednerpult positioniert. Nötig seien „grundlegende Reformen der sozialen Sicherungssysteme“, erklärte Merz da. Anders als Gerhard Schröder (SPD) vor mehr als zwei Jahrzehnten wählte Merz aber eine vorsichtigere Formulierung, sprach nicht davon, dass seine Regierung „Leistungen des Staates kürzen“ werde. Reformen sollten heute im gesellschaftlichen Konsens erfolgen. „Wir brauchen ein Verständnis für die Unausweichlichkeit für Veränderungen“, sagte Merz und bezog sich auf die demografische Entwicklung. Er plane aber keinen „Kahlschlag“, sondern: „Das Ziel der Reformen ist nicht der Abbruch des Sozialstaates, sondern der Erhalt des Sozialstaates. Wer sich diesen Reformen verweigert, der sägt in Wahrheit an den Grundlag

Weidel spricht von »Schlägertruppen« im Bundestag

Auch Tino Chrupalla hatte zuvor Reformen des Sozialstaats angemahnt. 127 Milliarden Euro betrage allein der Zuschuss an die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV), stellte er fest und forderte, dass auch Politiker und Beamte in die GRV einzahlen sollten. Er

erhielt zwar Applaus von seiner Fraktion. Aber erst seine Co-Vorsitzende Alice Weidel sorgte später für wirkliche Begeisterung in ihrer Fraktion.

» Die Staatengemeinschaft musste sich eine Stunde von Donald Trump beschimpfen lassen.

BRITTA HAGEMANN (GRÜNE)

Weidel freute sich, dass US-Präsident Donald Trump in seinem Land „die linksextremistische Antifa zur Terrorgruppe erklärt“ habe. Ungarn und die Niederlande folgten diesem Beispiel. „Warum nicht Deutschland? Weil hierzulande der organisierte Linksextremismus mit seinen Schlägertruppen seine Sympathisanten überall in diesem Hause hat. Der Vizekanzler Klingbeil kennt sich ganz offen zur Antifa.“ Für ihre Rede erhielt sie aus ihrer Fraktion langen frenetischen Applaus, der teilweise in rhythmischen Klatschen überging. Verärgert über Weidel zeigte sich allerdings Bundestagspräsidentin Julia Klöckner. Sie erteilte der AfD-Co-Vorsitzenden eine Rüge. „Die AfD beschwert sich, dass sie nicht rechtsextrem genannt werden möchte“, dürfe dann aber andere Kollegen auch nicht „als linksextreme Sympathisanten und Schlägertruppen“ bezeichnen, begründete die Bundestagspräsidentin ihre Maßnahme. Nach weiteren Zwischenrufen erhielt auch der AfD-Abgeordnete

Stephan Brandner einen Ordnungsruf. Bereits während der Rede des Bundeskanzlers hatte Klöckner eingegriffen, nachdem es im Plenarsaal immer lauter geworden war, und erklärte: „Jetzt reißen wir uns hier wieder zusammen. Es ist genug reingefahren worden. Ich finde, dass der Respekt jetzt auch gebietet, dem Redner zuzuhören.“ Kanzler Merz erklärte dazu: „Frau Präsidentin, ich bedanke mich sehr. Aber ganz offen gestanden: Ich halte das aus. Für die Zuschauerinnen und Zuschauer sind diese Reaktionen aufschlussreicher als mancher Redebeitrag, der von dieser Stelle aus hier geleistet wird.“

Die Grünen fordern Steuergeld für Krankenkassen

Nach Merz hatte sich Britta Haßelmann in ihrem Wortbeitrag für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen darüber beschwert, dass Kanzler Merz ihre Partei mit der AfD auf eine Stufe gestellt habe. „Für jemanden, der versprochen hat, die AfD zu halbieren, ist das ziemlich bodenlos“, sagte Haßelmann. Ihre Fraktionskollegin Katharina Dröge habe Merz in der Vorwoche mit ihrer Rede „offenbar ins Mark getroffen“. Haßelmann rief: „Sie waren es, der von Sozialabbau gesprochen und geredet hat. Nicht wir!“ Sozialreformen seien aber nötig, etwa die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen bei den Gesetzlichen Krankenkassen aus dem Bundeshaushalt. Haßelmann kritisierte Merz ferner dafür, dass er in Berlin und nicht bei der Vollversammlung der Vereinten Natio-

nen in New York sei. „Die internationale Staatengemeinschaft durfte sich gestern eine Stunde von Donald Trump beschimpfen lassen. Es gab eine Absage an die internationalen Institutionen, eine Absage an internationale Abkommen, die Leugnung des Klimawandels“, beklagte sie. Der Kanzler hätte vor Ort „vehement den Wert der Vereinten Nationen und des Multilateralismus vertreten“ sollen. „Wir wollen Deutschland sicher und gerecht voranbringen“, erklärte SPD-Fraktionschef Matthias Miersch in seiner Rede. Er sage „ganz bewusst ‚sicher‘, ‚gerecht‘ und ‚voranbringen‘, weil wir doch sehen, dass die Menschen hoch verunsichert sind – aufgrund der Weltlage, aber beispielsweise auch aufgrund der Sorge um die Arbeitsplätze“. Kein gutes Haar am Entwurf für den Bundeshaushalt 2026 ließ Heidi Reichennek für die Fraktion Die Linke. Sie sagte in Richtung von Friedrich Merz: „Sie haben es tatsächlich geschafft, den zweiten Haushalt in Folge vorzulegen, in dem wirklich nichts enthalten ist, was das Leben der Mehrheit der Menschen in diesem Land verbessert: keine Entlastungen, zu wenig Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, keine Stärkung der sozialen Sicherungssysteme.“ Unionsfraktionschef Jens Spahn ging in seiner Rede auf Haßelmanns Kritik zur Anwesenheit des Bundeskanzlers in Berlin statt in New York ein. „Wir sind dem Bundeskanzler dankbar, dass er von Tag eins an Führung aus Deutschland heraus gezeigt hat. Was für ein Theater hätten Sie heute gemacht, wenn er nicht hier gewesen wäre.“

Stephan Balling ■

KOPF DER WOCHE

Baby am Pult

Hanna Steinmüller (Grüne) hat mit Baby im Bundestag in dieser Woche für breite Aufmerksamkeit und viel Zustimmung gesorgt. Erstmals hielt eine Abgeordnete ihre Rede mit Baby am Rednerpult des Plenarsaals. Während die stolze Mutter bei der Beratung des Etats 2026 für das Bauministerium zu den Abgeordneten sprach, hockte ihr Sohn ganz ruhig in der Bauchtrage und schlief. Steinmüller hat ihren Sohn schon öfter mit zur Arbeit genommen, aber noch nie war das Kind prominent am Rednerpult dabei. Damit hat die Berliner Abgeordnete Geschichte geschrieben! Und das zufällig, wie sie der „Zeit“ verriet. Denn: „Das war so gar nicht geplant.“ Eigentlich habe sich der Fraktionskollege Kassem Taher Saleh angeboten, das Baby während der Rede zu nehmen. „Aber dann schlief mein Sohn so friedlich, dass ich ihn nicht wecken wollte. So kam es zur Premiere.“



© picture-alliance/dts

ZAHL DER WOCHE

25

Zentimeter ist der Meeresspiegel der Nordsee bei Cuxhaven seit dem Jahr 1900 gestiegen.

ZITAT DER WOCHE

»Beispiellose Häufung von Wärmerekordjahren«

Tobias Fuchs, Vorstandsmitglied beim Deutschen Wetterdienst, warnt beim Extremwetterkongress am Mittwoch vor den Folgen der Klimaerwärmung.

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG
34123 Kassel



INTERVIEW MIT DIETMAR BARTSCH

»Keine tragfähige Idee«

Der haushaltspolitische Sprecher der Linken kritisiert die hohen Verteidigungsausgaben und plädiert für eine Reform der Erbschaftsteuer sowie der sozialen Sicherungssysteme

Nachdem der Bundestag vergangene Woche den Haushalt 2025 verabschiedet hat, steht nun der Haushaltsplan für 2026 zur Beratung an. Was halten Sie vom Etatentwurf der Bundesregierung für das kommende Jahr?

Wenig. Die Neuverschuldung wird gigantisch nach oben getrieben, bis 2029 liegt sie mit Sondervermögen bei über 170 Milliarden Euro pro Jahr. Der einzige Posten, der größer ist als die Rüstungsausgaben, sind die Schulden. Dahinter steckt keine tragfähige Idee. Ich frage mich: Wo wollen Merz und Klingbeil hin? Gerade bei Lars Klingbeil: Ich habe einige Finanzminister erlebt, selten war ich mit ihnen einer Meinung, aber sie hatten in der Regel eine inhaltliche Idee, bei Lars Klingbeil sehe ich sie nicht.

Was ist für Sie das größere Problem: die Höhe der Verschuldung oder die Verteidigungsausgaben?

Die Verschuldung ist ein Problem, allein wegen der massiv steigenden Zinsausgaben, aber das Hauptproblem ist, wofür diese Mittel eingesetzt werden. Ich war immer ein Gegner der Schuldenbremse. Kredite können sinnvoll sein, wenn in Infrastruktur, sozialen Zusammenhalt, Klimaschutz und den Rechtsstaat investiert wird. Aber jetzt wird die Schuldenbremse ausschließlich für Verteidigung – „Kriegstüchtigkeit“ – ausgehebelt, während in anderen Bereichen gespart werden soll. Das ist falsch.

Die Koalition will im Haushalt konsolidieren und bei den Sozialausgaben kürzen...

Wie soll das in dem Umfang möglich sein? Wer glaubt, man könne durch Kürzungen im Sozialstaat die Haushaltslöcher stopfen, führt die Menschen hinter die Fichte. Genau das macht die Bundesregierung mit diesem Haushalt.

Die Bundesregierung betont nicht nur die Verteidigungsausgaben, sondern auch Rekordinvestitionen in die Infrastruktur...

Die Größenordnungen stimmen nicht. Von den 100 Milliarden Euro für die Länder aus dem Sondervermögen kommen in meinem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern gerade einmal rund 160 Millionen pro Jahr an. Das ist nicht

einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Es sind Erwartungshaltungen geschürt worden, die in keiner Weise realisiert werden können. Das wird uns – ich sage bewusst „uns“ – auf die Füße fallen, weil die Leute glauben, jetzt endlich ist Geld da, jetzt wird was passieren. Aber es wird nicht so viel passieren können.

Der Finanzminister hatte versprochen, dass die Bagger rollen. Sie glauben das nicht?

Dieser Spruch geht mir ehrlich gesagt auf den Keks. Ich habe nichts dagegen, wenn Bagger rollen und Vernünftiges entsteht – aber tatsächlich rollen Panzer. Zur Relation: Was Mecklenburg-Vorpommern im nächsten Jahr erhält, entspricht ungefähr den Kosten für fünf Leopard-2-Panzer. Bestellt werden langfristig 1.000.

Aus Sicht der Linken müssten die Verteidigungsausgaben also deutlich niedriger ausfallen?

Selbstverständlich. Als ich als Haushälter begann, lag der Verteidigungsetat etwas über 20 Milliarden Euro. Jetzt sind es 82 plus Sondervermögen – rund 108 Milliarden Euro. Und es soll noch mehr werden. Das ist absurd. Die Bundeswehr sollte angemessen ausgestattet sein, aber zuerst muss definiert sein, was das strategische Ziel ist. Zweitens braucht es dringend eine Reform des Beschaffungswesens. Drittens eine echte europäische Komponente – die gibt es bisher so nicht. Vielfach beschafft jeder für sich, das sieht man zum Beispiel bei der Munition. Das sind alles Punkte, wo ich erst Lösungen strategischer Natur will. Dann kann man über Geld reden. Mit dem Sondervermögen wurden falsche Weichen gestellt.

Inwiefern?

Es gab bereits ein Sondervermögen von 100 Milliarden. Heute redet niemand mehr darüber, alles ist verplant. Damals galt es als großer Durchbruch, fast alle standen im Bundestag auf. Aber was ist mit den 100 Milliarden passiert? Bei Rheinmetall läuft's. Eigentlich müsste die Bundeswehr heute viel besser ausgestattet sein. Stattdessen sind von 13 Großprojekten elf teurer geworden und verspätet. Es ist doch klar: Wenn fast unbegrenzt Geld da ist, steigen die Preise.



© picture-alliance/photothek.de/Juliane Sonntag

Was wären aus Ihrer Sicht die richtigen Weichenstellungen im Haushalt?

Man darf nicht nur auf die Ausgaben schauen, sondern muss auch die Einnahmen stärken. Dringend notwendig ist eine Reform der Erbschaftsteuer. Jeder, der halbwegs gerade im Kopf ist, würde das akzeptieren. Ich bin für hohe Freibeträge. Aber dass Milliardenvermögen vererbt und verschenkt werden, ohne dass ein Cent Erbschaft- oder Schenkungsteuer anfällt, das ist ein Problem. In den USA, in Frankreich oder Großbritannien sind die Einnahmen um ein Vielfaches höher – 80 bis 120 Milliarden im Jahr.

In der Union wird das Thema kontrovers diskutiert. Erwarten Sie Bewegung?

Ich habe die Hoffnung, dass etwas passiert. Allerdings weder in diesem noch im nächsten Jahr, weil das eine wahnsinnige rechtliche und politische Herausforderung ist. Es gehört aber mehr als die Einnahmenseite dazu...

Was meinen Sie?

Wir brauchen ernsthafte Reformen der sozialen Sicherheitssysteme. Unser Rentensystem muss so stabil sein, dass der Satz „Die Rente ist sicher“ wieder gilt. Ähnliches gilt für Pflege und Krankenversicherung. In all diesen Bereichen erwarte ich konkrete Reformvorschläge von der Koalition. Stattdessen setzt die Bundesregierung auf Arbeitsgruppen – mehr

Gruppen als Maßnahmen. Meine Sorge ist, dass viel zu wenig dabei herauskommt.

Auch zur Reform der Schuldenbremse gibt es eine Expertenkommission. Erwarten Sie, dass Union und SPD am Ende Vorschläge ins Parlament einbringen?

Ja, aber kaum einen großen Wurf. Vielleicht einen Schritt in die richtige Richtung. Am Ende bin ich für die Streichung der Schuldenbremse. Was soll dieser Quatsch? Gibt es in den USA oder Großbritannien eine Schuldenbremse? Nein. Und als wir keine hatten, haben wir viel weniger Schulden gemacht als die Bundesregierung jetzt.

Nun geht es in die Beratungen im Haushaltsausschuss. Es ist der zweite Haushalt in kurzer Zeit. Zerrt das an der Kondition?

Ja, das ist eine Belastung – für Abgeordnete, für die Mitarbeiter und die Ministerien. Der Sommer war hart mit dauernden Reisen nach Berlin und langen Einzelplangesprächen zum Haushalt 2025. In dieser Woche habe ich fünf Reden gehalten und betreue Etats wie Verteidigung, Inneres und Justiz. Das ist de facto eine Überforderung – und für kleinere Fraktionen mit weniger Personal noch härter. Im Übrigen leisten auch das Finanzministerium und die anderen Ministerien Hervorragendes.

Opposition im Haushaltsausschuss bedeutet, dass Ihre Anträge von der Mehrheit abgelehnt werden. Können Sie trotzdem Akzente setzen?

Anträge der Opposition werden abgelehnt, das ist so. In den Einzelplangesprächen ist es differenzierter. Wenn etwas notwendig ist, kann man mit den Fachleuten der Koalition reden. Große politische Vorhaben kann ich nicht durchsetzen, aber das eine oder andere schon – worüber man dann aber selbstverständlich nicht öffentlich redet. Daran halte ich mich, denn ich will möglichst weiter konkrete Dinge erreichen.

Das Interview führte Sören C. Reimer. ■

Dietmar Bartsch ist haushaltspolitischer Sprecher der Linksfraction, deren Vorsitzender er von 2015 bis 2023 war. Er gehörte dem Bundestag von 1998 bis 2002 und wieder seit 2005 an.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Ausgleichende: Oliver Vogt

Wenn sich ein Mensch aus der Welt der Zahlen über den geplanten Bundeshaushalt für 2026 beugt, fallen ihm die vielen Minuszeichen auf. „Die Schulden besorgen mich schon“, sagt Oliver Vogt. „Das sind Hypotheken für die kommenden Generationen.“ Vogt, 48, CDU-Bundestagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Minden-Lübbecke, ist promovierter Physiker und Mathelehrer. Und nun sitzt er im Haushaltsausschuss und muss die vielen Querstriche vor den Ziffern rechtfertigen. „Die Mittel sollen zusätzliche Investitionen darstellen. Und sie sollen private Investitionen ankurbeln.“ Ganz verfliegt seine Sorge nicht, immerhin droht in den kommenden vier Jahren eine Verdopplung der Zinsbelastung. Also, was tun, an diesem Dienstagnachmittag in seinem Büro? „Die Ausgaben müssen auf den Prüfstand gestellt werden“, sagt Vogt und kommt auf die Sozialpolitik zu sprechen: „Wer Arbeit verweigert, muss sanktioniert werden.“ Und nein, fügt er auf die Rückfrage hinzu, das seien keine Peanuts, „sondern ein Signal, dass Leistung anerkannt und nicht missbraucht wird“. So sei zielgenauer in Arbeit zu vermitteln, Langzeitarbeitslose bräuchten eine besondere Unterstützung. Wer sich mit Vogt unterhält, erhält oft zwei Seiten einer Medaille präsentiert: Einerseits eine Aufforderung und andererseits einen unterstützenden Blick. Immerhin weiß er, wovon er spricht, schließlich war Vogt selbst einmal ein paar Monate arbeitslos. „Nach der Promotion entschied ich mich gegen die Hochschullaufbahn, denn die arg zeitlich begrenzten Arbeitsverträge schreckten mich ab“, sagt er. Ein Unding sei dieses Prekariat, bis heute. Er heuerte in der Produktentwicklung eines Unternehmens an, welches



Die Schulden besorgen mich schon. Das sind Hypotheken für die kommenden Generationen.

OLIVER VOGT



© MdB Vogt

len. „Für mich war das anfangs schlimm, ich war doch behütet aufgewachsen, hatte Freunde und Spaß – auch bei den Jungpionieren“, erinnert er sich. Aber sein Vater habe vorausgesehen, dass das marode Wirtschaftssystem der DDR zusammenbrechen werde; also habe der doppelt diplomierte Elektrotechniker und Informatiker nach dem Mauerfall rübergemacht. Vogt Junior orientierte sich um, wurde aktiv in der Schülervertretung, aber Parteipolitik kannte er nur aus dem Fernsehen. „Dennoch fand ich es schon

damals richtig und wichtig, dass man sich einmischte.“ Noch in Erinnerung sei der Stasi-Besuch daheim, wenige Tage nachdem der Vater in der Kneipe bei Silvester gesagt hatte: „Die Stasi wollen wir nicht am Tisch haben.“ Nach dem Abitur, im Wehrdienst, fand Vogt viel Zeit zum Lesen – bei den Nachtschichten. Es war die Zeit des Regierungswechsels weg von Helmut Kohl und hin zu Gerhard Schröder, „und da merkte ich, dass ich mich bei der CDU am meisten aufgehoben fühlte“, mit Ausnahmen, der Atomkraft etwa habe er eher kritisch gegenübergestanden, und zwar wegen der ungelösten Endlagerfrage. Es war auch die Zeit, in der in der CDU Espelkampfs ein Generationenwechsel stattfand, und da fragte man den damals 22-Jährigen, ob er nicht für den Stadtrat kandidieren wolle. Dies tat er, und wurde Mitglied bis 2021, als er in den Bundestag einzog. In der Zwischenzeit war Vogt Gymnasiallehrer für Mathe und Physik geworden, „das Unterrichten machte mir Spaß“, sagt er. Doch irgendwann wurde er wieder gefragt – und ein neues Kapitel wurde aufgeschlagen. „Dass ich Bundestagsabgeordneter werde, stand nun wirklich nicht in meiner Lebensplanung“, sagt er. „Doch ich bin für die vielen Erfahrungen dankbar, die ich hier sammeln darf.“ In seinem Regal im Büro stehen die Bücher von Helmut Kohl, dem Idol der Einheit, über denen von Wolfgang Schäuble. „Die sind halt alphabetisch sortiert.“ Wenn er von Schäuble spricht, kriegt seine Stimme einen Glanz. „Von ihm lernte ich, dass man auch mal innehalten muss – und den römischen Grundsatz: Höre auch die andere Seite an.“

Jan Rübel ■

Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2026

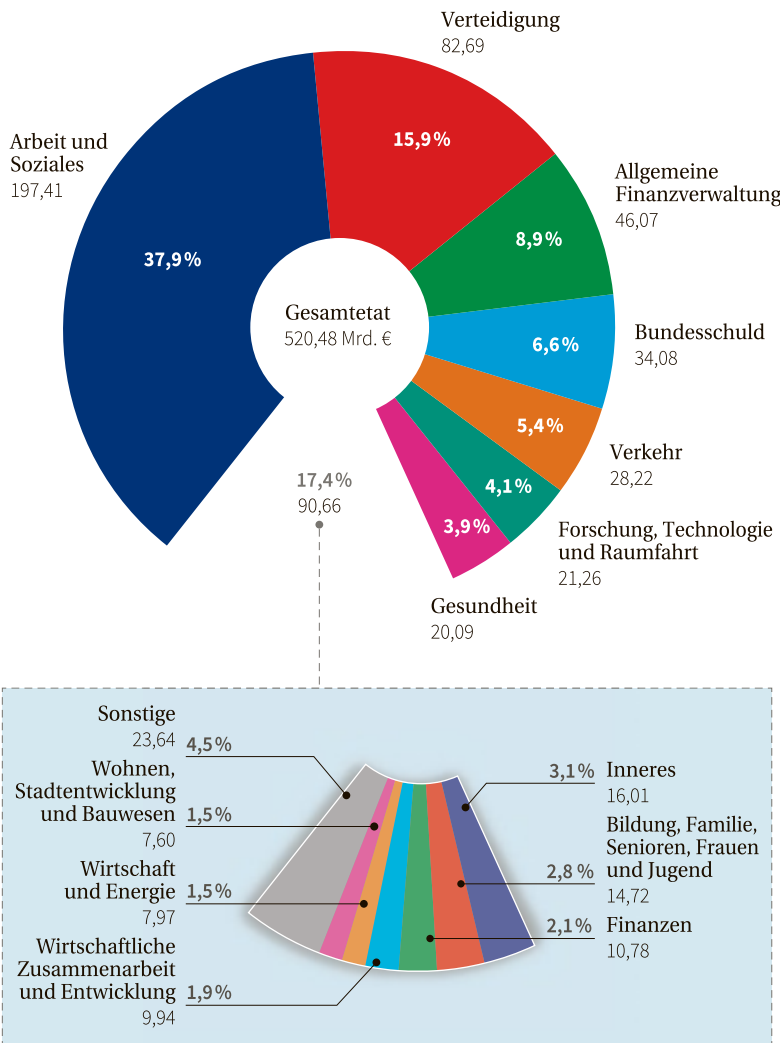
Ausgaben in Millionen Euro (ohne Sondervermögen)			Veränderungen zu 2025	
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	67	↑	+ 8
02	Deutscher Bundestag	1.253	↑	+ 4
03	Bundesrat	41	↑	+ 2
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	4.898	↑	+ 855
05	Auswärtiges Amt	6.059	↑	+ 166
06	Bundesministerium des Inneren	16.012	↑	+ 770
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	1.163		–
08	Bundesministerium der Finanzen	10.778	↑	+ 215
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	7.973	↓	– 1.049
10	Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat	6.987	↑	+ 104
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	197.407	↑	+ 7.066
12	Bundesministerium für Verkehr	28.220	↓	– 10.068
14	Bundesministerium der Verteidigung	82.687	↑	+ 20.380
15	Bundesministerium für Gesundheit	20.089	↑	+ 806
16	Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit	2.854	↑	+ 161
17	Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend	14.719	↑	+ 520
19	Bundesverfassungsgericht	46	↑	+ 1
20	Bundesrechnungshof	202	↑	+ 6
21	Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	52	↑	+ 5
22	Unabhängiger Kontrollrat	15	↑	+ 3
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	9.945	↓	– 362
24	Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung	11		–
25	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	7.596	↑	+ 226
30	Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt	21.259	↓	– 1.105
32	Bundesschuld	34.081	↓	– 91
60	Allgemeine Finanzverwaltung	46.073	↓	– 685
SUMME		520.476	↑	+ 17.930

Quelle: Deutscher Bundestag

Grafik: Stephan Roters

Ausgaben im Bundeshaushalt 2026

Einzeletat der Ministerien in Milliarden Euro und Anteile am geplanten Gesamtetat



Quelle: Deutscher Bundestag (Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters

Finanzminister Klingbeil bringt den Haushaltsentwurf 2026 ein

Unbequeme Botschaften

Ab 2027 besteht im Bundesetat erheblicher Konsolidierungsbedarf. Die Koalition will »faire und gerechte« Veränderungen

Rekordsummen werden im Jahr 2026 investiert werden – in Infrastruktur und in die militärische Sicherheit. Doch der Etatentwurf (21/600) und die mittelfristige Finanzplanung (21/601) enthalten weitere Rekorde: Da ist ein erwartbares Haushaltsloch von bis zu 30 Milliarden Euro im Jahr 2027. Neuverschuldung und Zinsausgaben springen ebenfalls von Rekord zu Rekord. Anlass genug für den Bundesrechnungshof zu drastischen Warnungen: Der Bund lebe „strukturell über seine Verhältnisse“. Wenn jeder dritte Euro auf Pump finanziert werde, sei das keine solide Finanzwirtschaft mehr.

Ab 2027 droht eine gigantische Haushaltslücke von 30 Milliarden

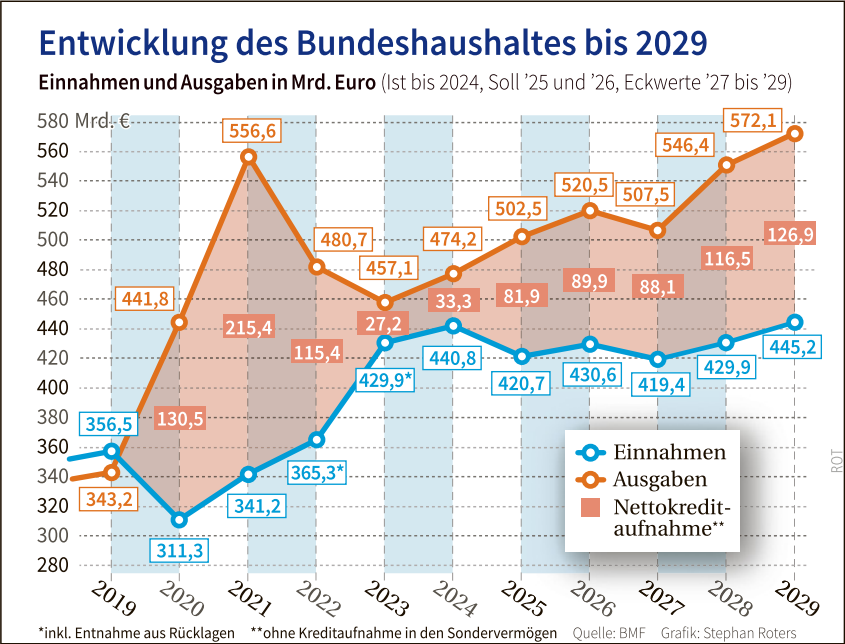
Der angesprochene Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) bekannte sich in seiner Rede zur Einbringung des Bundeshaushalts am Dienstag zur Notwendigkeit, das „größte Investitionsprogramm in unserer Geschichte“ aufzulegen und angesichts der russischen Bedrohung „massiv in unsere Sicherheit“ zu investieren. „Wir sind verlässliche Nato-Partner. Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen“, beschrieb der Minister das „wichtige Signal“, das vom Haushalt an die Partnerländer ausgehe. Um in Europa stark zu sein, müsse es in Deutschland Reformen geben; es seien „mutige und teils unbequeme“ Entscheidungen zu treffen. Die Ausgaben für Infrastruktur und Sicherheit sind die eine Seite, die Kosten die andere. Das Geld, von dem alle profitiert hätten, müsse zurückgezahlt werden. Die Haushaltslücke 2027 „wird uns fordern“. Klingbeil zeigte sich überzeugt, dass die Lasten nicht auf einige wenige abgewälzt werden dürften. Es müsse vielmehr ein Weg gefunden werden, „der fair und solidarisch ist“ und

bei dem alle ihren Beitrag leisten würden, damit es gerecht zugehe. Eine Lücke von 30 Milliarden sei keine Kleinigkeit. Wenn es auf die strukturelle Schieflage keine überzeugende Antwort gebe, „dann gefährden wir den Wohlstand und die Sicherheit und das Zusammenleben in unserem Land“, warnte Klingbeil. Der Finanzminister mahnte Veränderungen an: „Wer glaubt, wir könnten einfach so weitermachen wie bisher, der irrt sich.“ Man brauche einen Sozialstaat, der sich verändere. Wer Hilfe brauche, solle sie bekommen, aber es gebe auch Menschen, die sich verweigern würden. Es gebe zunehmenden Missbrauch und „professionelle Strukturen, die den Sozialstaat ausnutzen. Darauf muss der Rechtsstaat mit aller Konsequenz und Härte reagieren.“ Klingbeil fasste zusammen: „Wenn wir nicht handeln, wenn wir am Status quo festhalten, dann verlieren wir

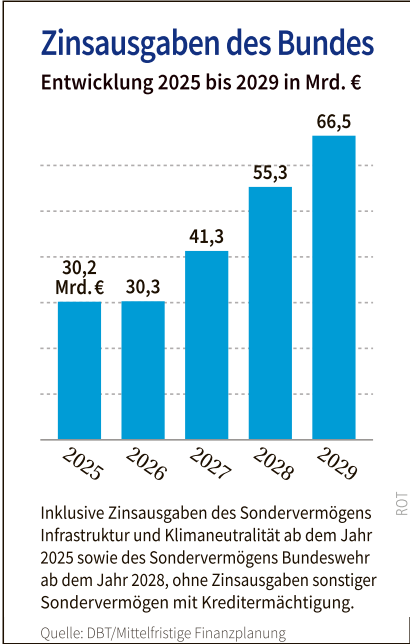
an wirtschaftlicher Stärke, dann verlieren wir an sozialem Zusammenhalt, dann verlieren wir auch das Vertrauen der Menschen. Deswegen ist der Status quo unser Gegner.“ In der Debatte sprach auch der haushaltspolitische Sprecher der SPD, Thorsten Rudolph, die Haushaltslücke an. Diese könne geschlossen werden, „wenn wir als Koalition zusammenstehen und gemeinsam Verantwortung übernehmen“. Er sei überzeugt, dass man mit Wachstum, sparsamer Haushaltsführung, Prüfung von Subventionen und einer sozial gerechten Reform der sozialen Sicherungssysteme zu guten Lösungen kommen werde. Die Verteilung der Belastungen müsse gerecht erfolgen, etwa bei der Erbschaftsteuer. Beim Wirtschaftswachstum könnte die Rechnung aufgehen: Die führenden Forschungsinstitute erwarten, dass Deutschland die Krise hinter sich lässt und es mehr Wachstum gibt.

Besorgt wegen der Feststellungen des Rechnungshofes zeigte sich Mathias Middelberg (CDU). Im Haushalt 2026 würden bei Ausgaben von 605 Milliarden Euro 174 Milliarden durch neue Kredite finanziert. Daher müsse „wirklich zielgenau“ investiert werden, und es müsse strukturelle Reformen vom Bürgergeld bis zu Subventionen geben. Ziel sei ein Konsens, der alle gesellschaftlichen Gruppen „fair und gerecht“ einbeziehe. Der Bundesrechnungshof habe zu Recht darauf hingewiesen, dass die Zinsausgaben von 30 auf 67 Milliarden im Jahr 2029 steigen würden. Eine Kreditfinanzierung in diesem Ausmaß könne man auf Dauer nicht leisten. Die Kritik des Rechnungshofes machte auch Michael Ependiller (AfD) zum Thema. Mit Schulden könne man kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erzeugen. „Es gibt im Bundeshaushalt 2026 jede Menge Sparpotenzial, mit dem wir verhindern können, dass wir in eine nicht endende Schuldenspirale

eintreten, deren Zinszahlung uns und künftige Generationen erdrücken wird“, erklärte Ependiller Sebastian Schäfer (Grüne) warf Klingbeil vor, nur „politische Prosa“ zu verbreiten. Damit aus dem von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) angekündigten Herbst der Reformen „kein Winter der Enttäuschungen wird, brauchen unsere Kommunen Geld, um in Busse, Bahnen und Schienen zu investieren“. Die Sozialversicherungen müssten dringend stabilisiert werden. Nötig seien Investitionen in Infrastruktur, Zukunftstechnologien und den Klimaschutz. Dietmar Bartsch (Linke) warf der Koalition „grenzenlose Aufrüstung mit diesem Haushalt“ vor. Dagegen würden die Länder zu wenig unterstützt – mit nur 8,3 Milliarden Euro. Für Mecklenburg-Vorpommern bedeute das 160 Millionen Euro. „Das ist genau so viel wie fünf neue Leopard-2-Panzer“. Und die Koalition wolle sogar 1.000 neue Panzer bestellen.



*inkl. Entnahme aus Rücklagen **ohne Kreditaufnahme in den Sondervermögen Quelle: BMF Grafik: Stephan Roters



Inklusive Zinsausgaben des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität ab dem Jahr 2025 sowie des Sondervermögens Bundeswehr ab dem Jahr 2028, ohne Zinsausgaben sonstiger Sondervermögen mit Kreditermächtigung. Quelle: DBT/Mittelfristige Finanzplanung

Die Steuereinnahmen werden voraussichtlich leicht sinken

Laut Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) wird für 2026 von leicht sinkenden Steuereinnahmen ausgegangen. 384 Milliarden Euro (2025: 386,8 Milliarden) werden erwartet. Die Nettokreditaufnahme liegt laut Einzelplan 32 mit 89,9 Milliarden Euro über dem Vorjahresniveau von 81,1 Milliarden Euro. Vom Infrastruktur-Sondervermögen (siehe Seite 5) sollen 58,87 Milliarden Euro abfließen (2025: 37,24 Milliarden). 21,25 Milliarden Euro und damit knapp zehn Milliarden Euro mehr als 2025 sind als Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur eingeplant. Das Bundesfinanzministerium soll 10,8 Milliarden Euro ausgeben können (plus 215,1 Millionen). Die Einnahmen sollen 256,3 Millionen Euro betragen.

Hans-Jürgen Leersch

Knapp 35 Milliarden Euro für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur

Turbulente Tage für den Verkehrsminister

Schnieders Kandidat für den Chefposten der DB InfraGo zieht sich kurzfristig zurück. Die Opposition lehnt seine Haushaltsplanung ab und hält auch die neue Bahnstrategie für wenig ambitioniert. Gleichzeitig beklagt der Verkehrsminister eine fehlende Flexibilität im Sondervermögen

Für Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) waren die vergangenen Tage ereignisreich. Zum einen hat er die Führungsspitze des Bahnkonzerns neu aufgestellt – zum anderen seine „Agenda für zufriedene Kunden auf der Schiene“ vorgestellt. Und dann ist da noch der Haushaltsentwurf für 2026, der Investitionen in Höhe von knapp 35 Milliarden Euro vorsieht. So weit, so gut. Doch Schnieder sah sich bei der Vorstellung des Verkehrsetats am Dienstag heftiger Kritik gegenüber: an seiner Neubesetzung der Bahnspitze, an seiner Bahnstrategie und am Etat. Zumindest das Problem mit seiner Personalentscheidung bei der Bahn hatte sich aber schon zwei Tage später – ohne sein Zutun – gelöst.

Klar ist: Auch 2026 wird der Verkehrsetat der größte Investitionshaushalt des Bundes sein. Darin erfasst sind jedoch nur noch 13,7 Milliarden Euro. Der Rest der insgesamt 34,9 Milliarden Euro, die für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stehen – 21,2 Milliarden Euro – kommt aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität.

Die Opposition sieht im Sondervermögen einen »Verschiebebahnhof«

Massive Kritik an diesem Missverhältnis gibt es bei der Opposition. Sowohl Stefan Henze (AfD) als auch Sascha Wagner (Linke) sprachen von einem „Verschiebebahnhof“. Im Ergebnis werde sich „trotz der horrenden Schulden“ der Zustand der Infra-

struktur in den nächsten vier Jahren nicht allzu sehr verbessern, prognostizierte Henze. Wagner sagte, wer angesichts der schrumpfenden Mittel im Kernhaushalt noch leugnen wolle, dass das Sondervermögen ein Verschiebebahnhof im großen Stil ist, dem sei nicht mehr zu helfen. Swantje Michaelsen (Grüne) warf dem Verkehrsminister vor, Gelder zwischen Kernhaushalt und Sondervermögen hin und her zu schieben, „in der Hoffnung, dass niemand merkt, dass am Ende lächerliche fünf Milliarden Euro mehr für Investitionen herumkommen – trotz astronomischer Neuverschuldung“. Das sei verantwortungslos „und auch nicht der Deal, als wir das Sondervermögen gemeinsam beschlossen haben“.

Aber auch Schnieder selbst hat ein Problem mit dem Sondervermögen. Wenn der Anteil an Investitionsmitteln außerhalb des Verkehrsetats größer sei als der innerhalb des Verkehrsetats, könne der Verkehrsminister das Ziel, auf allen Feldern der Infrastruktur zu liefern, nicht alleine leisten, gab Schnieder zu bedenken. Das Sondervermögen, so beklagte der Minister, biete nicht die nötige Flexibilität. Paula Piechotta (Grüne) äußerte eine Vermutung, in welche Richtung diese Flexibilisierung nach den Vorstellungen der Union gehen soll: in den Neubau von Straßen nämlich. So sei Kanzler Friedrich Merz mit seiner Äußerung zu verstehen, das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Prinzip Erhalt vor Neubau bedeute ja nicht, Erhalt anstatt Neubau. „Bevor nicht der gesamte Erhalt finanziert ist, gibt es keinen Neubau“, stellte Piechotta klar. Der Neubau der A20 müsse kommen, insistierte hingegen Daniel Kölbl (CDU). Solch wichtige Verkehrsprojekte gelte es zu realisieren. „Die Bagger müssen rollen“, sagte der Abgeordnete und forderte den flexibleren Einsatz der Haushaltsmittel. Wenn etwa in einem Haushaltsjahr ein Schienenprojekt aus irgendwelchen Gründen gar nicht realisiert werden kann, aber auf der anderen Seite ein baureifes Autobahnprojekt auf seine Realisierung und seine Finanzierung wartet, muss das Geld aus seiner Sicht dafür eingesetzt werden können.

SPD fordert die Einführung eines Eisenbahn-Infrastrukturfonds

Die Problematik, dass die Mittel für die Schiene, die nicht innerhalb eines Jahres verbaut werden können, am Ende des Jahres verfallen, bewegt auch Anja Troff-Schaffarzyk (SPD). Sie hat aber einen anderen Lösungsansatz. Es brauche eine Abkehr von der starren jährlichen Budgetplanung und die Einführung eines Eisenbahn-Infrastrukturfonds, sagte sie. Schon im vorliegenden Haushaltsgesetz 2026 müsse eine explizite Regelung für die Übertragbarkeit der Mittel für

Rompf mehrere Jahre Chef der Netz-Sparte unter dem damaligen Infrastruktur-Vorstand Ronald Pofalla war, wirft ihm Burkert vor, mit seinem „Sparwahn“ mitschuldig an der heutigen Situation zu sein. Bei Burkerts Partei, der SPD, hielt sich die Begeisterung über die Personalie Rompf ebenfalls in Grenzen. Nicht zuletzt, weil Schnieder die Sozialdemokraten bei der Entscheidungsfindung über die neue Bahnspitze nicht mit einbezogen hat.

Sieg für die EVG: Schnieders Kandidat Rompf zieht sich zurück

Angesichts des Widerstandes gegen ihn, vor allem aus der Gewerkschaft, gab Rompf dann am Donnerstag bekannt, dass er für den Bahn-Leitungsposten nicht mehr zur Verfügung steht. Was auf den ersten Blick wie eine Niederlage für Schnieder aussieht, könnte bei genauerer Betrachtung ein Glücksfall für den Minister sein. Nun kann er mit Palla und dem auch bei der EVG akzeptierten bisherigen und nun auch zukünftigen InfraGo-Chef Philipp Nagl seine neue Zufriedenheits-Agenda versuchen umzusetzen, ohne dass die Personalie Rompf ihn dabei belastet. Schließlich bietet die neue Bahnstrategie auch so schon genug Angriffspunkte. Mit ihr wird unter anderem das Pünktlichkeitsziel im Fernverkehr auf 70 Prozent im Jahr 2029 abgesenkt. Von „wenig ambitioniert“ bis „auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben“, lauteten die Reaktionen bei AfD und Linken. Auch Schnieder stellen 70 Prozent Pünktlichkeit bis 2029 nach eigener Aussage „nicht zufrieden“. Es könne aber auch nicht sein, „dass wir aus der Luft gegriffene Pünktlichkeitsfantasieziele verkünden, die realistisch niemand erreichen kann“, sagte er vor dem Bundestag. Nicht zufrieden ist der Minister auch mit dem erneuten Preisanstieg des Deutschlandtickets. Die als 29-Euro-Ticket gestartete Fahrkarte für den Regionalverkehr in ganz Deutschland, die aktuell 58 Euro kostet, soll



Verkehrsminister Patrick Schnieder (Mitte) und seine Kandidaten für die Bahnspitze. Evelyn Palla (l.) wurde am Dienstag zur neuen Chefin des Gesamtkonzerns gewählt. Dirk Rompf (r.), vorgesehen als Leiter der DB InfraGo, zog sich nach Gewerkschaftsprotesten gegen ihn zwei Tage später zurück.

© picture alliance/photothek.de/Kira Hofmann



Bevor nicht der gesamte Erhalt finanziert ist, gibt es auch keinen Neubau. Punkt! Da ist der Koalitionsvertrag eindeutig.

PAULA PIECHOTTA (GRÜNE)



© Philip Knoll

die Bahninfrastruktur verankert und der Weg für einen Eisenbahn-Infrastrukturfonds geebnet werden. Zum Thema Bahn hatte Verkehrsminister Schnieder am Dienstag aus seiner Sicht Erfreuliches zu berichten. Der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG habe die von ihm vorgeschlagene bisherige Chefin von DB Regio, Evelyn Palla, zur Vorstandsvorsitzenden gewählt, sagte er. Unter Palla werde die Qualität der Bahn „ab sofort Chefinnensache“. Für Streit sorgte eine andere Bahnpersonalie. Schnieder plante nämlich, Dirk Rompf, Geschäftsführer bei der Strategieberatung Ifok, zum Chef der Infrastruktursparte DB InfraGo zu machen. Er bringe fast 30 Jahre Erfahrung im Eisenbahnsektor und fundierte Kenntnisse in der Infrastruktur mit, lobte ihn der Minister. Doch Rompf traf auf erheblichen Widerstand – zuallererst bei der Gewerkschaft EVG, deren Vorsitzender der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Burkert ist. Weil

ab dem kommenden Jahr 63 Euro pro Monat kosten. „Der Bund muss den Ländern dauerhaft verlässliche Mittel zur Verfügung stellen, um das Ticket zu stabilisieren“, forderte Linken-Haushälter Wagner. Wenn besser wäre es aus seiner Sicht, weil es langfristig auf 29 Euro gesenkt würde. „So sähe eine soziale und klimafreundliche Verkehrspolitik aus“, sagte Wagner. Auch er habe sich gewünscht, dass der Preis stabil bleibt, machte der Verkehrsminister deutlich. Mehr als 1,5 Milliarden Euro an Bundeshilfe seien angesichts der Haushaltslage aber nicht möglich gewesen. Die Alternative, so Schnieder, wäre die Aufgabe des Deutschlandtickets gewesen. Das Geld, das der Bund und die Länder jährlich für den „Billigfahrpreis“ ausbebe, fehle am Ende „für die Infrastruktur und für bessere Fahrpläne“, befand Wolfgang Wiehle (AfD). Er forderte einen „ehrlichen Preis für das Deutschlandticket“, und dazu einen Sozialtarif, „damit es sich auch Bürger mit schmalen Geldbeutel leisten können“.

Götz Hausding ■



Die deutsche Wirtschaft steckt weiterhin in der Krise. Nach einer Stagnation in der ersten Jahreshälfte 2025 wird im laufenden Jahr ein leichtes Wachstum erwartet.

© picture-alliance/dpa/Christian Carlsius

Wirtschaft und Energie

Auf wackeligen Beinen

Bundesministerin Reiche fordert Tempo bei der Umsetzung von Wirtschaftsreformen. Die Opposition verweist auf Strukturprobleme und steigenden Arbeitslosenzahlen

Schwache Industrie, rückläufige Investitionen und zurückgehende Exporte: Die deutsche Wirtschaft befindet sich in der Krise. Unternehmensvertreter fordern die zügige Umsetzung von Maßnahmen gegen hohe Energie- und Arbeitskosten, überbordende Regulierung sowie geopolitische Unsicherheiten. Bei einem Treffen der vier großen Wirtschaftsverbände mit Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) Anfang der Woche wurde deutlich: Die Geduld mit der Bundesregierung scheint aufgebraucht. Den gleichen Ton schlugen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute Ende der Woche an: Die deutsche Wirtschaft stehe auf „wackeligen Beinen“, lautete das einhellige Urteil bei der Vorstellung ihrer Konjunkturprognose für das laufende Jahr, es brauche grundlegende Strukturreformen, so die Forderungen aus der Wirtschaft.

Ministerin Reiche will
»Deutschland voranbringen«

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) schloss sich der Kritik an und nannte in der Debatte über ihren Etat (Einzelplan 09, 21/600) die Senkung der Energiepreise, den Ausbau einer zukunftsfähigen Energieinfrastruktur sowie die gezielte Förderung von Innovationen im Mittelstand „zentrale Bausteine für eine moderne, resiliente Volkswirtschaft“. Sie forderte, „keine Zeit zu verlieren und Deutschland voranzubringen“. Leif-Erik Holm (AfD) kritisierte die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) habe Änderungen versprochen, doch „es wurde Sommer, und auch im Herbst ist zu wenig passiert“. Seit Monaten gingen Arbeitsplätze in der Industrie und im Mittelstand verloren. Der Wirtschaftsstandort

Deutschland sei „zugrunde gerichtet worden“. Für Janine Wissler (Die Linke) „funktioniert das deutsche Wirtschaftsmodell nicht mehr“, doch die Bundesregierung halte weiter an einer exportorientierten Wirtschaft fest. Zudem hätten sich CDU und SPD über Jahrzehnte „auf die Lieferungen billigen Gases aus Russland verlassen“. Wissler forderte eine „Wirtschaftswende, aber nicht die Fortsetzung dessen, was seit Jahrzehnten betrieben wird“. Andreas Lenz (CSU) warnte vor „Voodoo-Ökonomie und sozialistischen Ideen“, das habe immer in „Katastrophen“ geendet. Er verwies auf die Forderungen der Wirtschaftsinstitute, die Strukturreformen angemahnt hätten. „Wir setzen das nun um“, sagte Lenz und hob die Abschaffung der Gasspeicherumlage und die geplante Einführung eines Industriestrompreises hervor. Auch Frank Junge (SPD) verwies auf die ersten Maßnahmen, die von der Bundesregierung auf den Weg gebracht worden seien. Außerdem liege der Schwerpunkt des Wirtschafts- etats auf Förderungen von Unternehmen aus der Industrie und dem Mittelstand. Dagegen sagte Katrin Uhlig (Grüne): „Es wird viel angekündigt, doch passiert zu wenig“. Für Vorhaben wie den Industriepreis und den Bau neuer Kraftwerke fehlten im Haushalt die Gelder. Der Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie soll 2026 Ausgaben in Höhe von 7,97 Milliarden Euro (2025: 8,99 Milliarden Euro) umfassen. Die Einnahmen werden mit 894 Millionen Euro (2025: 1,56 Milliarden Euro) veranschlagt. Der Großteil der Gesamtausgaben des Einzelplans 09 entfällt mit vier Milliarden Euro (2025: 4,4 Milliarden Euro) auf den Bereich „Innovation, Technolo-

gie und Neue Mobilität“, davon enthält die Förderung der Luft- und Raumfahrt 2,1 Milliarden Euro (2025: 2,3 Milliarden Euro). Die Förderung „Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren“ umfasst Ausgaben von 1,1 Milliarden Euro und bleibt damit auf Vorjahresniveau. Den größten Anteil macht mit 640 Millionen Euro die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) aus (2025: 649,3 Millionen Euro). Für Unternehmensgründungen sind 175 Millionen Euro (2025: 176 Millionen Euro) eingeplant und für die Fachkräfteausbildung und -sicherung 145 Millionen Euro (2025: 133 Millionen Euro).

Ausgaben für Energie und Nachhaltigkeit um die Hälfte gekürzt

Die Ausgaben für „Energie und Nachhaltigkeit“ sind mit 537,1 Millionen Euro fast um die Hälfte gekürzt worden (2025: 1,1 Milliarden Euro). Der größte Posten umfasst mit 224,8 Millionen Euro (2025: 180 Millionen Euro) das Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Braunkohletagebaus und der Steinkohleanlagen sowie Zuwendungen von 152,2 Millionen Euro (2025: 158,1 Millionen Euro) für die Wismut GmbH zur Sanierung und Rekultivierung der Hinterlassenschaften des Uranbergbaus. Für die Außenwirtschaftsförderung und die internationale Zusammenarbeit stehen 442,4 Millionen Euro (2025: 439,6 Millionen Euro) bereit. Das Netzwerk deutscher Auslandshandelskammern und die German Trade and Invest (GTAI) sollen 108,5 Millionen Euro (2025: 104 Millionen Euro) erhalten. Für die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) sind wie im Vorjahr 40,6 Millionen Euro eingeplant.

Nina Jeglinski

Von der Schiene bis zum Wasserstoff

Das fließt 2026 aus den Sondervermögen

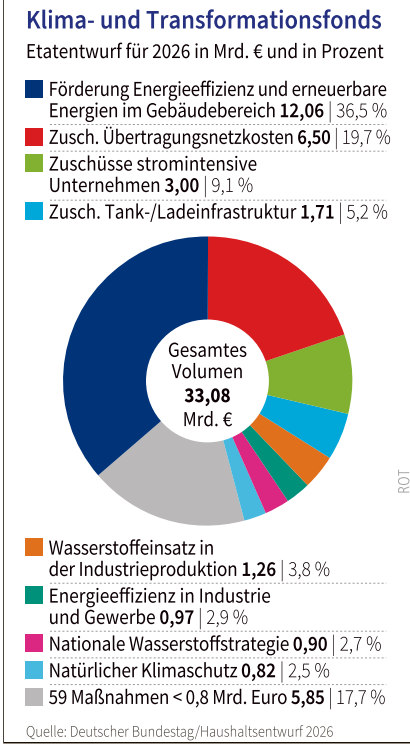
Extratöpfe für Infrastruktur, Bundeswehr und Klima

Mit dem Haushaltsentwurf 2026 hat die Bundesregierung auch die Wirtschaftspläne dreier Extratöpfe vorgelegt, aus denen im nächsten Jahr ebenfalls Milliardensummen fließen sollen. Aus dem neu eingerichteten Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sollen demnach 58,9 Milliarden Euro, aus dem Sondervermögen Bundeswehr, das 2022 nach dem russischen Überfall auf die Ukraine eingerichtet wurde, 25,5 Milliarden Euro für diverse Rüstungsprojekte verausgabt werden (siehe Seite 10). Und im Klima- und Transformationsfonds (KTF), einem 2011 eingerichteten Sondervermögen des Bundes, sind Ausgaben von 33,1 Milliarden Euro geplant. Die Ausgaben aus den Sondertöpfen für die Infrastruktur sowie die Bundeswehr sind komplett kreditfinanziert. Der KTF erhält hingegen Mittel aus dem Emissionshandel und der CO₂-Bepreisung sowie eine Zuweisung in Höhe von zehn Milliarden Euro aus dem Infrastruktur-Sondervermögen.

21 Milliarden Euro für Tunnel, Brücken und Schiene

Das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität hat insgesamt ein Volumen von 500 Milliarden Euro. 100 Milliarden gehen jeweils in Jahrestanchen an die Länder (8,3 Milliarden Euro) sowie an den KTF (zehn Milliarden Euro). Abzüglich dieser Zuweisungen sollen aus dem Sondervermögen im kommenden Jahr 40,5 Milliarden Euro in die mehr als 40 aufgeführten, breitgefächerten Investitionsvorhaben fließen. Weitere 80,4 Milliarden Euro sollen als Verpflichtungsermächtigungen (VE) für die nächsten Jahre gebunden werden. Den finanziellen Schwerpunkt bildet dabei die Verkehrsinfrastruktur mit 21,3 Milliarden Euro für 2026 und 58,2 Milliarden Euro für die kommenden Haushaltsjahre. Unterstützt wird etwa der Erhalt der Schienenwege mit 16,3 Milliarden Euro (VE: 46,6 Milliarden Euro) und von Autobahnbrücken und -tunneln mit 2,5 Milliarden Euro (VE: 3,3 Milliarden Euro). Im Energiebereich sollen 2,1 Milliarden Euro für Investitionen locker gemacht werden, das Gros für den Umbau und Neubau der klimaneutralen Wärmenetze (2026: 1,4 Milliarden Euro, VE: 5,9 Milliarden Euro). Kleinteiliger geht es bei den Investitionen in die Digitalisierung zu. Neben dem Breitbandausbau (2026: 2,3 Milliarden Euro, VE: 1,4 Milliarden Euro) finden sich hier nun auch fünf Milliarden Euro für die Förderung von Mikroelektronik und der Halbleiter-Wertschöpfungskette. Im laufenden Jahr ist der Titel im KTF veranschlagt. Dazu kommen diverse Verwaltungsdigitalisierungspro-

jekte. Neu ist etwa, dass die Digitalisierung der Bundesfinanzverwaltung (2026: 193,6 Millionen Euro, VE: 210 Millionen Euro) aus dem Sondervermögen gefördert werden soll. Die bereits laufende Bund-Länder-Initiative zur Justiz-Digitalisierung soll ab 2027 (VE: 210 Millionen Euro) laut Wirtschaftsplan ebenfalls aus dem Extratopf finanziert werden. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Investitionen in Forschung und Hochtechnologie, für die 2026 insgesamt eine Milliarde Euro fließen sollen. Für Ausgaben im Rahmen der Hightech-Agenda – hierbei geht es um Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien und Co. – sind es knapp 700 Millionen Euro, in den folgenden Haushaltsjahren rund 2,5 Milli-



arden Euro. 50 Millionen Euro im Jahr 2026 und 94 Millionen Euro in den Folgejahren sollen in die nationale Raumfahrtinfrastruktur gesteckt werden.

Über 60 Titel im Klima- und Transformationsfonds

Im Wirtschaftsplan des KTF sind über 60 Titel aufgeführt, die allerdings sehr unterschiedliche Ansätze haben. So sollen 2026 mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben (2026: 12,1 Milliarden Euro, VE: 8,2 Milliarden Euro) für Förderprogramme für Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Gebäudebereich fließen. Die Unterstützung stromintensiver Unternehmen will sich die Bundesregierung drei Milliarden Euro kosten lassen, neu ist ein Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten, der mit 6,5 Milliarden Euro zu Buche schlagen soll – damit soll laut Vorlage die Belastung durch die Netzentgelte gedämpft werden. Wasserstoff spielt im KTF weiterhin eine große Rolle. Gefördert werden soll unter anderem der Einsatz in der Industrieproduktion (1,3 Milliarden Euro), die Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie (900 Millionen Euro) und deutsch-französische Projekte dazu (680 Millionen Euro). Für diese Titel sind auch in den Folgejahren erhebliche Summen eingeplant. Direkte klimaschutzpolitische Titel betreffen etwa die Umsetzung von Maßnahmen zum natürlichen Klimaschutz (821,6 Millionen Euro), die Nationale Klimaschutzinitiative (402 Millionen Euro) und die Umsetzung von Klimawandelanpassungsmaßnahmen (125 Millionen Euro). Auffällig ist, dass diverse Titel aus den Einzelplänen der Ministerien in den KTF gewandert sind. Das betrifft etwa die Energieforschung, die bislang im Einzelplan des Wirtschafts- und Energieministeriums veranschlagt war.

scr

Bärs Aufholjagd beginnt

Milliarden für die Hightech-Agenda

Im UN-Innovationsindex liegt Deutschland nur noch auf Platz elf – für Forschungsministerin Bär ein zusätzlicher Ansporn, kräftig zu investieren

Deutschland ist im Innovationsindex der Vereinten Nationen weiter abgerutscht. Im neuesten Bericht der UN-Organisation für geistiges Eigentum (Wipo) belegt die Bundesrepublik hinter China Platz elf und gehört damit nicht mehr zu den zehn innovationsreichsten Ländern der Welt. An der Spitze des jährlich im September erscheinenden Rankings steht die Schweiz, gefolgt von Schweden und den USA.

Für Forschungsministerin Dorothee Bär (CSU) ist der Negativtrend im Innovationsindex kein Grund zur Sorge. Vielmehr sei dies „eine ganz große Chance“ beim Thema Innovationen und Schlüsseltechnologien kräftig zu investieren und den Trend umzukehren, sagte sie am vergangenen Donnerstag bei der Debatte zum Einzelplan 30 des Haushaltsentwurfs 2026.

Forschungsetat liegt für 2026 bei rund 21,3 Milliarden Euro

Da Bär sich leicht verspätete, hörte sie sich zunächst die erste Rede aus jeder Fraktion an, bevor sie selbst ans Rednerpult trat. Unternehmen, Start-ups und Menschen in diesem Land hätten eine enorme Innovationskraft, sagte sie dann. Damit diese sich auch entfalten könne, wolle der Staat den Bürokratieabbau vorantreiben und vor allem bei den Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz und Quantenforschung unterstützen. Bärs Ziel dabei: „‘Made in Germany’ muss seinen alten Glanz wiederbekommen“.

Von den rund 21,3 Milliarden Euro, die der Haushaltsentwurf (21/600) für das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) vorsieht, sind rund 8,2 Milliarden Euro für die Forschung für Innovationen und die Hightech-Agenda Deutschland vorgesehen. Weitere Gelder für die Hightech-Agenda stehen außerdem im Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität zur Verfügung.

Wie viel Geld Bär am Ende tatsächlich für ihr Prestige-Projekt zur Verfügung



Für das Leibniz-Institut baut das Start-up IQM Germany den europäischen Quantenrechner Euro-Q-Exa. Durch Fortschritte bei der Quantenforschung will Deutschland langfristig seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

© picture alliance/dpa/Sven Hoppe

haben wird, ist schwierig zu beziffern. Die Aufteilung zwischen Kernhaushalt und Sondervermögen Sorge für Intransparenz und mache eine exakte Aufstellung der Gelder sehr kompliziert, kritisierte der Bundesrechnungshof in seinem Bericht zum Einzelplan 30, der „Table Media“ vorliegt. Neben den Schlüsseltechnologien fokussiert sich das Ministerium mit der Hightech-Agenda auf sogenannte strategische Forschungsfelder wie die Gesundheitsforschung und die Raumfahrt. Für Letzteres sind laut Bär mehr als eine Milliarde Euro in dieser Wahlperiode eingeplant. Für 2026 sollen zusätzlich rund 50 Millionen Euro aus dem Sondervermögen für die nationale Raumfahrtinfrastruktur fließen.

Die Raumfahrt gehöre zur kritischen Infrastruktur und sei daher entscheidend für eine stärkere Souveränität Deutschlands, betonte Ronja Kemmer (CDU). Ohne Satelliten gebe es

beispielsweise keine Navigation in Autos und kein verlässliches Netz im Krisenfall. Deutschland habe viele starke Player bei der Raumfahrtforschung, es sei nun an der Bundesregierung, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Obwohl nun bereits der Haushalt für 2026 beraten werde, gebe es immer noch kein Organigramm des neu zu-

» ‚Made in Germany‘ muss seinen alten Glanz wiederbekommen. «

DOROTHEE BÄR (CSU)

geschnittenen Ministeriums, kritisierte Grünen-Politikerin Paula Piechotta. Dadurch herrsche weiterhin Unklarheit über die Zuständigkeiten

und Ansprechpartner. Ursprünglich sollten die Ressorts bis zum 1. August die Zuständigkeiten geregelt haben, die mit dem neuen Zuschnitt des ehemaligen Bildungs- und Forschungsministeriums einhergehen. Bislang konnte jedoch keine Einigung erzielt werden. Insbesondere der Streit mit Wirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU) um Aufgabenbereiche hemme laut Piechotta die Arbeit beim Ministeriums. Es sei dringend an der Zeit, dass das Haus „mit Substanz gefüllt wird“.

Piechotta sagte weiter, dass sie vor allem beim Thema Bafög „keine neuen Anreize und Steigerungen“ im Entwurf sehe. Sie sei gespannt, ob die Koalition bei der angekündigten Bafög-Novelle ihr Wort halte. Dass eine Reform dringend notwendig sei, zeige sich schon darin, dass in vielen Städten die Wohnpauschale mittlerweile unter dem Durchschnittspreis eines WG-Zimmers liege.

Der Etatentwurf veranschlagt rund 1,1 Milliarden Euro für Studierenden-Bafög. Hinzu kommen 507 Millionen Euro für das Schüler-Bafög.

Auch Svenja Schulze (SPD) adressierte diese Förderung in ihrer Rede. Um keine jungen Talente zu verlieren, gebe es Unterstützungen wie Bafög, so Schulze. Doch die besten Reformen nützten nichts, wenn die Betroffenen nichts davon wüssten. Junge Menschen müssten schnell erfahren, ob und wie viel Förderung sie erhalten.

AfD und Linke thematisieren Wissenschaftsfreiheit

Viel Kritik am Haushaltsentwurf übte AfD-Politiker Sergei Minich. Es handelte sich dabei nicht um ein „Zukunftsprogramm, sondern eine teure PR-Maschine“. Die Regierung mache Schulden auf Pump und gebe sie als Zukunftsinvestitionen aus. Es fehle an Fokus, Effizienz und Prioritäten.

Minich betonte außerdem, dass die AfD sich zwar für eine freie Wissenschaft einsetze, allerdings könne diese nur „ohne Quote, ohne Dogma und ohne Gängelung“ wirken. Es sei nicht die Aufgabe des Staates, sich überall einzumischen.

Auch Nicole Gohlke (Die Linke) befasste sich mit der Wissenschaftsfreiheit. Es sei jetzt geboten, das deutsche Wissenschaftssystem resilienter zu machen „gegen autoritäre und antidemokratische Übernahmeversuche von rechts“. Die aktuelle Politik von US-Präsident Donald Trump zeige, wie sehr die Wissenschaft sonst unter Druck gerate. Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland sind laut Gohlke „fatal, weil sie auf ein System treffen, bei dem bewusst über Jahrzehnte hinweg prekäre Beschäftigung forciert wurde“. In der Forschung seien befristete Verträge immer noch die Regel. Ein solches System, das „auf Unsicherheit und Abhängigkeit“ beruhe, mache sich erpressbar. Daher forderte Gohlke von Forschungsministerin Bär „Dauerstellen für Daueraufgaben“ und bessere Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft.

Denise Schwarz ■

Breitband, Bürgerkonto, Cybersicherheit

Staatsmodernisierung als Glaubwürdigkeitstest

Digitalminister Wildberger kündigt seine Modernisierungsagenda an und nennt das Sondervermögen einen »Möglichmacher«

Sie soll nicht weniger als einen lang ersehnten Fahrplan liefern: Die „Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung“, die die Bundesregierung kommende Woche bei ihrer Kabinettsklausur in der Villa Borsig im Berliner Norden verabschieden will. Das von Digitalminister Karsten Wildberger (CDU) erstellte Papier umfasst fünf Handlungsfelder und soll als Teil der wirtschaftlichen Reformagenda von Schwarz-Rot unter anderem die Bürokratiekosten für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung um 25 Prozent senken.

Das betonte Wildberger auch in seiner Rede am Donnerstag zum Haushaltsentwurf 2026 (21/600) für sein Haus. „Wir reden über die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, über die Leistungsfähigkeit des Staates und auch die Zufriedenheit der Bürger. Und da geht es um nichts weniger als die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie“, sagte Wildberger. Ein wichtiger nächster Schritt sei die Einführung eines Kompetenzzentrums für Projektmanagement, kündigte er an. Das Ziel: Damit den „Umsetzungsmuskel“ stärker aufzubauen.

Wie schon beim Haushalt 2025 soll der Einzelplan erst im parlamentari-

schen Verfahren entstehen. Im Etatentwurf sind aktuell etwas weniger Mittel für digitalpolitische Vorhaben veranschlagt als im laufenden Jahr.

Breitbandausbau bleibt der Ausgabenschwerpunkt

Ein Großteil der Infrastruktur-Investitionen findet sich weiterhin im Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“, das Wildberger einen „Möglichmacher“ nannte.

Für den Breitbandausbau sind dort im Soll 2,25 Milliarden Euro vorgesehen (2025: 2,93 Milliarden Euro), für den Mobilfunkausbau sind 200 Millionen Euro (2025: 366,79 Millionen Euro) eingeplant. Im Bereich der Digitalisierung der Verwaltung stehen für das europäische Identitätsökosystem rund 162 Millionen Euro im Soll zur Verfügung (2025: 131 Millionen Euro), für das Bürgerkonto beziehungsweise die Infrastruktur sind 256 Millionen Euro (2025: 243 Millionen Euro) veranschlagt, und für die Modernisierung der Registerlandschaft sind 194 Millionen Euro (2025: 263 Millionen Euro) eingeplant.

Martin Gerster (SPD) sprach in der Debatte die jüngsten sicherheitstechnischen Vorfälle an europäischen Flughäfen an: „Dieser Vorfall und andere zeigen, die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland ist besorgniserregend“, sagte Gerster. Digitalisierung, zunehmende Vernetzung und der verstärkte Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) vergrößerten Angriffsflächen zudem weiter. Die Folge sol-

n könnten die Investitionen allerdings nicht effektiv eingesetzt werden, betonte Gerster.

Scharfe Kritik am Stand des Aufbaus des Ministeriums kam vom AfD-Digitalpolitiker Ruben Rupp. Er monierte, dass wiederum kein eigener Einzelplan des Ministeriums vorliege und es an konkreten Vorschlägen und

» Wir reden über die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, über die Leistungsfähigkeit des Staates und auch die Zufriedenheit der Bürger. Und da geht es um nichts weniger als die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie. «

DIGITALMINISTER KARSTEN WILDBERGER (CDU)



© picture alliance/dpa/Reverfoto

cher Angriffe sei ein Zurückfallen auf „Stift und Papier“ – neben immensen wirtschaftlichen Schäden und Vertrauensverlust, so Gerster. Er sei froh, dass das Sondervermögen Investitionen in diesem Bereich ermögliche. Ohne eine an die Bedrohungslage angepasste Strategie für Cybersicherheit

Kompetenzen für Wildbergers Haus mangle. Wenn es nicht bald einen „radikalen Bürokratie-Kahlschlag“ und „eine Antwort auf die Energiefrage“ gebe, werde das Land schon im nächsten Jahrzehnt „vollständig in der Hand von China und den USA sein“, sagte Rupp.

Ricarda Lang (Grüne) sagte, der Haushalt 2026 mit dem Sondervermögen biete die „historische Chance“, in Digitalisierung und digitale Souveränität zu investieren. Die für die Infrastruktur vorgesehenen Gelder müssten aber auch tatsächlich dafür ausgegeben werden. Wenn Steuersenkungen über Schulden finanziert würden, habe die nächste Generation sowohl Mängel bei der Digitalisierung, eine kaputte Infrastruktur als auch Zinskosten. Das sei ihr gegenüber nicht gerecht, so Lang.

Linke: Es braucht eine lebendige Open-Source-Community

Donata Vogtschmidt (Die Linke) begrüßte, dass der im Haushalt 2025 noch „sträflich vernachlässigten“ Cybersicherheit nun wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werde. An der geplanten Umsetzung für mehr IT-Sicherheit habe sie jedoch Zweifel. Beim Thema KI sei relevant, welche KI-Lösungen gesellschaftlich nötig seien, die die Lebens- und Arbeitsqualität verbesserten. „Dazu braucht es auch nicht größere Rechenzentren, sondern eine lebendige Open-Source-Community“, sagte sie.

lbr ■

Umwelt-Etat soll leicht steigen

Alles im Fluss

Minister Schneider kündigt mehr Geld für Kreislaufwirtschaft, Klimaanpassung und Klimaschutz an. Für Grüne und Linke ist das zu wenig, für die AfD zu viel

Carsten Schneider zeigte sich betont zuversichtlich: Der Monitoringbericht, den seine Kabinettskollegin, Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU), zum Anlass nehmen will, um die Energiewende neu auszurichten und dabei mehr auf neue Gaskraftwerke und weniger auf den Ausbau von Wind- und Solaranlagen zu setzen, ist für den Bundesumweltminister vor allem eins: ein Beleg für den Erfolg der Erneuerbaren. „Wir können unsere Ausbauziele bis 2035 erreichen. Wir werden weiter mit Tempo vorangehen“, bekräftigte der SPD-Politiker bei der Einbringung des Einzelplans 16 am Donnerstag. Das sei entscheidend für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und den Klimaschutz, so der Minister, der neben Umwelt, Naturschutz und nuklearer Sicherheit auch wieder für genau diesen zuständig ist. Die Bundesregierung bekenne sich zu den Klimazielen und sie unterstütze den Vorschlag der EU-Kommission, den CO2-Ausstoß bis 2040 um mehr als 90 Prozent zu mindern. Dass die EU-Umweltminister die Ent-

» Mit dem Haushalt gestalten wir die Umweltpolitik der Mitte.

MARK HELFRICH (CDU)

scheidung über das Zwischenziel trotz drängender Fristen vor der UN-Klimakonferenz im November trotz seiner Kritik verschoben haben, erwähnte der Minister jedoch nicht. Stattdessen erklärte er, wie er beim Klimaschutz durch „entschlossene Politik“ Vertrauen zurückgewinnen will. Sein Ansatz: Ökologische und ökonomische Ziele verbinden. Diese hingen nämlich gerade beim Klimaschutz und der Kreislaufwirtschaft eng zusammen. Für die Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie werde deshalb ein neuer Titel im Klima- und Transformationsfonds (KTF) eingerichtet und zunächst mit 40 Millionen Euro ausge-

stattet. 2027 sollen nach Schneiders Worten 60 Millionen investiert werden, 2028 dann 80 Millionen. Auch die Ausgaben für das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz, mit dem unter anderem die Wiedervernässung von Mooren und die Renaturierung von Flussauen gefördert wird, sollen laut Haushaltsentwurf aufgestockt werden, ab 2028 ist jährlich eine Milliarde Euro vorgesehen. Auf einen weiteren Titel im KTF wies Mark Helfrich (CDU) hin: Neu sei das Sonderprogramm „Naturschutz und Klimaanpassung“, um Extremwetter etwa durch Waldumbau oder Wasserückhalteflächen vorzubeugen. „Mit allein einer halben Milliarde Euro für die kommenden Jahre heißt es hier: Klotzen statt kleckern“, so Helfrich.

CCS-Technologie soll mit Klimafonds-Mitteln gefördert werden

Auch die Abscheidung und Speicherung von CO2 (CCS) werde künftig mit 800 Millionen Euro bis 2028 aus dem KTF gefördert. Ohne diese Technologien werde es „nicht gelingen, bis 2045 klimaneutral zu werden“, erklärte der Christdemokrat und machte deutlich, worum es Schwarz-Rot geht: „Wir gestalten die Umweltpolitik der Mitte“. Ziel seien Gesetze und Regelungen, die die Menschen nachvollziehen könnten. In diesem Sinne sei es auch richtig, sie bei der steigenden CO2-Bepreisung durch Zuschüsse bei der Stromsteuer zu entlasten. Kritik an den Haushaltsplänen äußerte die Opposition: Der Etat sei der „finanzielle Ausdruck einer Umweltpolitik, die sich von Wissenschaft und Vernunft verabschiedet hat“, befand Georg Schroeter (AfD). Sie basiere auf „falschen Prämissen“ wie dem menschengemachten Klimawandel und „irrationalen Ängsten“, deren teure Folgen „der Steuerzahler nun ausbaden“ müsse, monierte der Abgeordnete. 1,54 Milliarden Euro von den rund 2,85 Milliarden Euro im Umwelt-Etat seien für die End- und Zwischenlagerung eingeplant. Statt Milliarden für ideologische Projekte zu verschwenden, sollten sie besser für

„echten, praktischen Umweltschutz“ eingesetzt werden. Zu wenig investiert die Regierung in den Augen von Grünen und Linken: Rechne man alle Maßnahmen mit Bezug zu Umwelt-, Klima- und Naturschutz aus allen Einzelplänen und dem KTF zusammen, mache das nur 3,2 Milliarden Euro und 0,6 Prozent des Haushalts aus, rechnete Fabian Fahl (Linke) vor. Statt Investitionsbeihilfen für die teure und „unausgereifte“ CCS-Technik zu „verschleudern“, sollten natürlicher Klimaschutz, Waldumbau und Biodiversität mehr gefördert werden. Claudia Müller (Grüne) kritisierte, dass der Umwelt-Etat nur aufgrund der teureren Zwischen- und Endlagerung wachse. Im Vergleich zu den Ampel-Planungen schrumpften die Ausgaben für Umwelt und Naturschutz deutlich. Zudem würden sie zunehmend aus dem Kernhaushalt ausgelagert und in den KTF verschoben. Bettina Hagedorn (SPD) sah darin kein Problem: Minister Schneider bewirtschaftete die drittmeisten Titel im KTF und verfüge so 2026 über insgesamt fast fünf Milliarden Euro. Im Vorjahr seien es nur 3,9 Milliarden Euro gewesen.

Sandra Schmid ■

GRÖßTE AUSGABEN

> **Atommüll** Für die Zwischen- und Endlagerung sind 1,54 Milliarden Euro im insgesamt 2,85 Milliarden Euro umfassenden Umwelt-Etat des Kernhaushalts eingeplant.

> **Umweltschutz** 237,44 Millionen Euro sollen ausgegeben werden. Gut 39 Millionen davon sind für Klimaanpassung vorgesehen, 15 Millionen Euro für die Bergung von Altmunition aus Nord- und Ostsee.

> **Sondervermögen** Im KTF stehen zudem zwei Milliarden Euro bereit, etwa für natürlichen Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft.



Rund 822 Millionen Euro sollen in den natürlichen Klimaschutz investiert werden, wie etwa die Renaturierung von Flüssen. Im Bild die vormals begradigte Emscher bei Dortmund, die sich nun wieder durch eine Auenlandschaft schlängelt.

© picture alliance/Rupert Oberhäuser |

Neue Wege zur Wohnraumschaffung

Nicht immer Neubau

Ministerin Hubertz will Altbauten sanieren lassen

Bauministerin Verena Hubertz (SPD) hat ihr Ministerium als „zentrales Investitionsressort“ bezeichnet. Im Regierungsentwurf des Haushalts 2026 (21/600) seien 7,6 Milliarden Euro für den Einzelplan des Bauministeriums vorgesehen. Hinzu kämen Mittel aus dem Klimafonds sowie aus dem Infrastruktur-Sondervermögen. Die Ministerin erklärte am Dienstag in der Debatte des Bundestages über den Einzelplan 25: „Wir verwandeln Geld in Wohnungen, Gebäude in Zukunft und bringen unser Land voran.“ Hubertz hob vor allem Programme für die junge Generation hervor. So gebe es 250 Millionen Euro für die Wohneigentumsförderung für Familien und 350 Millionen Euro für das Programm „Jung kauft Alt“. Jungen Familien werde damit ermöglicht, Häuser auf dem Land zu kaufen und zu sanieren. Denn Wohnraum heiße nicht immer gleich Neubaugebiet.

Der soziale Wohnungsbau ist ein Schwerpunkt im Haushalt

Hubertz sagte auch: „Geld allein reicht nicht.“ Daher werde mit dem Bau-Turbo auf schnellere Verfahren gesetzt. Eine weitere Reform des Baugesetzbuches werde kommen, kündigte sie an. So werde es gelingen, schneller, günstiger, bezahlbarer und nachhaltiger zu bauen. Auch Ruppert Stüwe (SPD) sagte: „Wir treiben den Wohnungsbau voran.“ Schwerpunkt sei der soziale Wohnungsbau, in den mehr als je zuvor investiert werde. Thomas Ladzinski (AfD) sprach dagegen von falscher Prioritätensetzung. Die Förderprogramme für selbstgenutzten Wohnraum würden nur einen Bruchteil der Haushaltsmittel

ausmachen. Der Anteil des selbstgenutzten Wohneigentums am gesamten Bestand stagniere seit Jahren bei 47 Prozent. Dabei sei selbstgenutztes Wohneigentum ein wirksames Mittel gegen Altersarmut. „Deutschland muss ein Land der Eigentümer werden“, forderte Ladzinski. „Wir machen Bauen zur Priorität“, erklärte Axel Knoerig (CDU). Ein Schwerpunkt sei der soziale Wohnungsbau. Besonders hob Knoerig die Förderung des Baus von Wohnungen für Studierende hervor. Knoerig sprach sich dafür aus, mehr für die Eigentumsbildung der Familien zu tun und steuerliche Entlastungen zu prüfen. Lisa Paus (Grüne) sagte, trotz des Zuwachses im Etat würden die Prognosen von weniger statt mehr gebauten Wohnungen im nächsten Jahr ausgehen. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau seien zwar aufgestockt worden, doch jedes Jahr würden tausende Sozialwohnungen verschwinden. Paus kritisierte außerdem, dass der Klimaschutz beim Bauen vernachlässigt werde. Katalin Gennburg (Linke) kritisierte die optimistischen Erwartungen der Bauministerin. Gebraucht werde eine Bau-Wende statt Fortsetzung der Beton-Politik. Die Umbauförderung sei viel zu gering. Investitionen in den Bestand seien der wirkliche ökologische Beitrag in Zeiten der Klimakrise. Der Etat des Bauministeriums sieht 2026 Ausgaben von 7,6 Milliarden Euro (2025: 7,4 Milliarden) vor. Die Einnahmen sollen 183,2 Millionen Euro (2025: 176,8 Millionen) betragen. Für den sozialen Wohnungsbau sollen 2,65 Milliarden Euro ausgegeben werden.

hle ■

Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

Mehr Notfallvorsorge

Der Agrar-Etat bleibt 2026 weitgehend unverändert

Als am Dienstagabend dieser Woche der Bundestag in erster Lesung den Haushaltsentwurf des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat beriet, mögen manche ein Déjà-vu-Erlebnis gehabt haben. Fast auf die Stunde genau sieben Tage zuvor hatte das Parlament den Agrar-Etat im Bundeshaushalt 2025 (21/500) angenommen. An diesem Dienstag nun ging es um den Agrar-Etat im Bundeshaushalt 2026 (21/600). Demzufolge sollen dem Haus von Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU) im kommenden Jahr 6,99 Milliarden Euro zur Verfügung stehen

chen Betrag wie 2025. Für Maßnahmen des Küstenschutzes infolge des Klimawandels sind wieder 120 Millionen Euro, für Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes 127 Millionen Euro vorgesehen. Die Vorlage soll nach den bis Freitag andauernden Beratungen sämtlicher Einzelpläne an den Haushaltsausschuss überwiesen werden.

Werben für mehr private und staatliche Vorsorge

Minister Rainer nutzte sein Eingangsstatement unter anderem für ein Plädoyer für mehr private und staatliche Vorsorge: Es brauche „ein modernes Update für unsere Notfallvorsorge, um auch in Ernstfällen gerüstet zu sein“. Das müsse nicht unbedingt der Verteidigungsfall sein, es könnten auch andere Notfälle eintreten, wie zum Beispiel unlängst ein Stromausfall in Berlin. Stephan Protschka (AfD) attestierte dem Minister ein Vollzugsdefizit. „Sie haben viele richtige Maßnahmen angekündigt, doch was kommt davon wirklich an?“ Esther Dilcher (SPD) warf der AfD vor, die wahren Sorgen der Landwirte nicht ernst zu nehmen: Extremwetterereignisse, Hitzewellen und Starkregen. Für die Grünen zeigt der Entwurf 2026: „Gespart wird an der Zukunft“, so Leon Eckert (Bündnis 90/Die Grünen). Sascha Wagner (Die Linke) kritisierte, der Entwurf werde den riesigen Herausforderungen in ländlichen Räumen nicht gerecht. Benedikt Büdenbender (CDU) konstatierte hingegen: „Der Kurswechsel in der Landwirtschaft ist eingeläutet.“

mis ■

» Sie haben viele richtige Maßnahmen angekündigt, doch was kommt davon an?

STEPHAN PROTSCHKA (AFD)

– 2025 waren es 6,88 Milliarden. Im Einzelplan 10 wird mit Einnahmen von 110,91 Millionen Euro gerechnet (2025: 99,75 Millionen). Fast 60 Prozent der Ausgaben (4,16 Milliarden Euro) sind für die landwirtschaftliche Sozialpolitik eingeplant (2025: 4,09 Milliarden). Die Ausgaben für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Ernährung betragen 190 Millionen Euro (2025: 194,33 Millionen). An der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), beteiligt sich der Bund mit 907 Millionen Euro – dem glei-

GASTKOMMENTARE: ERBSCHAFTSSTEUER ERHÖHEN?

Das jetzige System ist ungerecht

Der völlig falsche Weg

PRO

Die Bundesländer leiden unter großer Finanznot, aber der Staat lässt sich jedes Jahr viele Milliarden an Erbschaftssteuern entgehen, die Geld in ihre klammen Kassen spülen würden. Mit diversen Vermeidungsstrategien gelingt es Vermögenden, enorme Summen ohne oder mit geringen Steuerabzügen weiterzugeben. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger findet das falsch und ist deshalb für eine Anhebung der Erbschaftssteuer. Aus gutem Grund: Das bestehende System ist ungerecht. Für kleinere Erbschaften oberhalb der Freibeträge werden herbe Abgaben fällig, erst recht, wenn Verstorbene und Erben nicht verwandt oder verheiratet sind. Einkünfte aus Erwerbsarbeit werden immer besteuert. Wer als Angehöriger eines Hochvermögens ohne eigenes Zutun viel bekommt, wird dagegen vom Fiskus geschont. Die Kluft zwischen den richtig Reichen und denen mit nichts oder wenig wächst so immer weiter. Schon jetzt konzentriert sich der größte Teil des Vermögens in Deutschland auf sehr wenige. Das gefährdet den gesellschaftlichen Frieden. Höhere Abgaben aufs Erbe würden gegensteuern. Ein häufiger Einwand gegen höhere Erbschaftssteuern ist die Behauptung, eine An-



Anja Krüger © Pascal Beucker

hebung würde gerade Familienunternehmen zu stark belasten und die Kapitalabflüsse würden Arbeitsplätze und Investitionen gefährden. Aber: Entscheidungen für Investitionen und für die Sicherung von Jobs hängen in erster Linie von Marktchancen ab, nicht von Freibeträgen fürs Erben. Und: Erbschaften sind absehbar, die fälligen Steuern sind langfristig planbar. Dafür können Rücklagen gebildet werden. Und sollten im Ausnahmefall die Steuerschulden tatsächlich eine zu große punktuelle Belastung sein, können sie über einen längeren Zeitraum gestundet werden.

Anja Krüger ■

Die Autorin ist Parlamentskorrespondentin der „tageszeitung“ in Berlin.

CONTRA

Über eine unfaire Vermögensverteilung lässt sich lange streiten. Klar ist aber auch: Wir stecken mitten in einem wirtschaftlichen Abschwung. In dieser Lage über Steuererhöhungen zu diskutieren, ist brandgefährlich. Eine Verschärfung der Erbschaftssteuer wäre deshalb der völlig falsche Weg. Die linken Slogans von „tax the rich“ mögen nach mehr Gerechtigkeit klingen. Sie entpuppen sich jedoch in der Praxis als Wachstumsbremse. Das gilt vor allem für die Familienunternehmen, die seit Generationen Verantwortung tragen und das Rückgrat unseres Mittelstands bilden. Denn jede Steuererhöhung bedeutet weniger Kapital für Investitionen in Innovation, Digitalisierung und Wettbewerbsfähigkeit. Statt Arbeitsplätze zu sichern und Zukunftsprojekte voranzutreiben, müsste wertvolles Vermögen in staatliche Kassen fließen. Besonders beim Generationenwechsel drohen fatale Folgen: Unternehmen würden gezwungen, Anteile zu verkaufen oder gar ins Ausland abzuwandern. Damit geht unternehmerische Substanz und damit die Grundlage für viele sichere Arbeitsplätze verloren. Die Debatte über Steuererhöhungen ist ohnehin paradox. Der Bundesfinanzminister braucht einen eigenen Beirat, um das Sondervermögen von 500 Milliarden auszugeben, und



Thomas Sigmund © Handelsblatt/Marc-Steffen Ungert

gleichzeitig wird darüber nachgedacht, wie man den Erben ihr bereits einmal versteuertes Geld weiter aus der Tasche ziehen kann. In Kürze steht ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts an. Dann ist die Zeit, über eine faire Neuregelung zu sprechen – auch über Modelle wie eine Flat Tax von zehn Prozent, wenn im Gegenzug alle Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Doch bevor dieses Urteil vorliegt, muss die Debatte über linke Umverteilungsfantasien ein Ende haben. Sonst entsteht der Eindruck, dass es nicht um eine sachgerechte Reform der Erbschaftssteuer geht, sondern um ein politisches Kampftema.

Thomas Sigmund ■

Der Autor ist Leiter des „Handelsblatt“-Meinungsressorts.

DAS PARLAMENT

Herausgeber: Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Leserservice/Abonnement:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32, Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anschrift der Redaktion (außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227-3 05 15, Telefax (0 30) 227-3 65 24

Internet: <http://www.das-parlament.de>
E-Mail: redaktion@das-parlament.de

Chefredakteur: Frank Bergmann (fb) V.i.S.d.P.
Stellvertretender Chefredakteur: Alexander Heinrich (ah)

Redaktion: Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Claudia Heine (che), Nina Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) Cvd, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Denise Schwarz (des), Helmut Stoltenberg (sto), Hannes Thielsch (Volontär), Alexander Weinlein (aw)

Fotos: Stephan Roters

Redaktionsschluss: 26. September 2025

Layout: DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten Messing, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Druck: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG
Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36, Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement:
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IWV)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

GOGREEN PLUS

Wir vermeiden CO₂ durch den Versand mit der Deutschen Post

LESERPOST

Zur Ausgabe 39 vom 20. September 2025, „Schulden für die Sicherheit Deutschlands“ auf Seite 13: Braucht nicht jedes Land ein richtig starkes Feindbild auf das man alle Fehler, die man (größtenteils) selbst verursacht hat, dann schieben kann? Deutschland, beziehungsweise die jetzige Regierung hat dieses Feindbild in Wladimir Putin gefunden und somit auch in ganz Russland. Boris Pistorius will nun, dass die Bundeswehr kriegstauglich wird und dafür braucht man viele gute (Schein-) Gründe, um seinen Herzenswunsch ordentlich unterfüttern zu können.

Riggi Schwarz, Büchenbach

Zur Ausgabe 39 vom 20.09.2025, „22,36 Milliarden Euro für das High-Tech-Ressort“ auf Seite 5: Die Kritik von AfD-Politiker Sergej Minich zeigt, wie empfindlich das Nervenkostüm dieser Partei gestrickt ist. Er bezeichnet die Anlaufstelle für Forschende, die von Hate-speech betroffen sind, als „Schutzraum für linke Quasselwissenschaftler“. Wie wenig die AfD ihrerseits mit Kritik umgehen kann, zeigen die Portale, die diese Partei einrichten möchte, bei denen sich Schüler melden sollen, wenn ihre Lehrer sich negativ über die AfD äußern.

Klemens Hofmann, Marbach am Neckar

Zur Ausgabe 39 vom 20.09.2025, „Eine Frage der Gerechtigkeit“ auf Seite 3: Mit wieder großem Interesse habe ich diese Ausgabe gelesen. Interessant sind die „Inserts“ – also die Zitate einzelner Abgeordneter zum Haushaltsentwurf 2025. Man könnte bald meinen, man habe eine Satirezeitschrift vor sich. Aber ich denke, derartige Aussagen finden sich jedes Jahr so oder ähnlich in den Reden wieder. Dank für diese Ausgabe trotz der dystopischen Umwelten!

Walter F. Keil, Regensburg

SEITENBLICKE



AUFGEKEHRT

Anlass zum Grübeln

Der Bundeshaushalt bietet manchen Anlass zum Grübeln, selbst wenn man Optimist ist. „Wehe, wehe, wehe, wenn ich auf das Ende sehe!“, lautet die Warnung des hellsichtigen Wilhelm Busch in der berühmten Bildergeschichte „Max und Moritz“. Wahrscheinlich kennen Lars und Friedrich die Geschichte, aber ziehen sie daraus die richtigen Schlüsse? Wenn Menschen das Richtige wollen, aber das Falsche tun, sprechen Psychologen von kognitiver Dissonanz. Eine Therapie ist möglich, aber langwierig, Psychiater denken nicht in Legislaturperioden. Die Menschen im Land sprechen unwirsch von einem Strom an schlechten Nachrichten, von dem sie jeden Tag unfreiwillig mitgerissen werden. Unser Finanzminister sieht inzwischen aus wie ein Tanzbär, der dringend in den Arm genommen werden muss, weil er sonst seine eigenen Botschaften nicht mehr erträgt. Wir hatten gehofft, mit den zusätzlichen Milliarden wäre jetzt erst mal alles in Butter, aber das viele Geld wird womöglich nur lustig hin- und hergeschoben. Am Ende bleiben marode Brücken marode Brücken. Stell Dir vor, Du hast einen Schuss, und der geht nach hinten los! Wir unterbrechen nun den Strom an schlechten Nachrichten für eine Meldung aus der Rubrik „Echte Erfolge“. In den Hauptrollen: Bärbel Bas, Markus Söder, Ricarda Lang und Hanna Steinmüller. Bas und Söder haben beim Oktoberfest evidenzbasiert dokumentiert, dass Bier doch ein Lebensmittel ist, ja ein parteiübergreifendes Leuchtfeuer geselligen Zusammenseins und natürlich keine Droge. Lang hat endlich ihr Studium abgeschlossen und ist nun sozusagen Juristin light. Die beste Nachricht hat aber Steinmüller mitgebracht: Ihr Baby durfte den Beitrag der Mutter vom Rednerpult aus mitverfolgen und blieb dabei völlig gelassen. Welche Auswirkungen die Finanzdebatte auf die Entwicklung des Jungen haben wird, werden wir freilich abwarten müssen.

Claus Peter Kosfeld ■

US-Präsident Donald Trump bei seiner Ansprache vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am Dienstag. Die USA halten als bislang größter Geber ihre Beitragszahlungen zurück und setzen die UN finanziell unter Druck.

© picture-alliance/Reuters/J. Moon



Etat des Auswärtiges Amt steigt leicht an

Stunde der Pendeldiplomatie

Außenminister Wadephul unterbricht den Besuch der UN-Vollversammlung für die Etatberatung im Bundestag. Streitpunkt bleibt die humanitäre Hilfe

Über den Außenminister Genscher hieß es oft, dieser sei in beiden Maschinen an Bord, wenn sich zwei Flugzeuge über den Wolken begegnen. Den Eindruck des vielfliegenden Pendeldiplomaten machte diese Woche auch der heutige Ressortchef: Johann Wadephul (CDU) unterbrach ebenso wie Entwicklungsministerin Reem Alabali Radovan (SPD) eigens den Besuch der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) in New York, um bei der Einbringung des Auswärtigen beziehungsweise des Entwicklungsetats im Bundestag in Berlin Präsenz zu zeigen. Bei der Generaldebatte in New York hatte US-Präsident Donald Trump wenige Stunden zuvor die Staatengemeinschaft mit der Aussage erstaunt, er persönlich habe seit Januar bereits sieben Kriege beendet. An den Vereinten Nationen ließ Trump kein gutes Haar: Er warf ihnen Versagen bei den Bemühungen um Frieden, die Förderung unkontrollierter Migration und „Betrug“ beim Klimawandel vor, kurzum: die Vereinten Nationen blieben unter ihren Möglichkeiten.

USA ziehen sich aus Finanzierung der Vereinten Nationen zurück

In Trumps zweiter Präsidentschaft haben sich die USA aus der Finanzierung wichtiger UN-Hilfssysteme zurückgezogen. Welche Auswirkungen das für Deutschland hat, wurde am Mittwoch in den Haushaltsberatungen im Bundestag sehr deutlich: Neben dem Leid in Gaza und neben den gefährlichen, Russland zugeschriebenen Nato-Luftraumverletzungen setzten die Rednerinnen und Redner mit diesem Thema den Ton in der Debatte. Die Bundesrepublik ist nach den USA zweitgrößter Beitragszahler der Vereinten Nationen und zudem bisher zweitgrößter Geber humanitärer Hilfen, steht aber nach einer deutlichen Reduzierung dieser Hilfen im Haushalt 2025 auch in der Kritik.

Minister Wadephul machte sich in seiner Rede für eine Aufstockung dieser Mittel stark. „Ressourcen für Außenpolitik sind kein Luxus, sondern Investitionen in eine Welt, die stabiler, sicherer und friedlicher sein muss“, sagte er. „Krisen und Konflikte, die wir ignorieren, von denen wir uns einbilden, sie betreffen uns nicht, die kommen früher oder später zu uns.“ Als Beispiel nannte er die Lage im Sudan, wo 30 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen und zwölf Millionen Menschen auf der



© DBF/Photothek/Schmitz

Wer bei der Krisenprävention spart, zahlt später einen vielfach höheren Preis.

DERYA TÜRK-NACHBAUR (SPD)

Flucht seien. Es sei im „ureigensten sicherheitspolitischen Interesse“ Deutschlands, sich in solchen Krisenregionen zu engagieren, um neue Kriege und Fluchtbewegungen zu verhindern, sagte Wadephul. Für Ausgaben für humanitäre Hilfe und Krisenprävention sieht der Etatentwurf der Bundesregierung (21/600) für das Auswärtige Amt 1,4 Milliarden Euro vor: Das liegt leicht unter dem Niveau des soeben beschlossenen Haushalts für das laufende Jahr. Insgesamt soll das Auswärtige Amt im nächsten Jahr 6,1 Milliarden Euro zur Verfügung haben – 94 Millionen Euro mehr als 2025. Final wird der Bundestag über den Etat nach den Beratungen im Haushaltsausschuss, voraussichtlich im November, entscheiden.

Stefan Keuter (AfD) beklagte eine „dreiste Verweigerung eines klaren Wählerauftrages“ zum Sparen. Millionen Euro würden „für dubiose Projekte im Ausland“ verschenkt – von der Müllbeseitigung in Gaza bis zu „Beduinenbeschäftigungsprogrammen auf dem Sinai“, sagte er. „Das ist Steuergeldvernichtung mit dem Siegel der Bundesregierung.“ Hart ins Gericht ging Keuter mit dem Aufnahmeprogramm für afghanische Ortskräfte, in seinen Worten ein „staatlich finanziertes Schleuserprogramm“. In Kabul würden 10.000 Euro gezahlt, um auf eine NGO-Aufnahmeliste „zu einer Rundumversorgung in Deutschland zu kommen“. Hier werde richtig Kasse gemacht – „basierend auf einem Märchen“.

Investitionen in Auslandsschulen und die Digitalisierung

Derya Türk-Nachbaur (SPD) hob hervor, dass der Etat leicht wachse und mehr in Personal, Infrastruktur, Digitalisierung, die Auslandsschulen und die kulturellen Beziehungen investiert werde. „Deutschland lässt seine Stimme in der Welt nicht leiser werden.“ Sie bedauerte aber, dass die Mittel für die Krisenprävention sinken sollen. „Wer bei der Krisenprävention spart, zahlt später einen vielfach höheren Preis – in Menschenleben, in Instabilität, in neuen Fluchtbewegungen“, sagte Türk-Nachbaur. „Wir haben 2015 erlebt, was passiert, wenn die Weltgemeinschaft zu spät reagiert.“ Jamila Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte Kürzungen der Mittel für die humanitäre Hilfe gegenüber 2024 um 1,2 Milliarden – „und das in einer Weltlage, die das Gegenteil verlangt“. Mehr als 130 Millionen Menschen seien auf der Flucht und mehr als 500 Millionen Menschen seien auf humanitäre Hilfe angewiesen. „Da passt etwas nicht zusammen.“ Schäfer ging auch auf die Lage in Gaza ein, wo sich eine „humanitäre Katastrophe historischen Ausmaßes“ abspiele. Hu-

manitäre Hilfe dürfe niemals blockiert werden, weder von der Terrororganisation Hamas noch von der Netanjahu-Regierung.

Sascha Wagner (Die Linke) monierte nach einem „humanitärem Kahl-schlag“ im Haushalt 2025 nun weitere Kürzungen etwa für die Leistungen an die Vereinten Nationen und weitere internationale Organisationen und bei der Sicherung von Frieden und Stabilität. „Das ist ein verheerendes Signal, denn das Gebot der Stunde heißt: Mehr statt weniger internationale Zusammenarbeit.“ Kritik übte Wagner an einer aus seiner Sicht völlig falschen Prioritätensetzung: „Für Panzer und Waffen gibt es unbegrenzte Milliarden, für Diplomatie und humanitäre Hilfe bleiben Brotkrumen.“

Jürgen Hardt (CDU) machte mit Blick auf die Lage in Nahost deutlich, dass eine staatliche Anerkennung Palästinas erst am Ende eines Prozesses stehen könne: Nach einem Waffenstillstand und der Freilassung der Geiseln durch die Hamas, einer Verwaltung Gazas ohne die Hamas und nach Verhandlung einer Zweistaatenlösung unter fairen Bedingungen für Israel und Palästina. Manche Länder,

die nun „vollmundig“ die Anerkennung Palästinas vollzogen hätten – „ein symbolischer Akt ohne konkrete Auswirkungen“ – sollten sich an Deutschland ein Beispiel nehmen und mehr Mittel für die palästinensische Autonomiebehörde bereitstellen, sagte Hardt.

Vier Linken-Abgeordnete werden des Saales verwiesen

Für eine kurzzeitige Unterbrechung sorgten in der Debatte vier Abgeordnete der Fraktion Die Linke, die die palästinensische Fahne im Plenum in die Höhe hielten und dafür von Bundestagsvizepräsidentin Josephine Ortleb (SPD) des Saales verwiesen und von der weiteren Teilnahme am Sitzungstag ausgeschlossen wurden. Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) verteidigte tags darauf vor dem Einstieg in die weiteren Haushaltsberatungen diese Entscheidung. „Wer Plakate, Fahnen und Rufe braucht“, könne diese auf der Straße zeigen. Im Bundestag sei dies aber nicht erlaubt. Sie behalte sich „bei weiterer Zuwiderhandlung“ einen längeren Sitzungsausschluss oder Ordnungsgelder vor.

Alexander Heinrich

STICHWORT

- > **Etat** Insgesamt soll das Auswärtige Amt laut Haushaltsentwurf der Bundesregierung im nächsten Jahr 6,1 Milliarden Euro zur Verfügung haben – 94 Millionen Euro mehr als 2025.
- > **Friedenssicherung** Die Ausgaben für „Sicherung von Frieden und Stabilität“ sollen laut Entwurf um 90,1 Millionen Euro auf 2,5 Milliarden Euro sinken.
- > **Hilfen** Für „Humanitäre Hilfe und Krisenprävention“ sieht der Ansatz 1,4 Milliarden Euro vor und liegt damit leicht unter dem Niveau für dieses Jahr.
- > **Zahlungen an die UN** Die „Leistungen an die Vereinten Nationen und im internationalen Bereich“ sollen mit rund 961 Millionen Euro um rund 84 Millionen Euro geringer ausfallen als im laufenden Jahr.

Bundeswehr-Etat steigt

Munition für die Truppe

Deutschlands Verteidigungsausgaben sollen 2026 auf rund 108 Milliarden steigen. Bis 2029 sollen sie gar auf 153 Milliarden anwachsen

Es ist einer der auffälligsten einzelnen Ausgabenposten im Verteidigungshaushalt des kommenden Jahres. Rund 12,66 Milliarden Euro will der Bund für die Beschaffung von Munition für die Bundeswehr ausgeben, neun Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr. So sieht es der Entwurf der Bundesregierung für den Wehretat 2026 (21/600, Einzelplan 14) vor, über den der Bundestag am Mittwoch in erster Lesung beriet. Zusätzliche 2,13 Milliarden Euro sollen aus dem Sondervermögen Bundeswehr für die Munitionsbeschaffung bereitgestellt werden. Verwunderlich sind die Ausgaben von annähernd 15 Milliarden Euro allerdings nicht: Nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine im Februar 2022 wurde von Verteidigungspolitikern wiederholt öffentlich angemahnt, dass die Bundeswehr die Vorgabe der Nato, für mindestens 30 Tage intensive Gefechte Munition zu bevorraten, nicht annähernd erfüllt. Verstärkt wurde das Problem durch die Abgabe von Munition an die Ukraine aus Bundeswehrbeständen. Auch in den Jahren nach 2026 sind große Summen für Munition eingeplant: 70,27 Milliarden Euro an Verpflichtungsermächtigungen für die Beschaffung von Munition, die bis 2041 fällig werden, sind im Etat vorgesehen.

Vorzeitige Erfüllung der Nato-Quote bis 2029 angestrebt

Insgesamt sollen sich Deutschlands Verteidigungsausgaben im kommenden Jahr auf 108,2 Milliarden Euro belaufen. Davon sind 82,69 Milliarden Euro im regulären Etat eingeplant, weitere 25,51 Milliarden Euro sollen aus dem Sondervermögen fließen. Gegenüber dem laufen Jahr stellt dies eine Erhöhung der Ausgaben um rund 22 Milliarden Euro dar. Bis 2029 sollen die Verteidigungsausgaben gemäß der Finanzplanung des Bundes (21/601) auf annähernd 153 Milliarden Euro steigen. Damit

Soldaten der Bundeswehr sichern im Hafen von Rostock das Beladen und Ablegen des Transportschiffs „Arc Germania“. Im Zentrum des diesjährigen Manövers „Quadrige 2025“ steht die Sicherung von Infrastrukturen und strategischen Seewegen.

© picture alliance/dpa/Jens Büttner



will die Bundesregierung das von der Nato ausgegebene Ziel, bis 2035 die Militärausgaben der Mitgliedstaaten auf 3,5 Prozent ihres Bruttoinlandproduktes zu erhöhen, vorzeitig erfüllen. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) betonte in der Debatte über seinen Etat, dass die Bundesregierung „den leider notwendig gewordenen eingeschlagenen Weg“ bei der Finanzierung der Bundeswehr fortsetzen werde. Angesichts der Bedrohung durch Russland müssten die deutschen Streitkräfte „ihren Kernauftrag, die Landes- und Bündnisverteidigung uneingeschränkt erfüllen“ können, sagte der Minister. Die wiederholten Verletzungen des polnischen und estnischen Luftraums durch russische Flugzeuge und Drohnen hätten gezeigt, dass Präsident Wladimir Putin die Grenzen der Nato-Staaten austesten und „vermeintliche Schwachstellen“ im Bündnis identifizieren wolle.

Die Nato aber habe „entschlossen“ und mit der „notwendigen Besonnenheit“ reagiert.

Kritik von AfD und Linken am schuldenfinanzierten Haushalt

Der AfD-Abgeordnete Jan Ralf Nolte begrüßte es zwar, dass die „Zeit der Geldnot“ für die Bundeswehr nun beendet sei, aber die Bundesregierung habe „alle Grundsätze der haushalterischen Vernunft über Bord geworfen“. Durch die schuldenfinanzierten Verteidigungsausgaben würden die „Spielräume für zukünftige Generationen“ bei der Finanzierung des Sozial- und des Bildungssystems oder der inneren Sicherheit „massiv eingeschränkt“. In diesem Sinne argumentierte auch Dietmar Bartsch von der Linksfraktion. Im Verteidigungshaushalt seien bis zum Jahr 2041 Verpflichtungsermächtigungen von mehr als 300 Mil-

liarden Euro festgeschrieben worden. Damit schaffe man zwar „ein Eldorado für die Rüstungsindustrie“, gefährde zugleich notwendige Investitionen in Schulen, Kindergärten und die Infrastruktur. Dies gehe zu Lasten des sozialen Friedens, argumentierte Bartsch. Die CDU-Abgeordnete Kerstin Vierge räumte zwar ein, dass die „enorme Summe“ von 108 Milliarden Euro „bei vielen Menschen Unbehagen“ auslöse, aber man müsse der Realität ins Auge schauen: „Russland will keinen Frieden.“ Die Häufung von Anschlägen auf die kritische Infrastruktur in Deutschland sei kein Zufall, führte sie an. Russland sei sich der Schlüsselrolle Deutschlands in den Verteidigungsplanungen der Nato „vollends bewusst“. Auch der SPD-Parlamentarier Andreas Schwarz verwies auf die gestiegene Notwendigkeit, die kritische Infrastruktur zu schützen.

Der Grünen-Abgeordnete Sebastian Schäfer rechtfertigte ebenfalls die hohen Verteidigungsausgaben mit der aktuellen Bedrohungslage. Zugleich kritisierte er ein fehlendes Controlling bei großen und milliarden schweren Beschaffungsvorhaben wie der Fregatte „F126“. Am stärksten profitieren von den steigenden Verteidigungsausgaben sollen die militärische Beschaffung der Bundeswehr mit einem Ausgabenvolumen von insgesamt 47,88 Milliarden Euro. Weitere 7,56 Milliarden Euro sind für den Erhalt des vorhandenen Materials und 1,58 Milliarden Euro für Wehrforschung, Entwicklung und Erprobung veranschlagt. Zur Deckung der Personalausgaben der Streitkräfte sollen 24,71 Milliarden Euro bewilligt werden, für die Unterbringung der Soldaten, den Betrieb und Erhalt von Kasernen und Anlagen weitere 11,31 Milliarden Euro. Alexander Weinlein ■

Erneute Kürzungen im BMZ-Etat

Warnung vor dem »amerikanischen Weg«

Entwicklungsministerin Reem Alabali Radovan wirbt im Bundestag für eine Aufstockung der Mittel

Der Etatansatz für die Entwicklungszusammenarbeit soll weiter sinken. Nachdem schon 2025 um knapp eine Milliarde Euro im Vergleich zum Vorjahr gekürzt wurde, sind es diesmal „nur“ rund 330.000 Euro weniger. Damit sollen laut dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2026 (21/600) noch 9,94 Milliarden Euro im Einzelplan 23 zur Verfügung stehen. Zur Erinnerung: 2023 lag der Ansatz für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch bei gut zwölf Milliarden Euro. Die Enttäuschung war denn auch bei SPD, Grünen und Linken während der ersten Lesung am Mittwoch deutlich zu spüren. Auch Bundesentwicklungsministerin Reem Alabali Radovan (SPD) ist mit diesen Zahlen nicht glücklich, hält aber Deutschland entwicklungspolitisch weiterhin für handlungsfähig. Bei der Union will man die vorhandenen Mittel umso konzentrierter und wirkungsvoller einsetzen. Die AfD hingegen sieht im Einzelplan 23 noch erheblich mehr Einsparpotenzial. „Wir stehen vor enormen globalen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam bewältigen können“, sagte Ministerin Alabali Radovan. Trotz der

Einsparungen sei man sich in der Koalition einig, „dass wir nicht den amerikanischen Weg gehen wollen“ – also den Weg des Rückzugs aus internationalen Hilfsystemen, wie ihn die USA derzeit antreten. Das, so Alabali Radovan, wäre fatal, „weil es um Menschenleben geht“. Humanitäre Hilfe helfe akut – Entwicklungszusammenarbeit helfe langfristig und nachhaltig. „Beides ist untrennbar miteinander verbunden“, sagte die Ministerin und warb zugleich „für die Erhöhung der Mittel“.

Grüne sprechen von »historisch falschen Entwicklungen«

Der Entwicklungs-Etat sei von der Bundesregierung von Anfang an als Sparopfer vorgesehen worden, kritisierte Jamila Schäfer (Grüne). „Und das ausgerechnet in einer Welt, in der sich die Krisen weiter zuspitzen.“ Dafür, dass sich die USA aus der Entwicklungszusammenarbeit zurückziehen, sei die Bundesregierung nicht verantwortlich, räumte die Grünen-Abgeordnete ein. Auch könne Deutschland diesen Verlust nicht komplett kompensieren. Die Bundesregierung setze aber eben auch auf

Kürzungen, „ohne zumindest den Versuch zu unternehmen, etwas gegen diese historisch falschen Entwicklungen zu tun“. Sascha Wagner (Linke) nannte den Etatentwurf „mehr als enttäuschend“. Jahr für Jahr werde gekürzt. „Deutschland hatte einmal zugesagt, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe einzusetzen“, sagte Wagner. Dieses Ziel werde klar verfehlt. „Das ist verantwortungslos gegenüber den Ärmsten dieser Welt. Das ist Wortbruch.“

Nicolas Zippelius (CDU) warb dafür, zu priorisieren und „die Mittel konzentriert und wirkungsvoll einzusetzen“. An Stellen, wo das Gießkannenprinzip genutzt und wo unnötiger Stellenaufbau betrieben worden sei, gelte es nachzusteuern. Grundsätzlich sollten Investitionen in Infrastruktur und Regierungsführung ausgebaut werden: Jeder Euro hier könne nachgewiesenermaßen zwei Euro Direktinvestitionen auslösen. Felix Döring (SPD) nannte die Finanzplanung „sehr herausfordernd“.

Er könne auch jegliche Kritik daran „sehr, sehr gut nachvollziehen“. Dennoch, so der SPD-Abgeordnete, sei die Situation nicht wie in den USA, wo mehr als 70 Prozent der Mittel einfach wegfallen und mit USAID die entwicklungspolitische Behörde abgeschafft wurde. „Die Kürzungen sind schmerzhaft“, sagte Döring. Dennoch sei auf Deutschland weiterhin Verlass.

AFD würde »im Interesse der Steuerzahler« Milliarden sparen

Die Koalition wolle im Einzelplan 23 300 Millionen Euro sparen, sagte Mirco Hanker (AfD). „Wir würden im Interesse der Steuerzahler Milliarden sparen“, machte er deutlich. Der AfD-Abgeordnete kritisierte zudem, dass im Vorwort zum Entwurf für das BMZ die Rede davon sei, „dass die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung die maßgebliche Richtschnur für die deutsche Entwicklungspolitik ist“. Dies bedeute: Fast zehn Milliarden Euro deutscher Steuergelder würden an einer Agenda ausgerichtet, „die von diesem Parlament nie beschlossen wurde“, monierte er. Götz Hausding ■



Entwicklungsministerin Reem Alabali Radovan (SPD) bei der Einbringung des BMZ-Etats am Mittwoch im Bundestag

© picture-alliance/dpa

Ausgaben für Arbeit und Soziales

Schluss mit Legenden

Der Kanzler und die Arbeitsministerin demonstrieren Einigkeit. AfD und Grüne kritisieren »Einsparungen nur auf dem Papier«. Die Linke vermisst Politik für die Armen

Erst am Ende dieser Haushaltswochen, am Freitag, hat sich der Bundestag eingehend mit jenem Einzelplan beschäftigt, der auch jenseits des Kreises der zuständigen Fachpolitiker seit Monaten für heftige Debatten sorgt: jenem für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Wie wichtig dieser Etat und die Debatte darum sind, zeigte sich auch daran, dass Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) seiner Arbeitsministerin demonstrativ von der Regierungsbank aus den Rücken stärkte und Bärbel Bas (SPD) ihn demonstrativ begrüßte, um ein Zeichen der Einigkeit zu setzen und „Legendenbildung“ vorzubeugen, wie sie sagte. Der Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) bleibt auch 2026 der ausgabenstärkste Einzel-Etat des Bundeshaushalts und steigt kräftig im Vergleich zu 2025. Laut Haushaltsentwurf 2026 (21/600) soll das BMAS im kommenden Jahr 197,4 Milliarden Euro ausgeben können, ein Plus von 7,1 Milliarden Euro im Vergleich zu 2025. Diese Summe resultiert fast komplett aus steigenden Rentenleistungen. So sollen die Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung auf knapp 128 Milliarden Euro steigen (2025: rund 122 Milliarden Euro). Leicht steigen auch die Ausgaben für die „Mütterrente“ und die Erstattung des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Für das Bürgergeld sind 28,05 Milliarden Euro eingeplant (2025: 29,6 Milliarden Euro). Die Diskussion über die Sozialausgaben hatte sich in den vergangenen Monaten im Wesentlichen auf mögliche oder unmögliche Einsparungen beim Bürgergeld und die Kostenexplosionen im Rentensystem konzentriert. Das war auch in der Debatte am Freitag nicht anders.

Bärbel Bas betonte, es gebe überhaupt keinen Dissens in der Frage, dass es eine Mitwirkung in der Grundsicherung geben müsse. „Die, die nicht mitmachen, müssen das auch merken“, sagte sie. Das Bürgergeld sei mittlerweile zu einem „Symbol dafür geworden, ob dieser Staat noch funktioniert“, und das sei auch „merkwürdig“, denn es werde in der Debatte so getan, als gebe es „kein anderes Problem auf der Welt als die Grundsicherung. Und es ist auch kein Almosen, wenn wir das Rentenniveau bei 48 Prozent stabilisieren“. Bas weiter: „Die Legendenbildungen können

mehr als bisher sanktioniert werden, so Linnemann, aber das habe die Arbeitsministerin „bereits auf den Punkt“ gebracht. Kathrin Michel (SPD) ergänzte: „Wir brauchen den Mut für neue Konzepte!“ Die beste Reform der Grundsicherung sei es jedoch, Menschen in Arbeit zu bringen.

Die AfD wirft der Regierung Plünderung bei der Rente vor

Wenig Begeisterung herrschte angesichts der Finanzplanung bei der Opposition: Das große Motto des Haushalts des Ministeriums sei „Verschleierung“, entgegnete Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) der Ministerin. Sie warf der Regierung vor, die Nachhaltigkeit der Rentenkasse zu plündern, „um sich Zeit zu kaufen. Und dann? Wieso sind Sie angesichts dieser Lage so ruhig?“, fragte sie. Leon Eckert (Grüne) kritisierte, der Rechtskreiswechsel für ukrainische Flüchtlinge lese sich zwar wie eine Einsparung, sei es aber nicht. Deutlich kritisierte er auch die geplante Aktivrente, eine Steuerbefreiung auf Einkommen bis 2.000 Euro, das neben der Rente erzielt wird. „Das ist ein Steuergeschenk für Menschen in gut bezahlten Bürojobs, die jetzt in Rente gehen. Für junge Menschen werden dagegen nur Krümel organisiert, in Form eines Zehn-Euro-Zuschusses für die Frühstart-Rente.“ Tamara Mazzi (Die Linke) kritisierte die Sozialstaatsdebatte, denn: „Wir stehen bei den prozentualen Ausgaben dort, wo wir 2015 schon waren. Wir können uns den Sozialstaat leisten. Diese Regierung will es aber nicht!“ Das Geld fehle, „weil Sie die Kassen von Rheinmetall füllen“, so Mazzi, die eine Vermögenssteuer und einen bundesweiten Mietendeckel forderte.

Claudia Heine



© picture-alliance/dpa

Niemand will die Soziale Marktwirtschaft demontieren.

CARSTEN LINNEMANN (CDU)

nun aufhören, wir machen das zusammen.“ In Zeiten, in denen der Autzulieferer Bosch ankündigt, 13.000 Stellen abbauen zu wollen, sei es wichtig, Menschen in Arbeit zu halten und zu bringen. Das gehe nicht ohne einen starken Sozialstaat und moderne Arbeitsmarktpolitik, bekräftigte Bas. Auch Carsten Linnemann (CDU) ging es darum, ein Zeichen der Einigkeit zu setzen. Niemand wolle eine „Demontage der Sozialen Marktwirtschaft“, denn „nur sie wird uns aus der Krise rausholen“. Missbrauch und Schwarzarbeit müssten



Das Technische Hilfswerk (THW) soll 2026 laut dem Etatentwurf der Bundesregierung 643 Millionen Euro ausgeben können.

© picture-alliance/Jochen Tack

Etat 2026 des Bundesinnenministeriums

»Aufrüsten bei der Inneren Sicherheit«

Dobrindts Haushalt steigt über 16 Milliarden Euro

Ausgaben in Höhe von 15,24 Milliarden Euro sieht der Haushalt des Bundesinnenministeriums (BMI) für das laufende Jahr vor, den der Bundestag erst vergangene Woche beschlossen hat, 1,9 Milliarden Euro mehr als noch im Vorjahr. Am Donnerstag dieser Woche nun beriet das Parlament erstmals über den BMI-Etat für das kommende Jahr, für den der Entwurf der Bundesregierung (21/600) eine nochmalige Ausgabensteigerung auf dann stolze 16,01 Milliarden Euro vorsieht. Für Ressortchef Alexander Dobrindt (CSU) ist sein Etat 2026 damit ein „Meilenstein“ für die Sicherheitspolitik in Deutschland. „Wir stärken die Polizei, wir schützen durch den Ausbau der Zivilverteidigung, wir werden schlagkräftiger durch den Ausbau der Drohnenabwehr“, sagte Dobrindt in der Debatte. Dies sei der „Maßstab der Politik der neuen Inneren Sicherheit: Stärke, Schutz und Schlagkraft“. Deutschland sei Ziel einer hybriden Bedrohung, von Sabotage und Spionage, und rüste gegen diese hybriden Bedrohungen auf. „Zeitenwende“ bedeute nicht nur „Ausbau militärischer Verteidigung“, sondern auch „Aufrüsten bei der Inneren Sicherheit“. Man befinde sich in einem „Wettrüsten zwischen Drohnenbedrohung und Drohnenabwehr“ und werde stärker in dieses Wettrüsten investieren.

Erneut verteidigte der Minister zugleich die Migrationspolitik der Bundesregierung. Nicht nur im August gingen die Zahlen bei der illegalen Migration im Vergleich zum Vorjahr um 60 Prozent zurück, sondern auch im September werde dies der Fall sein, „weil wir die Pull-Faktoren reduzieren“ und die Grenzkontrollen verlängern. Deutschland habe wieder eine „Führungsrolle in Europa“ beim Kampf gegen die illegale Migration. Deshalb habe er den Innenminister der Nachbarländer zum 4. Oktober nach München eingeladen „zur Schärfung und Härtung“ des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Dabei gehe es auch um Vereinbarungen mit Drittstaaten. Gottfried Curio (AfD) warf der Union dagegen eine „Weiterführung der illegalen Migration“ vor. Es gebe „überhaupt keine Entspannung: Es werden immer noch ständig rasant mehr“, kritisierte Curio und forderte ein „Moratorium bei der Einbürgerung“ sowie eine „Schub-Umkehr“ und „Minus-Zuwanderung von 200.000 nicht Aufenthaltsberechtigten jährlich“.

Martin Gerster (SPD) sagte, viele der vorgesehenen Investitionen wären gar nicht möglich ohne die beschlossenen Ausnahmen von der Schuldenbremse. Von den zusätzlichen Mitteln für den Sicherheitsbereich profitierten etwa die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt (BKA) sowie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) enorm. Für den Zivil- und Bevölkerungsschutz seien für 2026 rund zwei Milliarden Euro vorgesehen. Seit 2019 hätten sich die Mittel für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie für das Technische Hilfswerk (THW) verdreifacht.

Grüne: Haushalt bildet Zeitenwende im Zivilschutz ab

Leon Eckert (Grüne) verwies auf „starke Aufwüchse in allen Bereichen der zivilen Verteidigung“. Der BMI-Haushalt 2026 bilde nun die Zeitenwende im Zivilschutz ab, die schon 2022 hätte vollzogen werden müssen. Es brauche indes auch neue rechtliche Grundlagen, um der Bedrohungslage effektiv zu begegnen. Dietmar Barsch (Die Linke) betonte mit Blick auf den Zivil- und Katastrophenschutz, auch seine Fraktion finde es richtig, dass das THW Mittel etwa für Fahrzeuge erhalte. Begründet werde dies jedoch nicht mit den Folgen des Klimawandels, sondern mit der „Idee einer gesamtgesellschaftlichen Kriegstüchtigkeit“. Dies kritisiere Die Linke, sagte Bartsch. Der BMI-Etat spare an den falschen Stellen und setze die falschen Prioritäten. Günter Krings (CDU) betonte, dass Deutschland alleine mit mehr Geld noch nicht sicherer werde. Einen Sicherheitsgewinn gebe es vielmehr nur, „wenn wir mehr Geld und mehr Stellen mit mehr modernen und auch digitalen Ermittlungsbefugnissen kombinieren“, sagte er. Genau dies mache die Koalition. Größter Etatposten im Einzelplan 06 des Regierungsentwurfs für das Jahr 2026 sind erneut die Ausgaben für die Innere Sicherheit, die sich laut BMI auf insgesamt rund 9,6 Milliarden Euro belaufen. Dabei berücksichtigt das Ministerium anders als in den Vorjahren bei den Gesamtausgaben für die Innere Sicherheit einem Sprecher zufolge „aufgrund des engen Sachzusammenhangs“ auch die Ausgaben für den Zivil- und Bevölkerungsschutz. Zweitgrößter Ausgabenposten sind die Mittel für Integration und Migration mit rund 2,3 Milliarden Euro.

Helmut Stoltenberg



Für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit sollen laut Entwurf 4,7 Milliarden Euro ausgegeben werden.

© picture-alliance/dpa/CHROMORANGE

Justiz und Verbraucherschutz

Die Zahlen hinter den Zahlen

Die Koalition will schärfer gegen häusliche Gewalt vorgehen. Finanziell setzen Union und SPD auf einen neuen Pakt für den Rechtsstaat

Mehr als 260.000 Menschen sind im vergangenen Jahr Opfer häuslicher Gewalt geworden, erneut mehr als im Jahr zuvor. Diese Zahlen des Bundeskriminalamtes machte die „Welt“ im August öffentlich. Meist handelt es sich um Gewalt in Partnerschaften, überwiegend sind die Partner die Täter, die Partnerin das Opfer. Ungefähr jeden dritten Tag stirbt eine Frau durch die Gewalt ihres Partners oder Ex-Partners. Zahlen wie diese spielten in der Debatte zum Etat von Bundesministerin Stefanie Hubig (SPD) am Donnerstag eine große Rolle. Weniger prominent wurde über die Zahlen im Einzelplan des Justiz- und Verbraucherschutzministeriums gesprochen. Das hat fast schon Tradition. Mit geplanten Ausgaben von 1,2 Milliarden Euro ist der Einzelplan 07 mit Abstand der kleinste eines Ministeriums und macht gerade einmal 0,22 Prozent des Gesamthaushalts aus. Mehr als die Hälfte – 687 Millionen Euro – soll für das Personal im Ministerium, im Bundesamt für Justiz, im Deutschen Patent- und Markenamt, bei diversen Bundesgerichten und bei der Generalbundesanwaltschaft verausgabt werden. Mehr als ein Viertel der Ausgaben (308 Millionen Euro) fließen zudem als sächliche Verwaltungsausgaben. Gegenüber dem Vorjahr ist der Ansatz quasi unverändert, im Rahmen der Haushaltsberatungen dürfte der im Entwurf noch nicht veranschlagte Verbraucherschutz aus dem Umwelt-Etat rüberwandern.

Elektronische Fußfessel soll Opfer vor Gewalttätern schützen

So wenig die Ministerin mit ihrem Verwaltungshaushalt also finanzielle Impulse setzen kann, so sehr setzt sie auf die Gesetzgebung. Rechtspolitische Vorhaben stellte sie daher in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen und dabei – neben mietrechts- und verbraucher-schutzpolitische Vorhaben – insbesondere den Schutz von Frauen vor Gewalt. „Das sind schockierende Zahlen“, sagte Hubig bezüglich der häuslichen Gewalt. „Wir müssen uns darum kümmern, und wir werden uns darum kümmern.“ Konkret setzt die Koalition auf die elektronische Fußfessel. Mit ihr soll der Aufenthaltsort von Gewalttätern bestimmt werden können und im Fall der Fälle neben der Polizei auch das Opfer gewarnt werden. Einen entsprechenden Referentenentwurf hatte Hubigs Haus Ende August veröffentlicht. Vorbild für das Vorhaben ist Spanien. „Dort, wo die elektronische Fußfessel angeordnet worden ist, wo Täter sie tragen, wo Opfer gewarnt werden, dort passieren kei-



Die elektronische Fußfessel soll Frauen künftig auch in Deutschland vor gewalttätigen Männern schützen.

© picture-alliance/dpa/Arne Dedert

ne Femizide mehr“, argumentierte die Ministerin in der Debatte. Vorgesehen ist auch die Verpflichtung zu Anti-Gewalttrainings. „Menschen, die Gewalt ausüben, müssen sich verändern“, so die Sozialdemokratin. Hubig kündigte an, mit gesetzlichen Änderungen auch die Einschränkung der Sorge- und Umgangsrechte von Gewalttätern in Familien zu ermöglichen. Zudem hob sie die Bedeutung der psychosozialen Prozessbegleitung hervor und warb dafür, wie im Haushalt des laufenden Jahres, für 2026 Geld für entsprechende Modellprojekte zur Verfügung zu stellen. Günter Krings (CDU) nannte Gewalt gegen Frauen eines der „bedrückendsten Probleme unserer Gesellschaft“. Die Einführung der Fußfessellösung begrüßte Krings ausdrücklich, mahnte aber dazu, das Gesetz so praktikabel zu fassen, „dass es effektiv funktioniert und dass unsere Gerichte nicht davon abgehalten werden, dieses neue Werkzeug auch in der Praxis zu nutzen“. Der Christdemokrat betonte, dass auch der Schutz der Kinder ganz oben auf

der Agenda der Rechtspolitik stehen müsse. Konkret forderte Krings die von der Union lange herbeigesehnte und im Koalitionsvertrag verankerte Einführung einer Speicherpflicht für IP-Adressen. Die Hoffnung: Wenn Ermitt-



© Bundesregierung/Sandra Steins

Menschen, die Gewalt ausüben, müssen sich verändern.

JUSTIZMINISTERIN STEFANIE HUBIG (SPD)

ler auf diese Daten zugreifen, können sie effektiver gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder im Netz vorgehen. Dass seit Jahren eine Speicherpflicht

fehle, sei „die traurigste und zugleich skandalöseste Schutzlücke in unserer Rechtsordnung“, klagte Krings. Es ging aber auch ums Geld. Mit 450 Millionen Euro soll in den nächsten Jahren ein neuer Pakt für den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern mobilisiert werden. Geplant ist eine Unterstützung der Länder beim Personal im Justizbereich sowie eine Fortführung der Digitalisierungsinitiative. Für Letzteres sind im Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität bereits 210 Millionen Euro vorgemerkt, die zwischen 2027 und 2029 jeweils in Tranchen von 70 Millionen Euro fließen sollen. „Dieser neue Pakt für den Rechtsstaat ist mit den Ländern in Vorbereitung. Er kommt im Herbst“, kündigte die Ministerin an. Wie auch Hubig machte Christdemokrat Krings deutlich, dass der Pakt von Verfahrensreformen begleitet werden müsse. Nicht alle Probleme im Justizbereich ließen sich mit Geld lösen, so der Abgeordnete. „Wenn wir den Mut haben, auch die Verfahrensgesetze anzupacken – aber auch nur dann –, werden

wir mit dem Rechtsstaatspakt verlorenes Vertrauen in unseren Staat zurückgewinnen können“, sagte er. Vonseiten der Opposition gab es für die groben Linien der vorgestellten Vorhaben Unterstützung, im Detail aber teils harte Kritik. Linken-Haushälter Dietmar Bartsch verwies darauf, dass sich auf den Schreibtischen der Justiz eine Million unerledigte Fälle türmten, allein in Nordrhein-Westfalen 460 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte fehlten und die Überlastungsquote laut Richterbund bei 141 Prozent liege. „Ich weiß, dass die Länder hier Verantwortung tragen; aber der Bund trägt eine Mitverantwortung“, sagte Bartsch. Es gehe aber um den Schutz der Institutionen und die Sicherung des Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger. „Sie müssen sich darauf verlassen können, dass der Rechtsstaat in unserem Land funktioniert.“

AfD: Bürger leiden unter »laxer Justiz«

Mirco Hanker (AfD) sagte, er spreche als Abgeordneter für die vielen, „die leider unter einer laxen Justiz leiden“. Hanker verwies auf die laut Polizeilicher Kriminalstatistik steigenden Gewaltdelikte. „Es ist Zeit, dass den hohen Ausgaben endlich eine bessere Justiz folgt, die spürbare Strafen schnell auf die oftmals menschenverachtenden Taten folgen lässt“, forderte der Abgeordnete. Er drückte grundsätzliche Unterstützung für Reformvorhaben im Prozessrecht aus, etwa bei Onlineverfahren in der Zivilgerichtsbarkeit, und schlug eine auch KI-unterstützte Erweiterung auf Verkehrsgerichtsprozesse bis hin zu Asylverfahren vor. Für die Grünen äußerte ihre Abgeordnete Lena Gumnior vor allem scharfe Kritik an den rechtspolitischen Vorstellungen der Union. Diese setze auf Strafrecht als Allheilmittel. „Das ist zwar wissenschaftlich Quatsch, sieht aber erst mal nach Machen aus“, meinte Gumnior. Im Zusammenhang mit dem Schutz von Frauen vor Gewalt forderte sie, stärker in strukturelle Prävention und Frauenhäuser zu investieren. Der Union warf sie dabei vor, den Schutz von Frauen nicht ernst zu nehmen. Zur Begründung führte sie die aktuelle Debatte um eine strafrechtliche Regelung zum sogenannten Catcalling an, also verbalen Belästigungen mit sexuellem Bezug im öffentlichen Raum. Die Diskussion zeige, wie egal der Union „jede Form von Gewalt an Frauen“ sei. Entsprechende Vorschläge aus der SPD waren in den vergangenen Tagen auf Widerspruch aus der Unionsfraktion gestoßen. *Sören Christian Reimer* ■

PERSONALIA

Ulf Fink 12. September 2025 Bundestagsabgeordneter 1994–2002, CDU

Am 12. September starb Ulf Fink im Alter von 82 Jahren. Der Diplom-Volkswirt aus Berlin schloss sich 1971 der CDU an, war von 1979 bis 1981 deren Bundesgeschäftsführer und von 1987 bis 1993 in der Nachfolge Norbert Blüms Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA). Von 1991 bis 1993 war er CDU-Vorsitzender in Brandenburg und von 1985 bis 1990 sowie von 1992 bis 1993 Mitglied des Bundesvorstands seiner Partei. Von 1981 bis 1989 amtierte Fink als Gesundheitssenator in Berlin und gehörte von 1985 bis 1992 dem Abgeordnetenhaus an. Von 1990 bis 1994 war er stellv. DGB-Vorsitzender. Fink engagierte sich im Bundestag im Gesundheitsausschuss.

Jutta Dümpe-Krüger 8. September 2025 Bundestagsabgeordnete 2002–2005, Bündnis90/Die Grünen

Am 8. September starb Jutta Dümpe-Krüger im Alter von 63 Jahren. Die Freie Journalistin aus Lemgo trat 1998 dem Bündnis 90/Die Grünen bei und war für die lippischen „Grünen“ Mitglied im nordrhein-westfälischen Landesparteirat. 1999 wurde sie hauptamtliche Fraktionsgeschäftsführerin der lippischen Kreistagsfraktion und war selbst Abgeordnete. Die jugendpolitische Sprecherin ihrer Bundestagsfraktion engagierte sich im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Hedi Wegener 80 JAHRE Bundestagsabgeordnete 1998– 2009, SPD

Am 1. Oktober begeht Hedi Wegener ihren 80. Geburtstag. Die Diplom-Sozialpädagogin aus Kirchzellern/Kreis Lüneburg trat 1975 der SPD bei und wurde

2007 Vorsitzende des dortigen Unterbezirks. Von 1995 bis 2007 gehörte sie dem niedersächsischen Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen und von 2000 bis 2007 dem Bundesvorstand an. Von 1986 bis 2002 war sie Ratsfrau der Samtgemeinde Gellersen und amtierte dort von 1994 bis 1996 als Bürgermeisterin. Wegener engagierte sich im Bundestag im Rechts-, im Verteidigungs- sowie im EU-Ausschuss. Von 2004 bis 2009 gehörte sie der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und von 2002 bis 2004 dem Europarat an. Seit 2010 ist sie Bundesvorsitzende des Bundesverbandes für Kindertagespflege.

Klaus-Dieter Feige 75 JAHRE Bundestagsabgeordneter 1990– 1994, Bündnis90/Die Grünen

Klaus-Dieter Feige wird am 30. September 75 Jahre alt. Der promovierte Mathematiker aus Parchim gehörte im November 1989 zum Gründerkreis der Grünen Partei in der DDR und war deren Landessprecher in Mecklenburg-Vorpommern. Von 1996 bis 1998 gehörte er dem Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen an. 2011 verließ er seine Partei. Von 2004 bis 2014 engagierte sich Feige kommunalpolitisch, unter anderem als Mitglied des Kreistags in Parchim-Ludwigslust. Im Bundestag wirkte der umweltpolitische Sprecher und von 1992 bis 1994 amtierende stellv. Parlamentarische Geschäftsführer seiner Fraktion im Verkehrs- sowie im Umweltausschuss mit.

Ekkehart Eymer 80 JAHRE Bundestagsabgeordneter 1976–1980, 1981–1983, CDU

Am 22. September beging Ekkehart Eymer seinen 80. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Lübeck stand von 1972 bis 1975 an der Spitze des dortigen CDU-Kreisverbands und gehörte von 2003 bis 2008 der Bürgerschaft Lübecks an. Im Bundestag arbeitete Eymer im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und

Städtebau, im Forschungs- sowie im innerdeutschen Ausschuss mit. 1981 war er für den ausgeschiedenen Abgeordneten Karl-Heinz Narjes nachgerückt. Ey-mers Ehefrau Anke (CDU) gehörte von 1990 bis 2009 dem Bundestag an.

Klaus Reichenbach 80 JAHRE Bundestagsabgeordneter 1990–1994, CDU

Klaus Reichenbach feierte am 22. September seinen 80. Geburtstag. Der Ingenieur und Rechtsanwalt aus Hartmannsdorf bei Chemnitz trat 1969 der CDU in der DDR bei und stand 1990/91 an der Spitze des Landesverbands Sachsen. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an. Parallel dazu war Reichenbach von April bis Oktober Minister im Kabinett des Ministerpräsidenten Lothar de Maizières. Im Bundestag wirkte er im Sportausschuss sowie im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaft mit. Von 1990 bis 2016 war Reichenbach Präsident des sächsischen Fußballverbands und gehörte von 1997 bis 2016 dem Vorstand des Deutschen Fußball-Bunds an.

Horst Jungmann 85 JAHRE Bundestagsabgeordneter 1976–1994, SPD

Am 24. September vollendete Horst Jungmann sein 85. Lebensjahr. Der Regierungsinspektor aus Wittmoldt/Kreis Plön trat 1966 der SPD bei und war von 1970 bis 1976 Vorsitzender des Ortsvereins Rathjensdorf-Wittmoldt. 1970/71 sowie von 1974 bis 1976 gehörte er dem Kreistag in Plön an. Im Bundestag arbeitete der langjährige Verteidigungsexperte seiner Fraktion durchgehend im Verteidigungsausschuss mit. 1990 war Jungmann Kandidat seiner Fraktion für das Amt des Wehrbeauftragten, unterlag aber dem CSU-Abgeordneten Alfred Biehle. *Bernd Haunfelder* ■



Bundesverfassungsgericht

Richterwahl im zweiten Anlauf

Nach der verpatzten Abstimmung im Juli hat das Parlament drei Kandidaten mit der notwendigen Mehrheit gewählt

Die roten Roben warten auf die drei neuen Verfassungsrichter an ihrem Dienstsitz in Karlsruhe.

© picture alliance/Karo/Huber

Im zweiten Anlauf hat es dann doch geklappt: Am Donnerstag hat das Bundestagsplenum drei teilweise schon länger vakante Richterposten am Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe neu besetzt. In geheimer Wahl war dafür eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen notwendig, und da selbst CDU/CSU, SPD und Grüne nicht über diese Mehrheit verfügten, war es die Frage der Woche: Wie verhält sich Die Linke bei der Abstimmung? Denn die Regierungsfaktionen wollten nicht auf Stimmen der AfD-Fraktion angewiesen sein und erst recht keine Absprache mit ihr treffen. Die Linke wiederum hatte die Union im Vorfeld heftig dafür kritisiert, wegen deren Unvereinbarkeitsbeschluss nicht mit ihr über die Richterwahl zu reden. Letztlich hatte die Linken-Spitze ihren Abgeordneten die freie Entscheidung überlassen. Wie einzelne Abgeordnete nun abgestimmt haben, lässt sich bei einer geheimen Wahl natürlich nie herausfinden. Auf jeden Fall hat es geklappt. Mit der nötigen Mehrheit der Stimmen (siehe Kasten) wurden der von der Unionsfraktion vorgeschlagene Bundesarbeitsrichter Günter Spinner und die beiden von der SPD-Fraktion nominierten Kandidatinnen, die Rechtsprofessorin Ann-Katrin Kaufhold und die Richterin am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, Sigrid Emmenegger, gewählt. Letztere wurde für die zuerst von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Frauke Brosius-Gersdorf ins Rennen geschickt. Gegen die Verfassungsrechtlerin aus Potsdam waren im Juli die Vorbehalte innerhalb der Union binnen weniger Tage wegen deren verfassungsrechtlich-liberalen Positionen zum Abtreibungsrecht derart angewachsen, dass der Bundestag den Wahlvorgang von der Tagesordnung nehmen musste. Was folgte, war die erste ernsthafte Krise für die Bundesregierung. Seitdem muss sich das System der BVerfG-Richterwahlen auf offener Bühne bewähren.

Richterwahl findet meist wenig Aufmerksamkeit

Meistens jedoch ist die Wahl von Bundesverfassungsrichtern ein recht geräuschloser Vorgang, in den Medien allenfalls eine Kurzmeldung wert. Dennoch sorgt es mitunter bei Bürgern für Irritationen, dass Verfassungsrichter von der Politik gewählt werden und führt zu Debatten über die Unabhängigkeit des Gerichts. Beruhigen lässt sich diese Debatte meist mit dem Hinweis darauf, dass die Verfassungsrichter schon immer von der Politik gewählt wurden und dass das BVerfG dennoch ein hoch respektiertes Gericht ist, das seine Unabhängigkeit durch viele Entscheidungen schon unter Beweis gestellt hat.

2015 wurde das Wahlverfahren reformiert

Doch wie ist das Wahlverfahren derzeit eigentlich organisiert? Das Bundesverfassungsgericht besteht bekanntlich aus zwei Senaten à acht Richtern. Diese 16 Richter werden je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt. Dass in diesem Sommer drei Richter im Bundestag gewählt werden und keiner im Bundesrat, ist Zufall. Denn die 16 Richter werden nie auf einmal gewählt. Immer wenn ein Posten frei wird, wird nachgewählt. Bis vor wenigen Jahren wählte der Bundestag die Verfassungsrichter in einem zwölfköpfigen Wahlausschuss. 2015 gab es jedoch eine Reform: Die Kandidaten brauchen zwar zuerst ein Votum des Wahlausschusses, die eigentliche Wahl findet aber im Plenum des Bundestags statt. Damit wurden verfassungsrechtliche Bedenken berücksichtigt, denn im Grundgesetz steht, dass die Verfassungsrichter „im Bundestag“ gewählt werden, nicht in einem kleinen Ausschuss. Außerdem soll die Wahl im Plenum die Legitimation der Verfassungsrichter erhöhen.

Allerdings schuf die Reform auch neue Gefahren. Denn die anonyme Abstimmung im Plenum ermöglicht es Abgeordneten, ihrer Fraktionsführung einen Denktzettel zu verpassen oder jedenfalls die Fraktionsdisziplin zu missachten. Im Juli hatte die Diskussion um Frauke Brosius-Gersdorf, die bereits das Votum des Wahlausschusses hatte, als die kritischen Stimmen in der Unionsfraktion immer lauter wurden, gezeigt, was passiert, wenn die Fraktionsdisziplin wackelt und der Chef einer Fraktion, in dem Fall Jens Spahn (CDU), diesen Unmut falsch einschätzte. Auch er musste sich nach diesem verpatzten ersten Versuch sehr kritische Fragen gefallen lassen.

Die Richter sollen überparteiliche Urteile fällen

Für die Wahl der Verfassungsrichter ist im Bundestag und im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit nötig, um zu verhindern, dass die jeweilige Regierungsmehrheit das BVerfG allein besetzen kann. Das BVerfG ist daher pluralistisch zusammengesetzt. Und wenn die Richter (wie meist) einen Konsens suchen, sind Urteile wirklich überparteilich, was für hohe Akzeptanz der Entscheidungen sorgt. In der Praxis hat sich ein informelles System von Vorschlagsrechten herausgebildet. Die Parteien, die für die Zweidrittelmehrheit benötigt werden, dürfen entsprechend ihrer Stärke im Bundestag und im Bundesrat Vorschläge für die Richterwahl machen. Seit 2018 gilt für die Vorschlagsrechte der Parteien die Formel 3/3/1/1. Das heißt, dass CDU/CSU und SPD je drei Verfassungsrichter pro Senat vorschlagen können, Grüne und auch die im aktuellen Bundestag nicht vertretene FDP haben je ein Vorschlagsrecht. Bislang wurde die Linke, ebenso wie die AfD, jedoch nicht berücksichtigt. Die Vorschlagsrechte werden in der Regel respektiert. Wenn die SPD einen sozialdemokratisch geprägten Richter vorschlägt, ist das keine unzulässige Politisierung des Gerichts, sondern Ausdruck des gewollten Pluralismus. Das Bundesverfassungsgericht soll kein technokratisches Gericht sein, sondern ein politisches Gericht, das in der Lage ist, vielfältige Perspektiven zu berücksichtigen und abzuwägen.

Ihr Veto setzen die Parteien selten ein

Nur selten wird ein Vorschlag von den anderen Parteien abgelehnt, weil die Person oder ihre Positionen für sie nicht akzeptabel sind. Alle Fraktionen haben ein gemeinsames Interesse an einem restriktiv genutzten Vetorecht. Schließlich will jede Fraktion, dass die eigenen Vorschläge von den anderen Fraktionen ebenfalls in aller Regel akzeptiert werden. In diesem Jahr passten Theorie und Praxis nicht so reibungslos zusammen wie eigentlich vorgesehen. Die nächste Chance kommt dann 2031 im Bundestag wieder. Im Bundesrat wird sogar schon 2028 wieder ein Verfassungsrichter oder eine Verfassungsrichterin gewählt. Christian Rath ■

Der Autor ist rechtspolitischer Korrespondent.

ERGEBNISSE

Auf Prof. Dr. Günter Spinner entfielen 424 Ja-Stimmen, 178 Nein-Stimmen und elf Enthaltungen. Spinner folgt im Ersten Senat auf Dr. Josef Christ. Für Prof. Dr. Ann-Katrin Kaufhold stimmten 440 Abgeordnete, 166 stimmten bei sieben Enthaltungen mit Nein. Sie tritt im Zweiten Senat die Nachfolge von Dr. Ulrich Maidowski an. Am Freitag wählte der Bundesrat Kaufhold zur neuen Vizepräsidentin des Gerichts. Dr. Sigrid Emmenegger erhielt 446 Ja-Stimmen bei 161 Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen. Sie übernimmt im Zweiten Senat den Sitz von Prof. Dr. Doris König.

Gesundheits-Etat 2026 beraten

Sorge vor höheren Beiträgen

Gesundheitsministerin Warken will weitere Beitragssteigerungen in der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung verhindern

Die Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) werden bis zum Jahreswechsel vermutlich wieder mit Sorge auf Informationen ihrer Krankenkasse zu den Beiträgen für 2026 warten. Immer im Oktober versammeln sich Experten des Bundesgesundheitsministeriums (BMG), des Bundesamtes für Soziale Sicherung und des GKV-Spitzenverbandes, um die Einnahmen und Ausgaben der Krankenkassen zu analysieren und daraus Schlüsse für die Finanzplanung zu ziehen. Dieser sogenannte Schätzerkreis gibt sodann eine Prognose zur Entwicklung des Zusatzbeitrags ab, den jede Kasse neben dem allgemeinen Beitragssatz in Höhe von 14,6 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens erheben kann, um die Ausgaben zu decken. Das BMG legt auf Basis der Schätzergebnisse als Rechengröße den durchschnittlichen Zusatzbeitrag für das nächste Jahr fest und gibt ihn bis zum 1. November im Bundesanzeiger bekannt. Der gesetzliche durchschnittliche Zusatzbeitragssatz lag 2025 bei 2,5 Prozent. Über die Höhe des individuellen Zusatzbeitrags entscheiden die Krankenkassen aber letztlich selbst. In den vergangenen Jahren sind die GKV-Beiträge aufgrund der Teuerung auf breiter Front deutlich gestiegen. Union und SPD haben im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass neben „tiefgreifenden strukturellen Reformen“ in der Kranken- und Pflegeversicherung auch die Beiträge stabilisiert werden sollen. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) konkretisierte dies bei den Beratungen für den Bundeshaushalt 2025 in der vergangenen Woche. Die Koalition habe verabredet, dass die Beiträge für die GKV und die Soziale Pflegeversicherung (SPV) bereits „zum Jahresanfang stabilisiert werden sollen“. Sie fügte hinzu: „Dazu führen wir gerade Gespräche.“ Die Kassen bräuchten „schnell Klarheit für ihre Finanzplanung“.

Experten rätseln, wie Warken die Beiträge stabilisieren will

Seither rätseln Gesundheitsexperten, wie Warken das Ziel kurzfristig erreichen will. Eine Lösung wäre, mehr Steuergeld für den Gesundheitsfonds im Haushalt für das Jahr 2026 zur Verfügung zu stellen, eine andere Option bestünde darin, Ausgaben zu



Im Haushalt 2026 werden Kranken- und Pflegeversicherung mit Darlehen gestützt, auch Reformen sind geplant.

© picture-alliance/dpa/ZB/Jens Büttner

senken, also ein Sparpaket. Das müsste nicht unbedingt auf Leistungskürzungen hinauslaufen, wie der Sozialökonom Simon Reif in einer Expertenanhörung zur Finanzlage von GKV und SPV am Mittwoch darlegte. Es gebe Möglichkeiten, Ausgaben zu senken, ohne die Versorgung zu verschlechtern, erklärte er und nannte als Beispiele die große Zahl an Krankenhausbehandlungen und Arztbesuchen (siehe Seite 18). Der Dachverband der Betriebskrankenkassen (BKK) wertete die im Haushalt 2026 vorgesehenen Darlehen für GKV (2,3 Milliarden Euro) und SPV (1,5 Milliarden) als „Trostpflaster“. Um die Beitragsdynamik zu stoppen, müsse der Bund mehr Verantwortung bei versicherungsfremden Leistungen übernehmen. Andernfalls seien kräftige Beitragserhöhungen 2026 unvermeidbar. Die erste Beratung des Gesundheits-etats für 2026 am Dienstag brachte in dem Punkt keine Klarheit. Warken versicherte erneut, dass an einer Lösung gearbeitet werde und sie dabei auch auf das Parlament setze, blieb Details aber schuldig, während die Opposition immer lauter konkrete Vorschläge einfordert. Der Etat wächst unterdessen 2026 erneut an. Im Entwurf (21/600) ist vorgesehen, dass die Ausgaben bei rund

20,09 Milliarden Euro liegen, das sind rund 789 Millionen Euro mehr als die Soll-Ausgaben im Haushalt 2025 (rund 19,3 Milliarden Euro).

Auch der medizinische Fortschritt kostet am Ende viel Geld

Die Opposition forderte mutige Reformen und warf der Koalition vor, Reformen nicht mit Nachdruck anzugehen. Die Ministerin gab zu bedenken, dass die erheblich gestiegenen Kosten für die Gesundheitsversorgung auch mit dem medizinischen Fortschritt zu tun hätten. Die Gesundheitsausgaben hätten 2023 im Schnitt bei rund 6.000 Euro pro Kopf gelegen und sich damit in 20 Jahren mehr als verdoppelt. Im selben Zeitraum habe es einen immensen medizinischen Fortschritt gegeben, an dem die Menschen teilhaben könnten. Auch die Löhne in der Pflege seien zurecht überdurchschnittlich gestiegen. Die Kehrseite seien steigende Beiträge. Warken räumte ein: „Schon fast zur Routine geworden ist der Brief zum Jahreswechsel, wenn die Krankenversicherung eine Beitragserhöhung ankündigt.“ Sie fügte hinzu: „Einnahmen und Ausgaben müssen wieder in ein besseres Verhältnis zueinander gebracht werden. Das Sys-

tem benötigt eine neue Balance.“ Sie versprach, auf Grundlage der Zahlen, die im Herbst vorlägen, würden Lösungen gefunden. Martin Sichert (AfD) warnte die Koalition davor, die freie Arztwahl einzuschränken und womöglich hohe Zuzahlungen zu beschließen, sollten Patienten statt einen Hausarzt gleich einen Facharzt aufsuchen. Mehr Zuzahlungen könnten sich viele Bürger nicht leisten. Zudem könnte der Besuch beim Facharzt zum „Luxusgut“ werden. Dabei seien Facharztbesuche, etwa zur Krebsvorsorge, Teil der sinnvollen Prävention. Offenbar erwäge die Koalition auch, Leistungen über einen GKV-Basistarif zu kürzen. Sichert rügte, es kämen derzeit Reformvorschläge aus der Union, die offenbar nicht abgestimmt seien. Auch Svenja Stadler (SPD) hob die Bedeutung der Prävention hervor. Es müsse der Fokus verändert werden, die Prävention sollte stärker in den Vordergrund rücken, damit es nicht erst zu Krankheiten komme. Kinder mit Bewegungsmangel und falscher Ernährung seien häufig übergewichtig. Solche ungesunden Verhaltensweisen aus der Kindheit könnten ein Leben lang anhalten. Mit Prävention ließen sich chronische Krankheiten und deren kostenintensive Behandlungen vermeiden. Das sollte ein An-

sporn sein für die Haushälter, sich für mehr Prävention einzusetzen. Stadler betonte: „Gesundheitspolitik ist Sozialpolitik.“

Wichtige Reformgesetze liegen schon länger fertig vor

Janosch Dahmen (Grüne) hielt der Koalition vor, Reformen viel zu langsam und unentschlossen anzugehen. „Das ist ein Haushalt des Verschiebens und Vertagens, kein Haushalt des mutigen Anpackens.“ Dahmen sagte: „Wir können alle damit rechnen, dass der Schätzerkreis im Oktober den Menschen wieder neue Beitragssteigerungen zumuten wird.“ Das mache Gesundheit und Arbeit in diesem Land zunehmend unbezahlbar und sei ein Wirtschaftshemmnis. Statt endlich Strukturreformen auf den Weg zu bringen, bilde die Koalition Kommissionen und verschiebe oder verwässere die Problemlösung. Dabei lägen wichtige Reformgesetze schon lange fertig ausgearbeitet vor, darunter die Notfall- und Rettungsdienstreform. „Es ist die Zeit, jetzt zu handeln.“ Tamara Mazzi (Linke) ging auf die Pflege ein, die eine Schieflage im System offenbare. Sie sprach mit Blick auf die teils hohen Belastungen in der Pflege von einem systematischen Versagen. Viele Fachkräfte verließen frustriert und ausgelaugt den Beruf. Statt mutig grundlegende Reformen anzugehen, würden Symptome kuriert. Die Pflegeversorgung werde vor allem durch die Angehörigen sichergestellt. Und es seien meistens Frauen, die mit unbezahlter Pflegearbeit das System am Laufen hielten. Albert Stegemann (CDU) räumte ein, dass es im Gesundheitssystem eine „gewaltige Kostenentwicklung“ gebe. Wenn jetzt nichts unternommen werde, könnten die Lohnnebenkosten in den nächsten zehn Jahren auf 52 Prozent ansteigen. Er verteidigte die Fachkommissionen, die von der Koalition gebildet wurden, um das Sozialsystem nachhaltig zu stabilisieren. Es sei aus seiner Sicht unproblematisch, wenn abseits der Kommissionen Vorschläge gemacht und diskutiert würden, wie Einsparungen zu erreichen seien. Stegemann betonte: „Im Bundeshaushalt sind keine Spielräume für uns. Deswegen können wir nur an der Kostenschraube drehen.“ Er setze dabei auch auf eine bessere Patientensteuerung. „Wir kriegen das gemeinsam hin.“ Claus Peter Kosfeld ■

KURZ NOTIERT

Mit welchen Ausgaben Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat und Bundeskanzler rechnen können

Bundespräsidialamt wird renoviert

Der Etat des Bundespräsidenten und des Bundespräsidialamts sieht für 2026 Ausgaben in Höhe von 67,4 Millionen Euro vor. Damit liegt das Budget deutlich über dem Vorjahresniveau, und zwar um 8,4 Millionen Euro. Grund dafür sind die anlaufenden Renovierungsarbeiten am Bundespräsidialamt und damit verbundene höhere Mietkosten für Ersatzgebäude. Mit 29 Millionen Euro sollen die Personalausgaben im kommenden Jahr um 489.000 Euro höher ausfallen als im laufenden Jahr. Die sächlichen Verwaltungsausgaben – sie umfassen auch die Miet- und Pachtausgaben – sollen deutlich von 21,4 auf 31,9 Millionen Euro steigen. Rund zwei Millionen Euro – und damit 2,4 Millionen Euro weniger als 2025 – sind für Investitionen veranschlagt. Der dem Geschäftsbereich zugeordnete Etat des Büros der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz liegt

mit Ausgaben in Höhe von 3,2 Millionen Euro minimal unter dem Ansatz für 2025. Die Baumaßnahmen für das Bundespräsidialamt selbst sind im Bauetat abgebildet. Dort sind 2026 dafür für 34,5 Millionen Euro etatisiert sowie 3,8 Millionen Euro für Baunebenkosten.

Bundestags-Etat bleibt vorerst stabil

Der Etat des Deutschen Bundestages (Einzelplan 02) soll gegenüber diesem Jahr laut Regierungsentwurf minimal steigen. Wie im Vorjahr sind rund 1,3 Milliarden Euro für das Parlament eingeplant. Im Einzelplan dominieren die Personalausgaben. Für Entschädigungen (Diäten), Amtszulagen und Aufwandsentschädigungen nach dem Abgeordnetengesetz sind insgesamt 127,9 Millionen Euro vorgesehen. Die Ausgaben für die Beschäftigung von Mitarbeitern der Abgeordneten sollen 280,6 Millionen Euro betragen. Der Ansatz für

Übergangsgeld für ausgeschiedene Mitglieder des Bundestages sinkt im Entwurf deutlich auf 5,1 Millionen Euro nach 18,2 Millionen Euro im Jahr 2025. Die Altersentschädigung an ausgeschiedene Mitglieder des Bundestages ist 2026 auf 61,0 Millionen Euro taxiert. Für Geldleistungen an die Fraktionen



Der Etat des Bundestages bleibt stabil.

sind im Entwurf 123,0 Millionen Euro eingeplant, das Soll für 2025 liegt nach den Haushaltsberatungen bei 137,8 Millionen Euro.

Auch der Bundesrat baut und renoviert. Für Baumaßnahmen sind im Etat des Bauministeriums 84,5 Millionen Euro eingestellt, für die Baunebenkosten 28,5 Millionen Euro.

Höhere Ausgaben beim Bundesrat

Dem Bundesrat sollen für 2026 Ausgaben in Höhe von rund 41 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Damit steigt der Ansatz im Einzelplan 03 des Regierungsentwurfs für den Bundeshaushalt 2026 gegenüber 2025 um rund 2,4 Millionen Euro. Die Personalausgaben sind mit 22,9 Millionen Euro knapp 500.000 Euro höher veranschlagt als im laufenden Jahr. Für sächliche Verwaltungsausgaben sind 14,7 Millionen Euro vorgesehen, ein Plus von 1,5 Millionen Euro. Dazu gehört unter ande-

rem der höhere Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit, der von 1,1 auf 1,5 Millionen Euro steigen soll.

Kanzleretat steigt deutlich an

Der Etat des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramts soll im kommenden Jahr bei 4,9 Milliarden Euro liegen. Damit liegt der Ausgabenansatz im Regierungsentwurf für den Einzelplan 04 des Bundeshaushalts 2026 deutlich über dem Soll für 2025 (vier Milliarden Euro). Grund hierfür sind deutlich erhöhte Ausgaben für den Bundesnachrichtendienst (BND) und im Kulturerat sowie die Veranschlagung der Ausgaben für Sport und Ehrenamt im Kanzleretat infolge neuer Zuständigkeiten und Zuschnitte der Ministerien (siehe Seite 15). Die Zuschüsse für den Bundesnachrichtendienst sollen laut Entwurf auf 1,5 Milliarden Euro steigen. Im Haushalt 2025 sind dafür 1,2 Milliarden Euro eingeplant. scr ■



Investitionen in Kitas und damit in Vereinbarkeit von Beruf und Familie stehen ganz oben auf der Agenda. © picture alliance/SvenSimon/Malte Ossowski

Ausgaben fürBildungs- und Familienpolitik

Frage der Wirksamkeit

Der Etat von Ministerin Karin Prien (CDU) steigt leicht, die Freiwilligendienste bekommen mehr Geld, die Demokratieförderung sorgt für Kontroversen

Für Bundesbildungs- und Familienministerin Karin Prien (CDU) hat sich die Debatte über den Etat ihres Ministeriums für das kommende Jahr wahrscheinlich wie ein Déjà-vu angefühlt. War es doch am Donnerstagnachmittag kaum eine Woche her, dass sie den Haushaltsplan für 2025 verteidigen musste. Denn die Zahlen des 2026er Haushalts unterscheiden sich kaum von jenen dieses Jahres. Im Einzelplan 17 des Entwurfs für den Bundeshaushalt 2026 (21/600) sind für das Ressort 14,71 Milliarden Euro eingeplant (2025: 14,12 Milliarden Euro). Größter Ausgabeposten bleibt das Elterngeld (7,5 Milliarden Euro), für die Freiwilligendienste sind rund 314 Millionen Euro (2025: 289 Millionen Euro) und für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ rund 200 Millionen Euro vorgesehen. Vor allem Letzteres ist seit Jahren massiven Angriffen der AfD ausgesetzt, so auch in dieser Debatte. Es wird ebenso vehement vor allem von Grünen, Linken und SPD verteidigt. Bisher sollen die Mittel unter einem unionsgeführten Ministerium nicht sinken, gleichwohl kündigte die CDU/CSU an, das Bundesprogramm evaluieren zu wollen.

Für Karin Prien ist die Höhe des Budgets allein nicht entscheidend

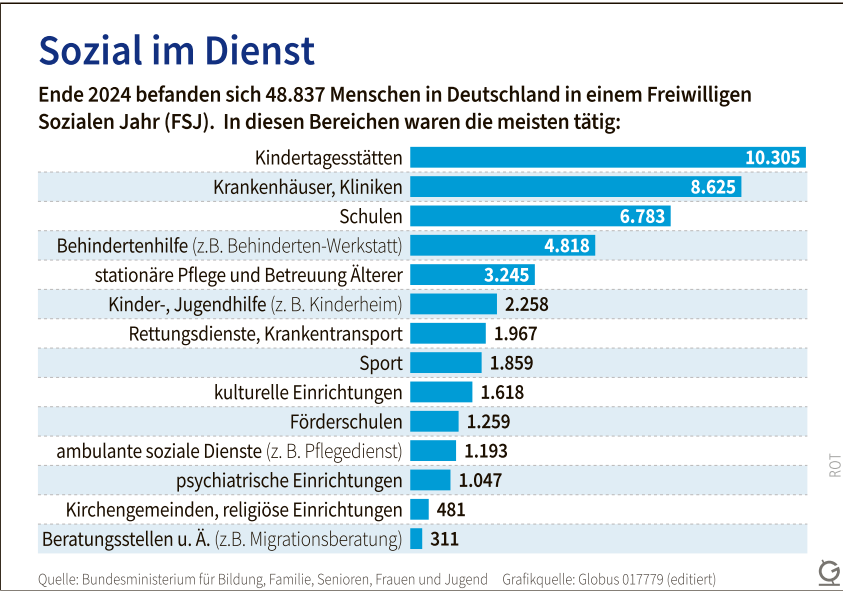
Ressortchefin Prien lobte zwar das leichte Plus ihres Etats, sagte aber gleichzeitig: „Entscheidend ist nicht die Höhe des Budgets, sondern wie wirksam wir es einsetzen.“ Die Ministerin kündigte unter anderem Vereinfachungen beim Elterngeld, Reformen beim Unterhaltsvorschuss und einen stärkeren Fokus auf Jungs und junge Männer an. Ihren Kritikern, die ihrem Ministerium vorwerfen, Demokratieförderprogramme einstampfen zu wollen, entgegnete

die Christdemokratin: „Wenn wir unsere Werte leben, wenn wir Vertrauen stärken und gemeinsam handeln, dann wird Demokratie nicht nur geschützt. Sie wird jeden Tag neu erfahrbar, lebendig und stark. Das ist es, wofür ich arbeite.“ Oliver Pöpsel (CDU) regte für die Unionsfraktion an, innerhalb des Einzelplans noch umzuschichten, um zum Beispiel die Frühen Hilfen oder die Freiwilligendienste noch weiter zu stärken. Svenja Stadler (SPD) legte den Fokus auf Präventionspolitik. Denn: „Prävention setzt an, bevor etwas geheilt werden muss.“ Jedes sechste Kind sei übergewichtig oder adipös, immer mehr Jugendliche erlebten digital Hass und Gewalt. „Wir müssen unsere Kinder davor schützen“, mahnte sie. Sebastian Maack (AfD) beklagte, dass die Gesellschaft ihren Wertekompass verloren habe. Sie brauche deshalb Identität als Nation und in den Familien, Glaube und Spiritualität, „Bin-

dungsfähigkeit“ in den Familien und „deutsche Tugenden, die das Land groß und stark gemacht haben“.

Die Linke kritisiert Kürzungen bei Angeboten für Jugendliche

Jamila Schäfer (Grüne) warf der Regierung vor, die Axt an die Demokratieförderprogramme legen zu wollen, und bezeichnete die angekündigte Überprüfung von Initiativen durch den Verfassungsschutz als überflüssig. Es gebe genügend Mechanismen, um Verfassungsfeinde von einer Förderung auszuschließen, sagte sie. Tamara Mazzi (Die Linke) kritisierte Kürzungen bei Geldern für Sozialarbeit. 46 Prozent der jungen Menschen in Deutschland fühlten sich einsam und hätten das Gefühl, sie würden von der Politik nicht gesehen. „Und was macht die Regierung? Sie kürzt bei den Jugendangeboten, sie friert Mittel ein, sie lässt Träger im Regen stehen, die Prävention und Beratung bieten.“ Claudia Heine ■



Sport-Etat nun im Kanzleramt

Olympische Spiele im Blick

346 Millionen Euro für den Spitzensport eingeplant

Christiane Schenderlein (CDU) verkündete einen neuen Rekord. 357,5 Millionen Euro seien für den Sport im Einzelplan 04 des Bundeshaushalts 2026 (21/600) eingeplant, sagte die Staatsministerin für Sport und Ehrenamt im Bundeskanzleramt am Donnerstag vor dem Sportausschuss. Bei 346 Millionen Euro liegt das Budget für den Spitzensport. Zum Vergleich: Für 2025 stehen - noch im Innen-Etat verortet - 333 Millionen Euro zur Verfügung. Auf Schenderlein wartet nun im Kanzleramt eine lange Aufgabenliste. Da ist der Stau bei den Investitionen in die Sportstätteninfrastruktur, das weiter auf Halde liegende Sportförderungsgesetz, die ungenügende finanzielle Absicherung von Trainern und Athleten und der schleppende Aufbau des Zentrums Safe Sport. Und dann ist da noch das Top-Thema schlechthin: Deutschland will sich für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Sommerspiele bewerben. Die Kandidaten Berlin, Hamburg, München und die Rhein-Ruhr-Region laufen sich warm und haben vor wenigen Wochen im Sportausschuss ihre Konzepte vorgestellt. Im September 2026 wird der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) entscheiden, mit welchem Kandidaten sich Deutschland um die Ausrichtung der Spiele in den Jahren 2036, 2040 oder 2044 bewirbt.

Im Sportausschuss wird mehr Geld für Athleten und Trainer verlangt

Reicht nun der „Rekordwert“, um den deutschen Sport mit Blick auf dieses Highlight fit zu machen? Auf gar keinen Fall, findet Christian Görke (Linke). Deutschland sei längst nicht mehr Weltspitze, sagte er bei der Beratung des Einzelplans 04 am Mittwoch. „Mit diesen im Haushalt zur Verfügung stehenden Mitteln werden wir den dramatischen Rückgang noch weiter vergrößern“, fügte er hinzu. Gegen einen „Abgang auf den deutschen Spitzensport“ wehrte sich Stephan Mayer (CSU), räumte aber ein: „Ich bin auch noch nicht ganz zufrieden mit dem Status quo.“ Mayer wandte sich daher im Sportausschuss an die Sport-Staatssekretärin

und wollte unter anderem wissen, inwiefern ein Aufwuchs von 2,5 Millionen Euro für Trainer im Leistungssport die angekündigte Traineroffensive darstellt. Das griff auch Jörn König (AfD) auf, der einen benötigten Aufwuchs von 14 Millionen Euro für die Trainer errechnet hat. Tina Winklmann (Grüne) forderte, bei dem Thema auch das Leistungssportpersonal in Gänze zu erfassen. Staatssekretärin Schenderlein, die bei der Haushaltsdebatte am Mittwoch nicht das Wort ergriffen hatte, kün-



Sport-Staatsministerin Schenderlein (CDU) © picture-alliance/Jan Kaefer

digte zur Frage der Trainerbezahlung einen Runden Tisch an. Es gehe schließlich nicht immer nur ums Geld, sondern auch um Transparenz und Analysen, sagte sie. Im Grunde sei sie aber gar nicht zuständig. Federführend sei nämlich das Bundesarbeitsministerium. Das gilt laut Schenderlein auch für die von Bettina Lugk (SPD) angesprochene Athletenförderung über die Deutsche Sporthilfe. Die Staatssekretärin äußerte sich auch zur „Sportmilliarde“. Dazu gebe es einen Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses. Darin werde die Bundesregierung aufgefordert, diese Summe über Förderprogramme aufzubringen, sagte sie. Daher sollen Investitionen in die Sportinfrastruktur in das Sondervermögen des Bundes mit bis zu einer Milliarde Euro in den kommenden drei Jahren aufgenommen werden. „Ein tolles und lang erwartetes Zeichen für den Sport“, befand Schenderlein. Götz Hausding ■

Kultur und Medien

»Ein Rekordhaushalt«

Rund 2,5 Milliarden Euro für Staatsminister Weimer

Kulturstaatsminister Wolfram Weimer sollen im kommenden Jahr 2,48 Milliarden Euro für seinen Geschäftsbereich zur Verfügung stehen. Für das laufende Haushaltsjahr hatte ihm der Bundestag 2,33 Milliarden Euro bewilligt. In der ersten Lesung seines Etats, der beim Bundeskanzleramt (Einzelplan 04) angesiedelt ist, zeigte sich Weimer höchst zufrieden mit den geplanten Aufwüchsen. Dieser „Rekordhaushalt“ sei „ein Bekenntnis“ zur Kulturnation. Deutschland verfüge über „die reichste und vielfältigste und vitalste Exzellenzkulturszene der Welt“, sagte Weimer.

133 Millionen Euro mehr für Film- und Serienproduktionen

Profitieren von der Etaterhöhung und verschiedenen Umschichtungen soll vor allem die Kulturförderung im Inland, die um 151 Millionen auf rund 957 Millionen Euro aufgestockt wer-

den soll. Davon entfallen allein 250 Millionen Euro für Anreize zur Stärkung der Film- und Serienproduktion in Deutschland (2025: 117 Millionen Euro). Um 26 Millionen auf 414 Millionen Euro erhöht werden sollen zudem die Mittel für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Allein für die Erweiterung der „Neuen Nationalgalerie“ sind im kommenden Jahr 100 Millionen Euro eingeplant. Für dieses kulturelle Großprojekt hatte der Bund insgesamt 376 Millionen Euro bewilligt, rund 115 Millionen Euro sind in den vergangenen Jahren bereits ausgegeben worden. Unverändert zum Haushalt 2025 bleiben die Mittel in Höhe von 425 Millionen Euro für den Auslandssender Deutsche Welle, die einen der größten Ausgabenposten im Weimers Geschäftsbereich darstellt. Rund 203 Millionen Euro sind für das Bundesarchiv eingeplant. aw ■

Russlands Krieg gegen die Ukraine

»Westliche Politiker täuschen sich selbst«

Mit Sanktionen unter anderem gegen die russische Schattenflotte will die EU Moskau den Geldhahn abdrehen. Der frühere russische Vize-Zentralbankchef Sergej Alexaschenko ist skeptisch. Um Russland zu schwächen, brauche es andere Maßnahmen – die aber hätten einen hohen Preis

Herr Alexaschenko, im Westen ist die Vorstellung verbreitet, Russland gehe es eigentlich schon schlecht, man müsse nur den Druck erhöhen, dann werde Präsident Putin in der Ukraine einlenken. Ist das so?

Wäre die russische Wirtschaft ein Mensch, könnte man sagen, seine Körpertemperatur liegt bei 37,8 Grad. Der Mensch merkt, dass etwas nicht stimmt mit ihm, seine Produktivität sinkt ein wenig, aber das hindert ihn nicht daran, weiterzuleben und zu arbeiten. Russland exportiert Rohstoffe, die Nachfrage in der Welt wächst stetig, normal wäre also ein Wachstum von drei bis vier Prozent, stattdessen rutscht die Wirtschaft in die Stagnation. Bei „Normaltemperatur“ wäre eine Inflation von vier Prozent zu erwarten, aber tatsächlich liegt sie bei acht, zehn oder zwölf Prozent. Weder das eine noch das andere bringt die Wirtschaft jedoch an den Rand einer Katastrophe.

Zuletzt wurde über zunehmende Haushaltsprobleme berichtet – wegen der hohen Kriegsausgaben...

Russland finanziert den Krieg in erster Linie nicht durch Kredite, sondern durch Steuern der Bürger und der Privatwirtschaft. Auf diese Weise bleibt das Defizit mit weniger als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) recht niedrig. Im globalen Vergleich ist so ein Wert völlig in Ordnung. Laut Statistikamt wächst das

Einkommen der Bevölkerung, die Regierung hat genug Geld, um den Krieg zu finanzieren – und sogar noch etwas übrig, um die Ausgaben für Sozialprogramme zu erhöhen. Ja, die Investitionsausgaben müssen gekürzt werden, und das Haushaltsdefizit in den Regionen ist etwas höher als vor dem Krieg. Aber es ist keine Katastrophe. Die Herausforderungen, vor denen die deutsche Wirtschaft steht, sind bedeutend größer.

Selbst der russische Wirtschaftsminister hat zuletzt aber vor einer Rezession gewarnt...

Das hängt stark von den politischen Entwicklungen ab: Gibt es ein Abkommen zwischen Russland, der Ukraine und den USA? Erhöht oder senkt Putin die Militärausgaben? Eine Rezession ist für mich ein Minus von fünf bis zehn Prozent. Wenn wir aber wie im Fall Russlands von Prognosen von minus einem bis plus eineinhalb Prozent sprechen, ist das Stagnation, nicht mehr und nicht weniger.

Warum wird dann so viel über den anstehenden Zusammenbruch der russischen Wirtschaft gesprochen?

Weil sehr viele in Europa und den USA möchten, dass der Krieg von selbst endet, ohne dass dafür kostspielige und unangenehme Entscheidungen getroffen werden müssen. Westliche Politiker täuschen sich gerne selbst. Die sowjetische Wirtschaft

brach zusammen, weil sie die Last der Militärausgaben nicht tragen konnte. Aber damals hatten wir eine Planwirtschaft. Die heutige russische Wirtschaft dagegen ist eine Marktwirtschaft; ihr Gleichgewicht wird durch den Marktmechanismus der Preisänderungen gewährleistet. Inflation ist schlecht, aber Inflation ist die Reaktion der Wirtschaft auf das Ungleichgewicht.

Wird nicht der Fachkräftemangel zum immer größeren Problem?

Es herrscht tatsächlich Arbeitskräftemangel, weil einige für höhere Löhne an die Front gehen und andere auswandern, aber die Wirtschaft reagiert darauf mit einer Erhöhung der Löhne. Das Durchschnittsgehalt liegt bereits über 100.000 Rubel – mehr als 1.000 Euro, was im Vergleich zu osteuropäischen Ländern sehr hoch ist.

Putin hat also aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion gelernt?

Ja. Und auch aus der Finanzkrise von 1998 – kurz vorher wurde er Direktor des Geheimdienstes FSB. Er hat diese destruktiven Prozesse miterlebt, bei denen wirtschaftliche Probleme zur Machtübergabe an die Opposition führen können. Putins Wirtschaftspolitik können sie nennen, wie sie wollen, aber er respektiert die freie Preisbildung. Er steht für sehr strenge Beschränkungen des Haushaltsdefizits und der Staatsverschuldung.

Die EU beschließt dieser Tage ihr 19. Sanktionspaket. Schaden die Sanktionen Russland?

Sanktionen funktionieren gut, wenn die ganze Welt beteiligt ist, und sie Exporte und Importe eines Landes begrenzen. Wenn aber Indien, China und viele andere Staaten an den Sanktionen nicht beteiligt sind, ist von vornherein klar, dass ihr Druck viel schwächer ist. Zudem: Drei Viertel der russischen Exporte bestehen aus Öl, Gas, Holz, Düngemitteln und Metallen – Waren also, ohne die die Weltwirtschaft nicht leben kann. Russlands Beitrag zu den Ölverkäufen auf dem Weltmarkt liegt bei etwa 15 Prozent. Können Sie sich vorstellen, was es bedeutet, Russland vom globalen Markt zu nehmen? Was wird mit den Preisen passieren?

Aber stand Russland im ersten Kriegsjahr nicht vor dem Kollaps?

Die westlichen Sanktionen, die Beschränkung des Ölexports und die Preisobergrenzen haben bis Juni 2022 gut funktioniert. Das BIP fiel um zehn Prozent. Allerdings hat die Weltwirtschaft damals nicht aufgehört, russisches Öl zu kaufen. Es veränderten sich nur Logistik und Lieferketten: Das Öl muss jetzt eben nicht mehr 600 Kilometer transportiert werden, sondern 3.600 Kilometer. Russische Banken und Exporteure mussten ohne Dollar und Euro auskommen, also wurden alternative Zahlungssysteme aufgebaut, in Kryptowährung und anderen Währungen gezahlt. Man überredete Indien und China, mehr russisches Öl zu kaufen, versprach ihnen im Gegenzug Rabatte und baute eine Schattenflotte auf. Mitte 2022 beschloss Putin eine drastische Erhöhung der Militärausgaben, die aus zuvor angesammelten Reserven finanziert wurden – die Wirtschaft begann langsam zu wachsen. Es wurde klar, dass der Anstieg der Militäraus-

Ukraine greift die russische Ölproduktion an, zugleich erhöht der Westen den Druck auf Moskaus Ölexport. Kann das Erfolg haben?

Die einzige wirkliche Beschränkung gegen russisches Öl könnte eine physische sein: Man blockiert die dänischen Meerengen, damit Tanker, die Öl aus Primorsk transportieren, nicht mehr durchkommen. Mit so einer Seeblockade stoppt man die Hälfte

ZUR PERSON



Der Ökonom Sergej Alexaschenko war von 1995 bis 1998 stellvertretender Vorsitzender der russischen Zentralbank, zuvor von 1993 bis 1995 Vize-Finanzminister. 2014 verließ er Russland. Heute lebt der 65-Jährige in den USA und leitet die Wirtschaftsforschung des Londoner Thinktanks New Eurasian Strategies Centre (NEST).

© privat

des russischen Ölexports, und das wäre ein sehr schwerer Schlag für die Russland. Aber sind wir dazu bereit, dass die Weltmarktpreise auf 150 oder sogar 250 Dollar pro Barrel steigen? All die anderen Sanktionen und Zölle sind sinnlos, weil China und Indien nicht auf russisches Öl verzichten können. Wenn doch, müssten sie es im Nahen Osten kaufen – damit würden sie mit Europa konkurrieren und die Preise würden steigen.

Und die Militärschläge auf Öltrafinerieren?

Die Statistik in Russland wird geheim gehalten, wir wissen daher nicht genau, was vor sich geht. Die Intensität der Angriffe hat stark zugenommen, und in einer Reihe von Raffinerien wurde die Arbeit aufgrund von Reparaturen eingestellt. Moskau schränkt deshalb die Benzinexporte ein. Aber Russland produziert mehr als doppelt so viel Diesel und Heizöl, wie es verbraucht. Die Wirtschaft bricht nicht zusammen, wenn der Export um zehn oder 20 Prozent sinkt.

Sie glauben also nicht, dass Putin bald aufgrund von wirtschaftlichem Druck den Krieg beenden wird?

Dazu erzähle ich Ihnen eine bekannte russische Anekdote. Der Vater kommt nach Hause und sagt: Es gibt eine traurige Nachricht – der Wodka ist teurer geworden. Der Sohn fragt: Heißt das, dass du weniger trinken wirst? Nein, mein Sohn, antwortet der Vater, das bedeutet, dass du weniger essen wirst. Dies zur Frage, ob der Kreml den Krieg beenden wird, wenn im Haushalt das Geld für Armee oder Investitionen knapp wird. Im russischen Finanzministerium versteht man, dass dafür Geld benötigt wird. Deshalb wird eine Steuer auf Übergewinne der Banken und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorbereitet.

Und wohin fließt das Geld?

Diese Entscheidung trifft in Russland eine Person: Putin. Warum sollte er den Krieg beenden, der für ihn eine Sache des Prinzips ist? In seinem Kopf bedeutet eine Beendigung des Krieges nicht zu seinen Bedingungen, dass Russland verloren hat.

Das Interview führte Moritz Gathmann. ■

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.



Der vor Rügen festgesetzte Öltanker „Eventin“ wird der russischen Schattenflotte zugerechnet. © picture-alliance/dpa/Jens Büttner

Parlamentswahlen in Moldau

Am Scheideweg zwischen Ost und West

Am Sonntag stehen 2,5 Millionen Moldauer vor einer Richtungswahl. Ihr Ausgang entscheidet auch über den EU-Kurs des Landes

Vor der Parlamentswahl am Sonntag wächst in Moldau die Nervosität: Am Montag untersuchte die Polizei mehr als 250 Objekte in verschiedenen Orten des südosteuropäischen Landes, darunter auch Gefängnisse. 74 Bürger wurden unter dem Vorwurf der Vorbereitung von Unruhen zur Destabilisierung des Landes festgenommen. Die meisten stammten den Ermittlungsbehörden zufolge aus dem Norden Moldaus, das an Rumänien und die Ukraine grenzt. In Serbien sollen sie von russischen Agenten ausgebildet und mit 400 Euro bezahlt worden sein, lauten die Vorwürfe. Das ist viel Geld in Moldau, wo etwa 30 Prozent der 2,5 Millionen Einwohner unter der Armutsgrenze leben. „Das kriminelle PAS-Regime versucht uns einzuschüchtern“, protestiert der pro-russische Sozialistenchef Igor Dodon. „Doch die Stimme des Volkes ist mächtiger als die Diktatur“, sagt der Oppositionsführer. Im Dezember 2020 war Dodon bei den Präsidentschaftswahlen der früheren Weltbank-Ökonomin Maia Sandu unterlegen. Sandus pro-europäische „Aktion und Solidarität“ (PAS) gewann daraufhin 2021 die Parlamentswahlen. Seither versucht sie das von Korruption geplagte Land zu reformieren und in die Europäische Union zu führen. Seit 2022 ist Moldau offiziell Beitrittskandidat. Im Juni 2024 begannen die Verhandlungen.

Zwischen EU-Kurs und russischer Desinformation

Doch die Bevölkerung der ehemaligen Sowjetrepublik ist hin- und hergerissen zwischen einer Annäherung an die EU oder an Russland. Präsidentin Sandu hielt Moskau mehrfach vor, sich in innere Angelegenheiten des Landes einzumischen und Wahlen beeinflussen zu wollen. Zur Unterstützung ihres pro-europäischen Kurses hatte die EU im Juli erstmalig einen EU-Gipfel in Moldaus Hauptstadt verlegt. Zuletzt reisten Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), Frank-



Prominente Wahlhelfer: Polens Premier Donald Tusk, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Friedrich Merz (v.l.n.r.) reisten Ende August nach Chisinau, um den pro-europäischen Kurs der moldauischen Präsidentin Maia Sandu (Mitte) mit einem gemeinsamen Auftritt zu unterstützen.

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

reichs Präsident Emmanuel Macron und der polnische Premier Donald Tusk am 27. August, dem Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung von der Sowjetunion, nach Chisinau, um sich der russischen Einflussnahme entgegenzustellen. Die Wahl am Sonntag gilt als Richtungsentscheidung. Moldau stehe vor der „wichtigsten Wahl seiner Geschichte“, hatte Sandu in einer Rede vor dem EU-Parlament Anfang September betont. Wie diese ausgeht, sei völlig offen, sagen politische Beobachter in Chisinau. Doch viele fürchten einen Wahlsieg der pro-russischen „Patriotischen Front“ des früheren moldauischen Präsidenten Dodon. Eines der drängendsten Probleme ist weiterhin die wirtschaftliche Lage des Landes und die hohe Inflation. Auf fast 30 Prozent war sie nach Russlands Angriff auf die Ukraine gestiegen. Inzwischen ist sie zwar wieder gesunken, doch mit 7,3 Prozent liegt sie noch immer sehr deutlich über dem EU-Durchschnitt.

Diese Unzufriedenheit versucht die Opposition, unterstützt von Moskau, mit allen Mitteln zu nutzen. Ob Stimmenkauf, Desinformation über Social-Media oder die Rekrutierung von Bürgern für geplante Proteste: Der Kreml investiert viel Geld und Knowhow in die hybride Kriegsführung, um Moldau zurück in den russischen Einflussbereich zu bringen.

Präsidentin wirft Moskau massive Wahlbeeinflussung vor

Sandu sprach in einem am Montag veröffentlichten Video von „hunderttausenden“ gekauften Stimmen. Als pro-russisch gilt die sowjet-nostalgische „Patriotische Front“ von Igor Dodon, aber teils auch die pro-europäisch auftretende „Alternative“ rund um den beliebten Bürgermeister von Chisinau, Ion Ceban. Dieser verurteilte Russlands Krieg gegen die Ukraine, sein Wahlbündnis wurde aber 2022 vom US-Außenministerium wegen Verbindungen nach Russland auf eine Sanktionsliste

gesetzt. Zusätzlich mischt im Wahlkampf die Formation „Unsere Partei“ des in Russland reich gewordenen Politikers Renato Usati mit. In der PAS-Wahlkampfzentrale geben sich Sandus Anhänger trotzdem siegesgewiss. 40 Prozent der Moldauer seien noch unentschieden, ob sich Moldau Brüssel oder Moskau zuwenden solle, so PAS-Generalsekretär Artur Mija. „Wir müssen der Bevölkerung besser erklären, dass wir dank EU-Geldern mehr Mittel im Staatshaushalt haben – und wer davon konkret profitiert“, sagt Cristina Gherasimov, Chefunterhändlerin für europäische Integration. In Comrat, der Hauptstadt der autonomen Region Gagausien, wurden mit EU-Geld so bereits viele Landstraßen ausgebaut. Trotzdem hängen hier nur Wahlplakate der pro-russischen „Patriotischen Front“. Es sei ein Fehler, dass die PAS um die russisch-sprachigen 20 Prozent der Wähler nicht kämpfe, kritisieren politische Beobachter. Seit 2021 habe sich die Partei vor allem auf Chisinau und Umgebung konzentriert und

den pro-russisch wählenden, stark verarmten Norden und Süden des Landes vernachlässigt. Die Regierung in Chisinau mache leider viele Fehler und isoliere die Region, weil die Bürger immer wieder pro-russisch wählten, klagt auch Alexandru Tarnavski, der letzte pro-europäische Abgeordnete im Parlament der Autonomen Region Gagausien. 2024 soll der Oligarch Ilam Schor hier Zehntausende Wähler gekauft haben, damit diese die Kandidaten seiner pro-russischen Schor-Partei unterstützen und beim Referendum über den EU-Beitritt mit „Nein“ stimmen. Auch 20.000 Rentner sollen sich damals dazu verpflichtet haben. Nun drohen ihnen hohe Strafen. „Die Strafen radikalisieren die Gagausen für Russland“, fürchtet Tarnavski. Nach Festnahmen Anfang der Woche könnte das auch im Norden passieren. Unruhen drohen nun nicht, doch viele Bürger dürften am Sonntag aus Trotz gegen Sandus regierende PAS stimmen.

Paul Flückiger ■

Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent.

Parlamentswahlen in Tschechien

Regierungswechsel wahrscheinlich

Vor der Wahl in Tschechien sehen Umfragen die amtierende Koalition von Petr Fiala als möglichen großen Verlierer

Vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Tschechien am 3./4. Oktober deutet viel auf einen Sieg des früheren Premierministers Andrej Babiš hin. Bis zu 35 Prozent der Stimmen kann seine Bewegung ANO nach aktuellen Umfragen erwarten. Die amtierende Mitte-Rechts-Koalition unter dem Bürgerdemokraten Petr Fiala dürfte eine Mehrheit deutlich verpassen. Die großen Themen im Wahlkampf sind der Krieg in der Ukraine und der Umgang mit den Flüchtlingen, von denen Tschechien in Relation zur Einwohnerzahl so viele aufgenommen hat wie kein anderes Land. Zum anderen treibt die Teuerung der vergangenen Jahre viele Menschen um, auch wenn die Inflation zuletzt bei unter zwei Prozent gelegen hat. „Premierminister Fiala ist sehr unbeliebt, nur 22 Prozent der Wähler wollen ihn als Regierungschef“, fasst Meinungsforscher Přemysl Čech in einem Interview mit tschechischen Journalisten das Stimmungsbild zusammen: „Demgegenüber wünschen sich mehr als 40 Prozent der Wähler Andrej Babiš als Premierminister – das ist weitaus mehr als die Wählerschaft seiner Partei.“ Babiš war bereits von 2017 bis 2021 tschechischer Regierungschef.

Der 71-Jährige, der mit einem Agrar- und Lebensmittelkonzern zu einem der reichsten Tschechen aufgestiegen ist, hat seine Bewegung ANO 2011 gegründet. Im gängigen Rechts-Links-Schema lässt sich die Partei schwer verorten: In der damaligen Koalition mit den Sozialdemokraten sprach Babiš mit einer ausgeprägten Sozialpolitik eine eher linksorientierte Wählerschaft an, im Europarlament gehört ANO allerdings zur Fraktion der sogenannten Patrioten.

40 Prozent der Wähler wollen Ex-Premier Babiš als Regierungschef

Babiš setzt auf unzufriedene Wähler: „Sie haben genug von der Teuerung und den ständigen Preissteigerungen“, erklärt er in einem Beitrag an die Wähler: „Sie haben genug vom Gefühl der Bedrohung und dem endlosen Angst-Einjagen mit einem Krieg. Sie haben genug von der Unsicherheit und dem ununterbrochenen Strom der schlechten Nachrichten.“ Die derzeitige Regierungskoalition besteht aus vier Parteien. Die Bürgerdemokraten (ODS) von Petr Fiala haben sich mit der liberalen Partei TOP09 und der kleinen christdemo-

kratischen Partei KDU-CSL zur Wahlgemeinschaft SPOLU zusammengeschlossen. Als vierter Koalitionspartner kommt die stark in den Regionen verankerte Bürgermeisterpartei hinzu. Die zu Beginn der Legislatur an der Regierung beteiligte linksliberale Piratenpartei ist nach Streitigkeiten aus der Koalition ausgeschieden. SPOLU liegt in Umfragen bei rund 20 Prozent, die Bürgermeisterpartei bei zwölf, die Piraten bei rund neun Pro-

zent. Premierminister Fiala setzt im Wahlkampf auf die Themen Sicherheit und Demokratie, er betont die Verankerung Tschechiens in der EU und die Unterstützung der Ukraine und verweist auf die Arbeitslosenquote, die zu den niedrigsten in der EU gehört. „Ein Teil der Opposition schaut nach Ungarn und in die Slowakei und freut sich darauf, dass sie in Tschechien die Schrauben genauso anziehen wird“, sagt Fiala.

Eine entscheidende Rolle bei der Regierungsbildung dürfte den populistischen Parteien zukommen. Die nationalistische Partei Svoboda a přímá demokracie („Freiheit und direkte Demokratie“) könnte auf zwölf Prozent kommen, zu ihren Kernforderungen gehört ein Referendum über den Austritt Tschechiens aus der EU. Die unreformierte kommunistische Partei, die bei der zurückliegenden Wahl erstmals an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist, hat sich mit den ebenfalls aus dem Parlament ausgeschiedenen Sozialdemokraten zum linkspopulistischen Bündnis Stacilo! („Es reicht!“) zusammengeschlossen und könnte auf neun Prozent kommen. An der Fünf-Prozent-Hürde kratzt die Autofahrer-Partei Motoristé, die sich vor allem die Abschaffung des „Green Deals“ der Europäischen Union vorgenommen hat. Rund 20 Prozent der Wähler sind noch unentschieden. Politologen weisen darauf, dass in Tschechien traditionell die letzten Tage vor der Wahl wichtig sind. Kilian Kirchgeßner ■

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Tschechien.



Das Abgeordnetenhaus der Tschechischen Republik im Palais Thun in Prag. © picture-alliance/Kalker

Anhörung Gesundheit

Knappe Kassen

Vorschläge für Reformen im Gesundheitssystem

Die prekäre Finanzlage in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) erfordert nach Einschätzung von Gesundheitsexperten grundlegende Änderungen im System. Bei einer Anhörung des Gesundheitsausschusses über einen Antrag (21/344) der Linksfraktion für eine gerechte Finanzierung der Krankenversicherung sprachen sich Sachverständige am Mittwoch dafür aus, vor allem die Ausgabenseite zu prüfen. Die Linksfraktion fordert in ihrem Antrag eine langfristig solide und sozial gerechte Finanzierung von GKV und SPV, um Leistungskürzungen und eine Beitragsexplosion zu verhindern. Der Sozialökonom Simon Reif von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg erklärte, es gebe eine Reihe von Möglichkeiten, die Ausgaben zu senken und nannte die hohe Zahl an Krankenhausbehandlungen und Arztbesuchen. Mit einer besseren Versorgungssteuerung und -planung ließen sich Kosten einsparen, und Patienten würden von weniger Über- und Fehlversorgung profitieren. Eine Dynamisierung des Bundeszuschusses an die GKV hält Reif für den falschen Weg. Das würde die Anreize zum wirtschaftlichen Handeln der GKV mindern.

Die Ausgaben haben sich von den Einnahmen entkoppelt

Richard Ochmann vom IGES-Institut für Gesundheits- und Sozialforschung verwies auf Projektionen seines Hauses, wonach die Beitragsbelastungen in den kommenden Jahren erheblich zunehmen werden. Das betreffe grundsätzlich alle Zweige der Sozialversicherung. Es seien Reformen nötig, die der Ausgabenentwicklung von Kranken- und Pflegeversicherung entgegenwirken. Die Ausgaben hätten sich von den Einnahmen entkoppelt. „Notwendig sind Reformen, die an den grundlegenden Versorgungsstrukturen ansetzen und die Ausgaben wieder stärker an den Einnahmen orientieren.“ Mit der Krankenhausreform (Qualitätsorientierung) und der geplanten Notfallreform (Bedarfsorientierung) sei ein wichtiger Grundstein gelegt. Auch das geplante Primärarztssystem gehe in die richtige Richtung.

Christian Karagiannidis von der Universität Witten/Herdecke sprach sich für eine Selbstbeteiligung von Patienten aus. Diese könne ganz unterschiedlich und sozialverträglich ausgestaltet werden. Zu empfehlen sei das niederländische System. Dort liege der Satz derzeit bei 385 Euro pro Jahr. Erst ab diesem Betrag trete die Krankenversicherung in Kraft. Die hausärztlichen Leistungen seien von der Selbstbeteiligung ausgeschlossen. Mit dieser unbürokratisch in die Krankenversicherung integrierten Regelung ließen sich womöglich die Beitragssätze sogar senken.

Der Bund könnte seinen Zuschuss zur GKV erhöhen

Ilias Essaidada vom Sozialverband VdK wies Forderungen nach mehr Eigenverantwortung zurück. Das schüre Angst unter den Versicherten, insbesondere unter Rentnern, und schädige das Vertrauen in den Sozialstaat. Er forderte stattdessen den Bund auf, seinen Finanzierungspflichten stärker nachzukommen. Die GKV trage Kosten, die der gesamten Gesellschaft zugutekämen. Grundsätzlich sollten gesamtgesellschaftliche Aufgaben aus Steuermitteln finanziert werden. Der Bund leiste aber einen unzureichenden Beitrag zu diesen Aufgaben. Der Bund müsse daher seinen Zuschuss zur GKV deutlich erhöhen. Die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und der Versicherungspflichtgrenze wäre ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Antje Kapinsky vom Verband der Ersatzkassen (vdek) forderte raschen Reformen. Mit Blick auf die Expertenkommissionen für GKV und SPV sagte sie: „Es liegen genügend Ideen auf dem Tisch, sodass man sofort loslegen könnte.“ Zwar würden aufgrund der aktuellen Finanzentwicklung schnell wirksame Sofortmaßnahmen benötigt, langfristig seien jedoch strukturelle Änderungen erforderlich, sagte sie und nannte als Beispiele die Krankenhausreform und die geplante Notfall- und Rettungsdienstreform. Kurzfristig sei die Anhebung des Herstellerrabatts für Arzneimittel denkbar sowie eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel von 19 auf sieben Prozent.



Linienbus in Kiel mit Masken-Hinweisen im Januar 2023. Die Enquete-Kommission im Bundestag will Lehren ziehen aus den politischen Entscheidungen zur Gefahrenabwehr in den Pandemie-Jahren.

© picture-alliance/dpa/Christian Charisius

Enquete-Kommission

Länder mit Vorsprung

Die Corona-Enquete des Bundestages schaut bei den ersten Erfahrungen der Landtage mit der Aufarbeitung der Pandemie genau hin

In Sachen Pandemieaufarbeitung haben einige Länder die Nase vorn: Welche Erfahrungen haben Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen in den Landesparlamenten bei der Aufarbeitung der Corona-Pandemie bereits gesammelt? Diese Frage stand am Montag im Zentrum der dritten Sitzung der Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“ im Bundestag. Verschiedene Landtage hatten bereits entsprechende Sondergremien eingerichtet – ihre bisherigen Antworten bildeten den Auftakt dieser öffentlichen Anhörung in Berlin. „Es gab ein spezifisches Spannungsfeld zwischen Bund und Ländern“, sagte Andreas Nowak (CDU), sächsischer Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des dortigen Untersuchungsausschusses. „Die Länder waren am Drücker, die Maßnahmen durchzusetzen.“ Sie seien in informellen Runden mit der Bundeskanzlerin beteiligt gewesen. Eine erste Einschätzung sei, künftig besser abgestimmt und gesetzlich normierter vorgehen. Dies unterstrich auch Alexander Salomon (Bündnis 90/Die Grünen), baden-württembergischer Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der dortigen Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“: Dort sei diskutiert worden, dass nicht nur Regierungen über zu treffende Maßnahmen entscheiden sollten, „sondern auch Landtage“. Die Corona-Pandemie hat Staat und Gesellschaft in gesundheitlicher, wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht vor enorme Herausforderungen gestellt. Um künftig besser auf Gesundheitskrisen vorbereitet zu sein, ar-

beitet die Enquete-Kommission des Bundestags interdisziplinär an der Frage, wie Risikobewertung, Früherkennung und Krisenbewältigung in künftigen Pandemien effektiver gestaltet werden können. Der Kommission gehören 14 Abgeordnete und 14 externe Sachverständige an. Spielplatz-Schließungen im Lockdown Da die Kommission im Landtag in Stuttgart ihre Arbeit als erste bereits abgeschlossen hat und die anderen Gremien in den Ländern teilweise erst am Anfang stehen, wurden die meisten Fragen an Salomon adressiert. Er lobte die Wirkung des Kurzarbeitergeldes, kritisierte andererseits die Auswirkungen der einschränkenden Sicherheitsmaßnahmen. „Für Kinder und Jugendliche wirken diese nochmal mehr.“ Salomon verwies auf geschlossene Spielplätze während der Lockdowns. Kinder und Jugendliche seien massiv betroffen gewesen, hier hätte es mehr Verhältnismäßigkeit geben sollen. Auch gab Salomon konkrete Handlungsempfehlungen weiter: Gesundheit solle als „Health in all Policies“ integriert werden, es solle eine bessere Datensatz-Sammlung geben und alle Bevölkerungsgruppen sollten geschützt sowie eingebunden werden. Es habe etwa Ungleichheiten bei Gruppen wie Migranten oder Menschen mit Behinderungen gegeben. Mit Blick auf Impfungen sagte Salomon, „eine Handlungsempfehlung ist die Mehrsprachigkeit“. Man brauche auch „Personen, die ein gewisses Vertrauen und Wirkung in diesen Bevölkerungsgruppen haben“.

Sina Schönbrunn (SPD) sagte, staatliche Eingriffe sollten so gering wie möglich gehalten werden. „Zentrale Herausforderungen sind die unbefriedigende Datenlage und die begrenzte Flexibilität beim Personal“, sagte die brandenburgische Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der dortigen Enquete-Kommission mit Blick auf Pflegekräfte. Lena Saniye Güngör (Die Linke) ging auf das Nebeneinander von Enquete und Untersuchungsausschuss ein: „Für Thüringen war es relevant, dass wir beide Gremien hatten“, sagte die Vorsitzende des dortigen U-Ausschusses. „Eine Enquete-Kommission kann, was ein Untersuchungsausschuss nicht kann“, sagte sie mit Blick auf Themenkomplexe wie Resilienz in Familien, soziale Ungleichheit oder Krisenkommunikation. Hartmut Beucker (AfD) berichtete als Vorsitzender der Enquete-Kommission „Krisen- und Notfallmanagement“ in Nordrhein-Westfalen: Er kritisierte, dass der Landtag den von der AfD berufenen ständigen Sachverständigen abberufen hätte, und es keine Möglichkeit der Wiederernennung gegeben habe, als die gegen ihn erhobene Vorwürfe sich als haltlos erwiesen hätten: Aus rechtsstaatlichen Erwägungen sei das ein Ergebnis, „das nicht restlos überzeugt“. Yanki Pürsün (FDP) wünschte der Enquete-Kommission, dass sie umfassend und konstruktiv aufarbeite, mit dem Ziel „einer größeren Akzeptanz in der Bevölkerung für Maßnahmen der Politik“, so der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses im hessischen Landtag. Auch Salomon gab aus Stuttgart einen Wunsch auf den Weg: Man könne versuchen, die Spaltung der Gesellschaft „ein wenig zu überwinden“.

Jan Rübel ■

Anzeige

Die deutsche Demokratie verstehen



Florian Grotz | Wolfgang Schroeder
Das politische System der Bundesrepublik Deutschland
Eine Einführung
2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage 2025, 625 S., brosch., 29,90 €
ISBN 978-3-7560-1989-2
E-Book 978-3-7489-5528-3
(Studienkurs Politikwissenschaft)

Dieses Lehrbuch bietet eine systematische Einführung in das politische System Deutschlands. Es wendet sich an Studierende der Politikwissenschaft sowie an alle Interessierten, die einen theoretisch und empirisch fundierten Überblick über die politischen Institutionen und Prozesse in der Bundesrepublik gewinnen möchten.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buchbestellung unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



»Unterschätztes Potenzial«

Der Politikwissenschaftler Özgür Özvatan über Wählerinnen und Wähler mit Migrationshintergrund, die Versäumnisse der etablierten Parteien und die gezielten Strategien der politischen Ränder

Herr Özvatan, in Ihrem Buch „Jede Stimme zählt“ bezeichnen Sie Wählerinnen und Wähler mit Migrationshintergrund als „Game Changer“. Was meinen Sie damit?
Mehreres. Einerseits ist der Wettbewerb zwischen den Parteien sehr eng: Was hätten die Grünen oder die SPD bei der letzten Bundestagswahl schon allein für zwei Prozentpunkte gegeben? Zugleich geht es um sehr viele Menschen: Dieses Jahr hatten 16,6 Prozent der Wahlberechtigten einen Migrationshintergrund, 2029 dürften es 25 bis 30 Prozent sein. Dahinter stecken Entwicklungen wie Einbürgerungen und das Erreichen des Wahlalters einer Generation, in der über 40 Prozent einen Migrationshintergrund haben. In der Gesamtbevölkerung trifft das schon jetzt auf 30 Prozent zu.

Wird dieses Potenzial von den Parteien richtig eingeschätzt?
Es wird massiv unterschätzt. Natürlich wählen Migrantengruppen nicht en bloc eine Partei. Aber ein Zulauf von fünf Prozent wäre gut möglich, wenn etwa ein konservatives oder progressives Drittel gezielt angesprochen würde. Ein Grund für das Unterschätzen ist, dass Abgeordnete laut einer Vergleichsstudie zwischen sechs westlichen Ländern ihr Bild von der öffentlichen Meinung vor allem aus drei hochselektiven Quellen beziehen: dem Bekanntenkreis, Gesprächen im Wahlkreisbüro und Qualitätsmedien. Diese Selektivität führt zu einer verzerrten Wahrnehmung. Diese könnte durch repräsentative Umfragen und Erkenntnisse rejustiert werden – aber offenbar sind diese als Quellen für Abgeordnete kaum relevant. So bleiben die Probleme verschiedener Wählergruppen strukturell ausgeblendet, insbesondere die der Wähler mit Migrationshintergrund.

Was folgt daraus?
Die Missverständnisse beginnen schon damit, was diese Menschen umtreibt. Viele Parteien folgen dem Irrglauben, sie seien vor allem an integrationspolitischen Fragen interessiert. Das ist falsch. Eine Umfrage des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) mit Sitz in Berlin hat gezeigt: Auch für diese Gruppen sind vor allem Themen wie Sicherheit, Wirtschaft und Arbeit zentral.

Aber diese Politikfelder bespielen die Parteien doch. Müsstest du Wähler mit Migrationshintergrund nicht automatisch erreichen?
Nein, weil die demokratischen Parteien versäumen, sie zielgruppenspezifisch zu adressieren. Gehen Politikerinnen und Politiker zu einer Gewerkschaft oder einem Arbeitgeberverband, passen sie ihre „Talking Points“ stets treffsicher an. Bei Russlanddeutschen, Türkeistämmigen, muslimischen oder Schwarzen Menschen passiert das kaum – in der digitalen Welt noch weniger als in der analogen. Dabei bietet diese dank ihrer algorithmischen Funktionsweise die Chance, in kürzester Zeit bestimmte Gruppen gezielt anzusprechen.

Gilt die mangelnde Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund für alle Parteien?
Nein, insbesondere die AfD spricht programmatisch ganz gezielt verschiedene Migrantengruppen an. Wenn AfD-Abgeordnete im russischen Staatsfernsehen sprechen oder sich in Deutschland als Putin-Versteher äußern, zielt das klar auf eine

russlandnahe Klientel. Auch andere Gruppen finden auf Tik Tok & Co. eine ganze Reihe Videos, in denen sich Politiker wie Maximilian Krah schützend vor Staatsmänner wie Erdoğan

» Insbesondere die AfD spricht programmatisch ganz gezielt verschiedene Migrantengruppen an.

ÖZGÜR ÖZVATAN

stellen, oder in Clips für Türkeistämmige gezielt konservative bis queerfeindliche Familienwerte betonen, etwa nach dem Motto: „Wollt ihr, dass eure Kinder ‚umgedreht‘ werden? Wir sind die, die das verhindern können.“ So kombiniert die AfD inhaltliche Nachfrage und Community-Ansprache.

Und so kann eine ansonsten migrationsfeindliche Partei bei diesen Wählern punkten?
Wer selbst zugewandert ist, ist nicht automatisch für weitere Zuwande-

rung. Außerdem kommuniziert die AfD gezielt in eine migrantisch-konservative bürgerliche Mitte hinein, die von den etablierten Parteien nicht angesprochen wird. Und sie setzt – erfolgreich – darauf, dass der hochoptimierte Algorithmus von TikTok diese Inhalte organisch in die adressierten Räume trägt.

Auch der Partei Die Linke wurde ein geglyckter digitaler Bundestagswahlkampf attestiert.
Ja, sie hat – weit über die TikToks von Heidi Reichinnek hinaus – überraschend gut performt. Sie hat zum Beispiel auch gute Beispiele für einen hybriden Wahlkampf geboten: Ferat Koçak, der das erste Direktmandat außerhalb Ostdeutschlands holte, ist in Berlin-Neukölln von Haustür zu Haustür gegangen, und hat das digital verbreitet. Das ist nicht zuletzt sehr ressourceneffizient. Die Linke hat es auch verstanden, politische Botschaften mit dem Zeitgeist von Plattformen zu verbinden. Es gab Kurzvideos mit einem tanzenden Gregor Gysi, die zugleich eine politische Message bieten. Von Olaf Scholz gab es etwas Ähnliches: Er steht ne-

ben dem tanzenden schwarzen TikToker Brooklyn, ohne jedoch eine politische Botschaft zu verbreiten. Doch die Erfolgsformel lautet eben nicht „Entertainment statt Message“. Sondern „Entertainment mit Message.“

Warum bekommen die einen eine attraktive digitale Ansprache hin, die anderen nicht?
Zum einen kann eine Partei wie Die Linke mit radikaleren Forderungen stärker emotionalisieren. Das bringt algorithmische Vorteile: Je häufiger Nutzerinnen und Nutzer liken und kommentieren, desto stärker verbreiten sich Inhalte. Das heißt aber nicht, dass Parteien der Mitte chancenlos sind. Eine große Rolle spielt, dass diese mit Beratungsagenturen arbeiten, die ebenfalls noch nicht in der Realität einer migrantischeren Wählerschaft angekommen sind. Ein Paradebeispiel dafür, was passiert, wenn weder die Abgeordneten noch die Dienstleister die diversifizierten Lebenswelten verstehen, ist ein zwei Tage vor der Wahl von Robert Habeck gepostetes Foto, das ihn mit Annalena Baerbock auf einem „Döner-Date“ zeigt. Der Kommentar: „Einmal

Wahlkampf mit alles und scharf“. Mehr Cringe, mehr Fremdscham, ist kaum möglich – und so erzeugt man mehr Abwanderung als Zulauf.

Auch bei der Repräsentation hinkt der Deutsche Bundestag statistisch hinterher: Laut Mediendienst Integration haben 11,6 Prozent der Abgeordneten einen Migrationshintergrund – gegenüber rund 30 Prozent in der Bevölkerung. Worauf führen Sie das zurück?
Alle etablierten Parteien tun sich mit der Rekrutierung von Migrantinnen und Migranten schwer. Ein häufiges Problem ist, dass die, die in die Politik einsteigen, sich mit der Unterstellung konfrontiert sehen, „ethnische Klientelpolitik“ zu betreiben. Sie stehen ständig zwischen der Frage, Integrations- oder anderweitige Fachpolitik zu betreiben, statt beides zusammenzudenken. Das führt zu Reibungsverlusten: Laut einer Studie der Robert-Bosch-Stiftung bleiben Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Schnitt vier Jahre kürzer im Parlament, über 80 Prozent verlassen den Bundestag unfreiwillig.

In Ihrem Buch spielen Sie mit der Idee einer „postmigrantischen Partei“. Halten Sie das für realistisch?
Ich halte es für möglich. Allerdings geht es dabei nicht um eine „migrantische“ Partei, sondern um eine „postmigrantische“.

Was bedeutet das?
Eine solche Partei würde ein progressives, plurales Angebot für alle machen – ob mit oder ohne Migrationsgeschichte; passend dazu, dass unsere Lebenswelten ohnehin sehr verwoben sind. Sie könnte all jene binden, die von den „Wenn und Abers“ der etablierten Parteien frustriert sind und eine radikale Verteidigung der im Grundgesetz verankerten offenen und pluralen Demokratie fordern. Ich halte nicht für ausgeschlossen, dass eine solche Partei auf Anhieb zehn bis 15 Prozent erreichen könnte, also in etwa so viele wie Grüne oder SPD. Und sollten die demokratischen Parteien die Nachfrage in progressiven Wählergruppen weiterhin nicht bedienen, könnte eine solche Partei womöglich sogar über 20 Prozent klettern. Das würde zu einer tektonischen Verschiebung im Parteienspektrum führen.

Sehen Sie eine Chance für die demokratischen Parteien, das Ruder herumzureißen und diese Wählergruppen zu erreichen?
Ja, das ist die positive Botschaft: Die Versäumnisse liegen bei den demokratischen Parteien. Also liegt auch der Hebel in ihrer Hand – allerdings womöglich nicht mehr lange. Nötig dafür wäre, dass die Parteien sich einem Dreiklang der Transformation unterziehen: von einem Bewusstsein über die postmigrantische Wählerschaft über die systematische Integration von Community-Wissen bis hin zu einem passgenauen inhaltlichen und kommunikativen Angebot.

Das Interview führte Jeanette Goddar. ■



Özgür Özvatan: Jede Stimme zählt. Von Demokraten unterschätzt, von Populisten umworben: migrantische Deutsche als politische Kraft.
Ch. Links Verlag, Berlin 2025; 200 S., 20,00 €

ORTSTERMIN: BEIM TREFFEN MIT KÜNSTLERN DER AUSSTELLUNG »19 GRUNDRECHTE. 19 POSITIONEN.«

Wenn Politik und Kunst sich begegnen

Mit ihren Werken wollen sie zur Diskussion anregen. Bundestagspräsidentin Julia Klöckner nahm die Künstler beim Wort und lud sie ein

Mit ihren Werken für die Ausstellung „Wir. 19 Grundrechte. 19 künstlerische Positionen.“ öffneten die Künstler einen Gesprächsraum und suchten den Austausch mit Politik und Bürgern, so hatte es Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) bei der Eröffnung der Ausstellung im Mai formuliert. Knapp vier Monate später hat Klöckner das Angebot zum Dialog nun angenommen und selbst einen Gesprächsraum geöffnet – sie lud die 19 Künstler in ihr Amtshaus in Berlin-Dahlem ein, offizieller Dienstwohnsitz der Bundestagspräsidentin, der jedoch nicht von ihr privat, sondern nur für Veranstaltungen des Bundestages genutzt wird. So wie am Dienstagabend. Immer wieder öffnet sich die Tür, Gäste treten durch das Foyer ein ins Kaminzimmer, schütteln sich gegenseitig und der Gastgeberin die Hände. Zehn der 19 international renommierten Künstlerinnen und Künstler, die der Bundestag anlässlich des 75. Jahrestages des Grundgesetzes 2024 beauftragt hatte, sich mit dessen ersten 19 Artikeln, den Grundrechten, auseinanderzusetzen, sind der Einladung der Bundestagspräsidentin gefolgt. Darunter etwa der ukrainische Fotograf Boris Mikhailov, der aus dem Libanon stammende Bildhauer Said Baalbaki, der französische Maler Guillaume Bruère oder die deutschen Künstler Adi Hoesle und Barbara Wrede, Höesle entwickelt mit Wissenschaftlern bildgebende Verfahren, die es schwerstbehinderten Menschen ermöglichen, mit ihrer Umwelt und sich sogar künstlerisch auszudrücken. Wrede widmet ihre Arbeit auch der Kunstvermittlung.



Graffiti von Marc Jung: Der Erfurter Künstler (rechts oben) war einer von 19 Künstlern, die Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (unten bei der Begrüßung des Fotografen Boris Milhailov) eingeladen hatte.



© DBT/Marc Beckmann/Florian Gaertner

Kunst könne Spiegel, Korrektiv und Impuls sein, sagte Klöckner in ihrer Begrüßungsrede. Politik, die sich von Kunst nicht irritieren lasse, drohe zu verarmen. „Demokratie muss Spannungen, auch Widerspruch aushalten.“ Dieser Dialog sei wichtig – auch wenn er manchmal unbequem sei, fügte sie hinzu und fragte die Gäste nach ihren Erfahrungen mit dem Spannungsfeld von Kunst, Politik und Gesellschaft. Deren biografischer Hintergrund und künstlerische Arbeit könnten kaum unterschiedlicher sein, doch eint sie die Beschäftigung mit demokratischen Werten wie Freiheit, Gleichheit oder Menschenwürde. „Einige von Ihnen suchen den Dialog mit der Politik direkt, indem sie

gesellschaftliche Fragen aufgreifen oder sich ehrenamtlich in Projekten für die Demokratie engagieren“, so die Bundestagspräsidentin. Zu ihnen gehört etwa der Erfurter Graffiti-Künstler Marc Jung, der in seinen Werken teils vehement Gesellschaftskritik übt. Mit „King of Thorns“, das sich mit Artikel 18 des Grundgesetzes beschäftigt, macht er etwa auf die Gefahren aufmerksam, die Demokratie und Rechtsstaat in einer Gesellschaft drohen, die bereit ist, ihre Werte dem Konsum und der Macht zu opfern. Oder Uli Aigner, die sich mit ihrem „überlebenslangen“ Projekt „One Million“ vorgenommen hat, eine Million Porzellangefäße zu drehen und darüber Menschen aus allen Milieus

– seien es Obdachlose, Künstler oder aber Politiker – in einer „virtuellen Tischgemeinschaft“ zusammenzubringen. „Wer zusammen isst, schlägt sich zumindest nicht den Schädel ein“, erklärte sie am Abend ihre Haltung, die sich angesichts der zunehmenden Radikalisierung in Politik und Gesellschaft herauskristallisiert habe. „Ich möchte einfach mit jedem sprechen.“ Andere Künstler seien eher vorsichtig im Kontakt mit der Politik, weil „sie erlebt haben, dass das Konsequenzen haben kann“ merkte Klöckner an. Fatoş İrwen etwa, deren Arbeiten Unterdrückung, ethnische Identität und Geschlechtergerechtigkeit behandeln, war drei Jahre in der Türkei inhaftiert. „Aus poli-

tischen Gründen“, erklärte sie an diesem Abend. Trotzdem fühle sie sich als Künstlerin frei. Via Lewandowsky wiederum erlebte Stasi-Überwachung und verließ in den 1980er Jahren die DDR in Richtung Westen. Seine Arbeit für die Ausstellung „19 Grundrechte“ beschäftigt sich mit dem Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis in Artikel 10 des Grundgesetzes, das die Vertraulichkeit schriftlicher Korrespondenz vor staatlichen Eingriffen sichert. Die Verbreitung digitaler Medien jedoch scheine das Verhältnis umgekehrt zu haben, gab Lewandowski zu bedenken: Jetzt müsse eher der demokratische Staat vor Auswirkungen digitaler Medien wie Polarisierung und Populismus geschützt werden. Die Digitalisierung – ihre Chancen, aber auch ihre Gefahren für die Demokratie – war eines der großen Themen an diesem Abend: Vor diesem Hintergrund äußerten einige der Künstler auch Kritik an Einsparungen im Bildungs- und Kulturbereich, wie sie unter anderem in Berlin stattfinden. „Wie kann es sein, dass gerade hier so gekürzt wird?“ Dialog kann unbequem sein. Doch wie wertvoll er dennoch ist, darüber waren sich alle einig: Das Gespräch baue Vorurteile ab, bringe Menschen einander näher. „Politik und Kunst“, meint schließlich Adi Hoesle, „sollten kommunizierende Röhren sein“.

Sandra Schmid ■

Die Ausstellung „WIR. 19 Grundrechte. 19 künstlerische Positionen. Ein Gesprächsraum.“ ist noch bis zum 21. Juni 2026 im Forum Kunst im Bundestag, Luisenstr. 30, 10117 Berlin, zu sehen und kann dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr besucht werden.

VOR 60 JAHREN

Der »Leopard 1« geht in Serie

30.9.1965: Produktion des „Leopard“ beginnt Der neue Panzer solle „allein der Erhaltung des Friedens und nicht zum Angriff dienen, nur zum Schutz unserer Arbeitsplätze und der Freiheit unserer Heimat“, betonte Bundesverteidigungsminister Kai Uwe von Hassel (CDU) im September 1965. Nachdem das erste Modell bereits an die Bundeswehr übergeben worden war, begann am 30. September 1965 die Serienproduktion eines Kampfpanzers, der ein Erfolgsmodell werden sollte: der „Leopard 1“. Nach einhelliger Expertenmeinung galt er als „besten Kampfwagen seiner Zeit“. Der „Leopard“ sei „jedem Panzer seiner Zeit überlegen“, zitierte die „New York Times“ damals einen Sprecher des Verteidigungsministeriums. Im Zuge der Wiederbewaffnung hatte die junge Bundesrepublik ihr erstes Wehrmaterial von verbündeten Nato-Staaten, allen voran von den USA, bezogen. Der „Leopard“ sollte den bis dahin eingesetzten, jedoch schon 1956 bei seiner Übergabe als veraltet geltenden, amerikanischen Panzer M47 ersetzen. Schon Ende der 1950er Jahre, nur gut ein Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, hatten Frankreich und die Bundesregierung ein Abkommen geschlossen: Die einstigen Feinde wollten gemeinsam einen neuen Standardkampfpanzer entwickeln. Auf deutscher Seite waren mehrere Unternehmen beteiligt, darunter Porsche, Rheinmetall, allen voran aber Krauss-Maffei. Als Grundlage diente ein Anforderungskatalog der Nato und des Führungsstabes des Heeres, in dem auch Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges berücksichtigt worden waren. Im Fokus standen eine hohe operative Beweglichkeit sowie eine effektive Mischung aus Panzerung und Feuerkraft. 1963 war die Entwicklungsphase abgeschlossen. Das Ergebnis: ein gut 42 Tonnen schwerer Panzer mit 830 PS, einer Höchstgeschwindigkeit von 65 Stundenkilometern, ausgerüstet mit einer 105-Millimeter-Kanone und zwei Maschinengewehren. Tests an der Panzertruppenschule im niedersächsischen Munster und an wehrtechnischen Einrichtungen der Bundeswehr folgten. Etwa zeitgleich verabschiedete sich Frankreich aus dem Projekt. Vor allem wegen Finanzierungsproblemen, wohl aber auch wegen der Haltung von Präsident Charles de Gaulle, der den wachsenden Einfluss der USA in der Nato kritisch sah und Frankreich daher zumindest militärisch aus dem Bündnis zurückzog. Mit dem Rückzug Frankreichs aus dem Panzerprojekt bekam es auch einen deutschen Namen. Dabei blieb man einem bekannten Muster treu und benannte den neuen Panzer – nach dem „Panther“ und dem „Tiger“ der Wehrmacht – erneut nach einem Tier.



»Leopard«-Kampfpanzer der Bundeswehr in den 1970er Jahren

© picture-alliance/dpa/SZ Photo/Werke

Der Bundestag stellte 1965 zunächst 1,5 Milliarden D-Mark für die Anschaffung von 1.500 „Leopard“-Panzern bereit. Insgesamt sollten bei der Bundeswehr mehr als 2.400 zum Einsatz kommen. Darüber hinaus wurde aus dem „Leopard 1“ ein Exportschlager. Bis zu seinem Produktionsende im Jahr 2003 wurden insgesamt 4.700 Exemplare gebaut und in neun Länder verkauft. Den ersten serienmäßigen „Leopard“, der bereits am 9. September 1965 in München vom Band gerollt war, übergab von Hassel an die 4. Kompanie des Panzerlehrbataillons 93. „Wir sind frei von allen Nebentönen eines überwundenen nationalen Hochgefühls beim Anblick neuer Waffen“, betonte der Verteidigungsminister.

Benjamin Stahl■

AUSBLICK

So geht es weiter

Die nächste Sitzungswoche des Bundestages beginnt in der übernächsten Woche, am Mittwoch, den 8. Oktober. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe von Gesetzentwürfen der Bundesregierung, unter anderem die Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes und die erste Beratung des Steueränderungsgesetzes. Am Donnerstag soll zum einen der Gesetzentwurf zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und zum anderen der Gesetzentwurf zur Änderung des Ausländerzentralregisters in erster Lesung beraten werden. Außerdem steht am Donnerstag das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums. Abschließend beraten werden sollen die Gesetzentwürfe zur Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung, zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung sowie zur Infrastrukturfinanzierung bei Ländern und Kommunen. Zum Ende der Sitzungswoche gibt es am Freitag unter anderem zwei Kernzeit-Debatten: Die Abgeordneten beraten zum einen den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der Tarifautonomie und zur Sicherung der Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes, zum anderen über einen Antrag der AfD-Fraktion. Sie fordert, die Agrardieselerückstattung sofort rückwirkend einzuführen, um Landwirte zu entlasten.

LIVE UND ZUM NACHSEHEN

Topthemen vom 8. – 10.10.2025

GEAS-Anpassungsgesetz (Do), Tariftreuegesetz (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

www.bundestag.de/mediathek: Alle Debatten zum Nachsehen und Nachlesen.

leicht
erklärt!

Der Sicherheits-Rat von den UN

Wichtig für den Welt-Frieden



Worum geht es?

Es gibt eine wichtige Zusammen-Arbeit
von fast allen Ländern auf der Welt.

Das ist der Name dafür:

Vereinte Nationen.

Die Abkürzung dafür ist UN.

Das kommt vom englischen Namen:
United Nations (das spricht man etwa so:
Ju-neited Näjschens)

Die wichtigste Arbeits-Gruppe von den UN
heißt so:

Sicherheits-Rat.



Manche Länder sind dort immer Mitglied.

Andere Länder müssen gewählt werden.

Auch Deutschland muss gewählt werden.

Folgende Fragen werden im Text
beantwortet:

- Was sind die UN?
- Was macht der Sicherheits-Rat?
- Wer macht dort mit?
- Was macht Deutschland, um gewählt zu werden?
- Warum ist das gar nicht so einfach?

Was sind die UN?

Fast alle Länder auf der Welt machen bei den UN mit.

Heute sind es 193 Länder.

Die UN wurden kurz nach dem 2. Welt-Krieg gegründet.

Das war im Jahr 1945.

Damals war in vielen Ländern viel kaputt.

Und viele Millionen Menschen sind im Krieg umgebracht worden.

Die Länder wollten den Frieden sichern.

Darum haben sie die UN gegründet.

Im Jahr 1946 trafen sie sich zum 1. Mal.



Welche Aufgaben haben die UN?

Die UN haben viele Aufgaben:

- Sie wollen Kriege verhindern.
- Sie wollen Menschen-Rechte schützen.
- Sie wollen armen Ländern helfen.
- Sie wollen Krankheiten bekämpfen.



Was ist der Sicherheits-Rat?

Der Sicherheits-Rat ist die wichtigste Arbeits-Gruppe von den UN.

Der Rat entscheidet über Krieg und Frieden.

Er kann sehr schnell reagieren.

Darum ist er so wichtig.

Im Sicherheits-Rat sitzen 15 Länder.

Es gibt 2 Gruppen:

5 Länder, die immer mitmachen:

USA, Russland, China, Frankreich und Groß-Britannien.

Sie sind immer dabei.

Sie haben ein besonderes Recht.

Wenn ein Land davon zu etwas Nein sagt, dann gilt eine Abstimmung nicht.

Auch dann nicht:

Wenn alle anderen Länder dafür sind.

Das Fach-Wort dafür heißt so: Veto.



10 Länder, die gewählt werden:

Es dürfen auch immer noch 10 andere Länder mitmachen.

Sie werden für 2 Jahre gewählt.

Danach kommen neue Länder dran.

So können viele Länder mitmachen.

Was macht der Sicherheits-Rat?

Der Sicherheits-Rat kann viele Dinge tun:

Länder bestrafen

Zum Beispiel:

Sachen aus dem Land sollen nicht mehr gekauft werden.

Oder das Land soll keine Waffen mehr kaufen dürfen.

Hilfe für Frieden schicken

UN-Soldaten tragen blaue Helme.

Darum heißen sie auch Blau-Helme.

Der Rat kann sie dafür in ein Land schicken:

Kämpfe beenden und Menschen schützen.

Wichtige Regeln für alle aufstellen

Der Rat kann wichtige Dinge entscheiden.

Alle Länder in den UN sollen sich daran halten.

Bei Streit miteinander reden

Oft sprechen die Länder im Rat direkt miteinander.

Sie suchen zusammen Lösungen.

Zum Beispiel, wenn es irgendwo Krieg gibt.



Warum ist der Sicherheits-Rat wichtig?

Mehrere Gründe machen den Sicherheits-Rat sehr wichtig:

- Er kann Streit auf der Welt beenden.
- Er kann wichtige Entscheidungen treffen.
- Er darf mehr bestimmen als andere Arbeits-Gruppen von den UN.

Zum Beispiel darf nur der Sicherheits-Rat diese Dinge tun:

- UN-Soldaten in ein Land schicken
- Länder bestrafen
- Länder zwingen, etwas zu tun

Darum wollen viele Länder dort mitmachen.



Dann können sie bei wichtigen Entscheidungen mitreden.

Deutschland im Sicherheits-Rat

Auch Deutschland ist kein festes Mitglied im Rat.

Es muss sich also von den anderen Ländern wählen lassen.

Deutschland war aber schon oft im Rat dabei.

Jetzt möchte Deutschland wieder mitmachen.

Deutschland will für die Jahre 2027 und 2028 gewählt werden.



Die Abstimmung dafür ist erst nächstes Jahr.

Aber schon jetzt versuchen Politiker aus Deutschland das:
Andere Länder überzeugen, ihre Stimme für uns abzugeben.

Übrigens:
Deutschland wäre auch gerne immer Mitglied im Sicherheits-Rat.

Wie wird man in den Rat gewählt?

Alle Länder in den UN stimmen ab.



Es gibt 193 Länder.

Jedes Land ist bei der Abstimmung genauso wichtig.

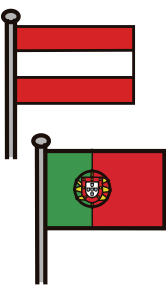
Um gewählt zu werden, braucht man mindestens 129 Stimmen.

Die Wahl ist geheim.

Man weiß also nachher oft nicht, welches Land wie abgestimmt hat.

Wer will noch in den Sicherheits-Rat?

Nicht nur Deutschland will einen Platz im Sicherheits-Rat.



Auch andere Länder wollen das.

Zum Beispiel die Länder Österreich und Portugal.

Alle gehören zur gleichen Gruppe: West-Europa und andere Länder.

In dieser Gruppe gibt es nur 2 Plätze.

Darum gibt es einen Wahl-Kampf.

Wer am meisten Stimmen bekommt, darf in den Sicherheits-Rat.

Wer zu wenige Stimmen bekommt, darf nicht mitmachen.

Warum wird es für Deutschland schwer?

Deutschland muss viele Länder überzeugen.

Das ist schwer.



Das ist ein Grund dafür:
Manche Länder sind mit Deutschland unzufrieden.

Zum Beispiel deshalb:
Sie haben eine andere Meinung zu den Kriegen in der Ukraine und in der Region Naher Osten.

Deshalb kann das passieren:
Diese Länder wählen Deutschland nicht.

Was macht Deutschland im Wahl-Kampf?

Deutschland spricht mit vielen Ländern.

Zum Beispiel hier:

- mit Ländern in Afrika
- mit Ländern in Asien
- mit Ländern in Amerika

Dabei versucht Deutschland das:
Die Länder überzeugen, dass sie für uns stimmen sollen.



Deutschland sagt zum Beispiel das:

- Wir bezahlen viel Geld für die UN.
- Wir helfen bei Hilfs-Aktionen.
- Wir schicken Blau-Helm-Soldaten.
- Wir haben Erfahrung im Sicherheits-Rat.

Deutschland verspricht den Ländern dabei auch Dinge.

Zum Beispiel:

- Mehr Hilfe für arme Länder
- Mehr Zusammen-Arbeit für den Klima-Schutz

Andere Länder wollen das wissen:
Was haben wir davon, wenn wir Deutschland wählen?

Darum muss Deutschland gute Angebote machen.

Warum sind Wahlen von den UN schwierig?

Wenn der Sicherheits-Rat von den UN gewählt wird, ist das oft schwierig.

Dafür gibt es viele Gründe.

Zum Beispiel:



- Alter Streit zwischen den Ländern
- Neue Kriege und Streits
- Andere Meinungen von Ländern im Westen und im Osten
- Andere Meinungen über aktuelle Themen

Manche Länder entscheiden nach Freundschaft.

Andere nach eigenen Vorteilen.

Wieder andere wählen immer Länder mit ähnlichen Meinungen.

Darum ist das nicht sicher:
Wird Deutschland diesmal wieder gewählt?



Kurz zusammengefasst

Die Vereinten Nationen sind fast alle Länder der Welt.

Sie wurden im Jahr 1945 gegründet.

Also direkt nach dem 2. Welt-Krieg.

Die Abkürzung dafür ist UN.

Der wichtigste Teil davon ist der Sicherheits-Rat.

Dort machen 15 Länder mit.

5 Länder sind immer dabei:

USA, Russland, China, Frankreich und Groß-Britannien.

10 andere Länder sind immer nur für 2 Jahre dabei.

Sie müssen gewählt werden.

Der Sicherheits-Rat entscheidet über Krieg und Frieden.

Er kann Länder bestrafen.



Er kann Soldaten schicken.

Er kann wichtige Entscheidungen treffen.

Die 5 Mitglieder haben ein besonderes Recht.

Sie können ein Veto einlegen.

Das heißt:

Sie können eine Entscheidung verhindern.

Deutschland will 2027 und 2028 wieder im Sicherheits-Rat sitzen.

Dafür braucht es mindestens 129 Stimmen von 193 Ländern.

Doch auch Österreich und Portugal wollen einen Platz im Rat.

Darum gibt es einen Wahl-Kampf.

Für Deutschland gibt es dabei Probleme.

Viele Länder haben andere Meinungen als die Regierung von Deutschland.



Zum Beispiel zu den Kriegen in der Welt.

Trotzdem hat Deutschland viele Gründe, weshalb es gewählt werden kann:

- Es zahlt viel Geld für die UN.
- Es hilft in schwierigen Zeiten.
- Es hat Erfahrung, weil es schon oft im Sicherheits-Rat Mitglied war.

Ob Deutschland gewählt wird, das entscheidet aber die Abstimmung von allen 193 Ländern.

Die Abstimmung findet nächstes Jahr statt.



Doch schon jetzt versuchen Politiker das: Andere Länder davon überzeugen, uns ihre Stimme zu geben.

Das war auch in dieser Woche ein wichtiges Thema.

Denn in dieser Woche haben sich die UN getroffen.

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de

Redaktion: Daniel Krenzer, Christian Strunz, Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance / AA / photothek.de. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 40-41/2025
Die nächste Ausgabe erscheint am 11. Oktober 2025.